DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

8. Jahrgang – Heft 7 – **Deutschland-Ausgabe** Juli/August 1958 Preis 10 Pfg. – Verlagsort Frankfurt a. M.

Revue der Mißverständnisse

Lehrerbildung als Wahlparole / Kultusminister kämpft um sein Gesetz

Mit der Aussetzung der dritten Lesung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes auf Wunsch des Ministerpräsidenten ist eine letzte knappe Frist gesetzt, Ministerium, Parteien und Hessische Hochschulen an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam dieses wichtige Gesetz endgültig so zu formulieren, daß es von allen Parteien mit gutem Gewissen anerkannt und gebilligt werden kann. Es ist ein ungewöhnliches Verfahren, erst nach der zweiten Lesung und nachdem schon der Termin für die Verabschiedung bekannt war, nocheinmal in eine Grundsatzdebatte einzutreten, denn nur durch eine Grundsatzdiskussion könnte der Gesetzentwurf noch einen Inhalt bekommen, der beständiger ist als die durch die wechselhafte Gunst der Wähler entstehenden und wieder vergehenden Koalitionen. Ein Gesetz, das die Ausbildung der Volks- und Mittelschullehrer regelt und die Organisation der Ausbildungsstätten reformiert, greift so nachhaltig in den geistigen Haushalt eines Landes ein, daß ihm von Anfang an schon der Rang eines Grundgesetzes zukommt.

Die Ausarbeitung eines Gesetzes, dessen anspruchsvoller Zweck die Neuordnung des Lehrerbildungswesens ist, bedarf besonders sorgfältiger Überlegungen, die nur Ergebnis verständnisvoller Kooperation der Institutionen sein können, die das politische und das geistige Leben eines Landes repräsentieren. Das sind die Parteien, der Fachminister, die Kirchen und die Hochschulen. Es ist kein Geheimnis, daß die Kooperation dieser Institutionen bei der Ausarbeitung des Gestzentwurfes zur Lehrerbildung äußerst problematisch war, eigentlich schon eine Abfolge von Mißverständnissen. Sollte jetzt noch — sozusagen in letzter Minute — sich alles zum Guten wenden, wäre eine staatspolitische Leistung vollbracht, die kaum ein Vorbild in der bisherigen hessischen Landespolitik hätte.

So heute gleicht der Weg des Gesetzentwurfes einer Revue von Ungereimtheiten und Mißverständnissen. Schon am 26. Oktober 1955 hatte das Kultusministerium den Referentenentwurf fertiggestellt. Am 3. November meldete dann die Freie Demokratische Partei erste Bedenken an. Die anderen Parteien schwiegen. Erst ein Jahr später, am 5. Oktober 1956 begann die öffentliche Diskussion des Gesetzentwurfes mit einer Erklärung des Kultusministers Hennig vor der Lehrergewerkschaft. Der Minister teilte mit, daß er den Entwurf bereits der Staatskanzlei zur Überprüfung zugeleitet habe. Des Wohlwollens der Gewerkschaft konnte der Minister zunächst sicher sein, denn sein Satz: Was dem Gymnasium recht ist, ist der Volksschule billig! mußte die Lehrer von den hohen Idealen des Ministers restlos überzeugen. Sogar die notorischen Zweifler vergaßen ihre Einwände, als der Minister außerdem noch die Einrichtung von 12 Ordinariaten für die Hochschule zusicherte und jedem Ordinariat ein Forschungsinstitut anzugliedern versprach. Dem fügte er acht Tage später in Limburg ergänzend hinzu, daß die neue zentrale Hochschule dem Staat auch nicht viel mehr als die 35 Millionen DM kosten werde, die bisher für die Unterhaltung der Institute in Weilburg und Jugenheim verbraucht würden. Aber bei der Gewerkschaft blieb doch noch ein Rest von Bedenken, zumal der Minister nicht recht glaubhaft machen konnte, daß die Absolventen der neuen Hochschule von vornherein das Ansehen des promovierten universitätsausgebildeten Lehramtskandidaten genießen würden. So ließ sie durch den Gewerkschaftsgeschäftsführer Dr. Faust den Minister kritisieren und nocheinmal die alte gewerkschaftliche Lieblingsidee von der Universitätsausbildung aller Lehrer vortragen.

Im Juni 1957 traten die Konfessionen mit ihren Bedenken an die Öffentlichkeit. Die Katholiken lehnten die zentrale Hochschule rundweg ab.

Sobald man aufhört, eigentlich Wissenschaft zu suchen, oder sich einbildet, sie brauche nicht aus der Tiefe des Geistes heraus geschaffen, sondern könne durch Sammeln extensiv aneinandergereiht werden, so ist Alles unwiederbringlich und auf ewig verloren, verloren für die Wissenschaft ... und verloren für den Staat. Denn nur die Wissenschaft, die aus dem Inneren stammt und ins Innere gepflanzt werden kann, bildet auch den Charakter um, und dem Staat ist es eben so wenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sonden um Charakter und Handeln zu tun.

Wilhelm von Humboldt
Über die innere und äußere Organisation der Höh[illegible]n Wissenschaftlichen Anstalten in Berlin.

Erst als der Ältestenrat des Landtages den Regierungsentwurf auf die Tagesordnung der Plenarsitzung vom 27. November setzte, meldete sich auch die CDU. Dr. Großkopf erklärte auf einer Pressekonferenz in Frankfurt: Das Schulgesetz ist Bild eines unzulänglichen Stückwerks. MdL Wagner, Heppenheim, ergänzte den Gedanken seinen Kollegen: Die Zentralisierung der Lehrerbildung verstößt gegen die hessische Tradition.

Nur SPD und BHE waren sich als getreue Koalitionspartner einig. Die FDP beharrte auf ihrem stolzen Nein. In der Landtagsdebatte schoß man dann mit schweren Kalibern. Die SPD-BHE-Koalition beschwor das Schreckgespenst von der drohenden Konfessionalisierung, auf das die hessische CDU aus traditionellen Gründen stets mit äußerstem Mißbehagen reagiert. Und die Gewerkschaft bekam ihren Lohn für früher geleistete Schützenhilfe, als am 16. Dezember der Gesetzentwurf auf Promotionsrecht und Habilitationsrecht für die Lehrerhochschule eingebracht wurde. Damit waren aber die Universitäten aufgescheucht. Die Karlsruher Rektorenkonferenz sandte am 8. Januar 1958 per Telegraph eine Resolution an den Ministerpräsidenten und den Kultusminister. Darin hieß es sinngemäß: Es widerspreche der Tradition der wissenschaftlichen Bildung, eine Hochschule von vornherein auf die Notwendigkeiten eines bestimmten Berufes auszurichten. Pädagogische Institute im Zusammenhang mit den bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen seien der geeignete Ort für die Lehrerbildung. Die geplante Selbstverwaltung der zentralen Hochschule sei Zerrbild dessen, was in der deutschen Bildungstradition und ihrer Fortentwicklung in einer freiheitlichen Gesellschaft akademische Selbstverwaltung sei.

Professor Tellenbach: Die geplante Selbstverwaltung ist ein Zerrbild ...

Kultusminister Hennig: Schon 1955 wurden die Universitäten schriftlich gefragt ...

„Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt ...!"

Es war ein langer Weg von der Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Hessischen Kultusministerium. Aber die Botschaft aus Karlsruhe war eindeutig. Der deklassifizierte Minister grollte darauf in Frankfurt: Schon 1955 seien die Hessischen Universitäten und Hochschulen schriftlich gefragt worden, ob sie die Lehrerbildung übernehmen würden. Zwei von ihnen hätten überhaupt nicht geantwortet, eine klipp und klar abgelehnt und eine schwere Bedenken mitgeteilt. Um seinen Frieden mit den Hochschulrektoren zu machen, versprach der Kultusminister eine Aussprache mit den Magnifizenzen.

Gerade zur rechten Zeit versicherte zur ministeriellen Freude die Bundesvertretung der Studenten an den pädagogischen Hochschulen ihre Solidarität. Der DISKUS dagegen kritisierte die billigen Doktorhüte der zentralausgebildeten zukünftigen Pädagogen. Die Rektorenkonferenz erklärte noch einmal ihre Bereitschaft zum Gespräch, wollte aber ihre Sorgen auch dem Ministerpräsidenten anvertrauen. Aber an Stelle eines Gesprächs entstand ein Memorandum, in der ihr Präsident die Karlsruher Argumente wiederholte. Inzwischen ging der Gesetzentwurf seinen Weg. Am 4. Februar wurde er dem kulturpolitischen Ausschuß zugeleitet.

Am 20. Februar veröffentlichten die Hochschulen ein Gutachten, das die Ausbildung der Volks- und Mittelschullehrer an den Universitäten anbietet. Die zukünftigen Lehrer sollen als ordentliche Studenten an den Hochschulen immatrikuliert werden. Das Universitätsstudium soll mindestens sechs Semester und

1. Erziehungswissenschaften mit ergänzenden philosophischen, soziologischen, psychologischen und politischen Studien,
2. ein wissenschaftliches oder künstlerisch-technisches Wahlfach umfassen. Zur Ergänzung der Einrichtungen der Universitäten werden organisatorisch selbständige pädagogische Institute gefordert mit eigenem Etat, jedoch mit der Universität in Personalunion verbunden durch den Institutsleiter. Dieser soll Ordinarius der Universität sein und den Schwerpunkt seiner Arbeit in der Schulpädagogik haben. Den Instituten sind folgende Aufgaben zugedacht: Einführung der Volks- und Mittelschullehrer in die Praxis des Schulunterrichts, Vermittlung von Erziehungspraxis für künftige Gymnasiallehrer, Ermöglichung des Studiums der an der Universität bisher nicht vertretenen Wahlfächer. Die Hochschulen fordern weiter: Berufung von praktisch bewährten Pädagogen, von Kunst- und Werkerziehern als Dozenten und Professoren an das zu gründende Pädagogische Institut. Außerdem: Mindestens drei fachlich differenzierte ordentliche Lehrstühle und wenigstens noch ein Lehrstuhl für Pädagogische Psychologie und Anthropologie, Vermehrung des Mitarbeiterstabs der Seminare und zusätzliche Lehrkräfte für die Wahlfächer und schließlich den Ausbau der technischen Einrichtungen. Jedem pädagogischen Institut soll eine Modellschule angegliedert werden als Beobachtungs- und Versuchsschule. Der Minister schwieg zu diesen Plänen, dafür erklärte MdL Wagner (SPD) auf dem Parteitag Hessen-Süd: Wir werden das Gesetz noch vor den Wahlen durchbringen.

Am 14. März erschienen der Präsident der Rektorenkonferenz Professor Tellenbach mit mehreren Kollegen vor dem kulturpolitischen Ausschuß. Ein dreistündiges Rede- und Antwortspiel hatte aber keine positiven Folgen. Der Denkschriftenkrieg ging weiter. Die Situation verkomplizierte sich mehr und mehr. Der Deutsche Ausschuß für Erziehungs- und Bildungswesen schaltete sich ein. Er forderte Dezentralisierung der Lehrerbildung nach süddeutschem Muster. Die Vereinigung der pädagogischen Studenten wollte auf die Straße gehen. Zur selben Zeit suchte die Gewerkschaft der Lehrer nach einem neuen Bundesgenossen. Es gelang ihr, mit den Rektoren ein Gespräch zu verabreden. Ein Professor aus Hamburg erklärte im Norddeutschen Rundfunk: Das Ideale für Hessen wäre, wenn alles beim alten bliebe.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Man sagt in Bonn . . .

Im FDP-Hauptquartier am Bonner Talweg in Bonn herrscht in diesen Tagen eine Niedergeschlagenheit, wie sie in der Geschichte dieser Partei bisher fast noch niemals zu beobachten war. Der Schock der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist den Lenkern der Partei tief in die Knochen gefahren. Auch bei der SPD in der Baracke an der Bonner Friedrich-Ebert-Allee ist die Stimmung nicht gerade rosig. Aber immerhin kann man sich hier damit trösten, daß die absolute Zahl der für die SPD abgegebenen Stimmen fast in allen Wahlkreisen Nordrhein-Westfalens von Wahl zu Wahl langsam aber sicher gestiegen ist. Diese langsame Aufwärtsbewegung hält seit 1950 an. — Die Stimmenzahlen der Freien Demokraten dagegen sind im Vergleich zur letzten Landtagswahl 1954 durchweg fast halbiert worden. Von 11,5 Prozent Stimmenanteil im Jahre 1954 rutschte die Partei diesmal auf 7,3 Prozent ab. Wenn auch meist in Nordrhein-Westfalen ein kleiner Zuwachs gegenüber der Bundestagswahl vom vergangenen Herbst zu verzeichnen ist, so bleibt der Gesamteindruck doch bestehen: Mit den Freien Demokraten geht es rapide den Drachenberg hinunter.

°

Das hatte man in dem Kreise um den bisherigen Düsseldorfer Finanzminister Weyer und um den Parteimanager Wolfgang Döring nicht erwartet. Man hatte sich auf vieles zugleich verlassen und aus der Summe aller günstigen Aspekte den Schluß gezogen, daß man wieder zwischen 10 und 12 Prozent aller Stimmen erhalten werde. Zunächst einmal war in das Kalkül einbezogen worden, daß Landtagswahlen, zumal wenn sie dicht auf Bundestagswahlen folgten, bisher stets eine wohlwollendere Stimmung gegenüber der Bundesopposition ausgewiesen hatten. Man erinnerte sich noch der Landtagswahlen von 1954 in Nordrhein-Westfalen, die doch das Ergebnis der großen „Kanzlerwahl" vom 6. September 1953 recht bemerkenswert zugunsten der SPD und FDP korrigiert hatten und damit zu einer kalten Dusche für die CDU wurden. — Zum zweiten glaubte man bei der FDP, daß viele CDU-Wähler vom 15. September 1957 hinterher heimlich doch über den gewaltigen CDU-Sieg erschrocken waren und die CDU eigentlich nur gewählt hatten, weil sie dachten, der Nachbar würde die SPD wählen. Daraus glaubte man schließen zu können, daß mancher Wähler, der 1957 „ganz sicher" gehen wollte, diesmal im Vertrauen darauf, daß „die anderen" schon alle wieder CDU wählen würden, zu einer der kleineren Parteien zurückkehren werde.

Drittens hatte man damit gerechnet, daß die bei Landtagswahlen erfahrungsgemäß niedrigere Wahlbeteiligung in erster Linie die CDU treffen würde. Auch im Tode Karl Arnolds hatte man eine Verbesserung der eigenen Position gesehen. — Letztlich hatte man gehofft, die vom „Atomschreck" berührten Bürger würden teilweise vielleicht doch der CDU den Rücken kehren, weil sie dem Risiko einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr aus dem Wege zu gehen wünschten. All das ist nun nicht eingetreten. Stattdessen ist etwas geschehen, was keiner der Parteigewaltigen im Lager der Freien Demokraten für möglich gehalten hatte: Die CDU hat ihren märchenhaften Sieg vom September 1957 wiederholen können — trotz allem. Sie hat ihren Stimmenanteil annähernd auf der Höhe „zementieren" können, die sie schon von zehn Monaten erreicht hatte. Für die FDP ist es jetzt zur Gewißheit geworden, daß sie sich künftig (für wie lange noch?) endgültig in der Gegend zwischen 5 und 7 Prozent ansiedeln muß. Die Zeiten, da sie stolz von sich behaupten konnte, mehr als zehn Prozent der Wählerschaft zu repräsentieren, scheinen endgültig vorbei zu sein. Der Trend zum Zweiparteiensystem ist unaufhaltsam. Die Freien Demokraten haben aus dieser Wahl nur einen Trost mit nach Hause nehmen können: Jenes Fähnlein der Aufrechten, das jetzt noch zu ihnen steht, scheint ziemlich unerschütterlich zu sein. Die FDP verfügt über einen festen Wählerkern, der gewillt zu sein scheint, höherer Ideale willen vorläufig mit ihr durch dick und dünn zu gehen.

°

Bei der SPD ist man trotz allem über den hohen Zuwachs an Stimmen befriedigt. Fast in allen Stimmbezirken und Wahlkreisen hat die SPD ihre Anhängerschar nicht unbeträchtlich vergrößern können. In politischen Kreisen Bonns bewertet man diesen „Erfolg" jedoch ziemlich zurückhaltend. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die SPD ihren Anteil mit Hilfe der Anti-Atomkampagne zwar noch ausbauen konnte, daß ihr aber in absehbarer Zeit der entscheidende Durchbruch nicht gelingen werde, weil es nunmehr zu einer Binsenwahrheit geworden ist, daß die reichliche Hälfte der westdeutschen Bevölkerung die Sicherheit des Landes in den Händen der konsequenten und zielstrebigen CDU besser aufgehoben sieht. Die Wähler halten offenbar die Atomaufrüstung der Bundeswehr für nicht so gefährlich, wie die Wankelmütigkeit und Unentschlossenheit der SPD. — Es war auffällig, daß auch bei diesem Landtagswahlkampf landespolitische Argumente so gut wie keine Rolle gespielt haben. Im Mittelpunkt stand die Bundespolitik, standen Adenauer, Sicherheit, Atombewaffnung. Die SPD hatte diese Geister mit ihrer Anti-Atomkampagne selbst gerufen, sie durfte sich nun nicht wundern, wenn Kanzler Adenauer auf diesem ihm wohlvertrauten Kampffeld eine Breitseite nach der anderen abfeuerte.

Dennoch scheint es über die künftige Generallinie bei der SPD keinen Streit mehr zu geben. Sie heißt: Immer so weiter. Die Modulationen werden dabei nur geringfügig sein. Die bisherige Linie hat doch immerhin stetige, wenn auch kleine Stimmengewinne gebracht. Von einem Umschwenken in der Verteidigungsfrage dagegen, in deren Zeichen doch auch dieser Landtagswahlkampf wieder stand, hätte die SPD nichts zu erhoffen. Vielleicht würde sie einige wenige neue Anhänger gewinnen. Fest steht aber, daß sie noch mehr alte verlieren würde. — Völlig ratlos im Hinblick auf die Zukunft ist man jedoch bei der FDP. Man ist, auch wenn man das nicht öffentlich eingesteht, am Ende seiner Kunst. Welche Taktik soll jetzt noch Erfolg bringen? Wie kann man dem Wähler sympathischer werden, wie ihn die Schwankungen und internen Streitereien der Vergangenheit vergessen lassen? Darauf gibt es vorläufig keine Antwort. Die jungen Parteigewaltigen in Düsseldorf würden zwar entrüstet protestieren, wenn man sie jetzt fragen würde, ob sie ihre Partei nach dieser Wahlniederlage für eine Partei ohne Zukunft halten. Aber die FDP ist in Wahrheit eine Partei ohne Hoffnung. Das ist ein feiner Unterschied.

Bgt.

. . . und in Deutschlands Hauptstadt

Vor mehr als neunzehnhundert Jahren
fuhr, meldet Luther, himmelwärts Herr Christ.
Jetzt meldet TASS, ist Sputnik drei gefahren. —
Und hier ist klar, daß das kein Märchen ist.

Dieser Vers stand am Himmelfahrtstage im FDJ-Organ „Junge Welt", und ähnliche Verlautbarungen begegnen dem Leser der ostzonalen Presseerzeugnisse in letzter Zeit immer häufiger. Obwohl in offiziellen Äußerungen mit Entschiedenheit bestritten wird, daß in der Zone ein Kirchenkampf im Gange sei, gibt es doch keinen Zweifel, daß das Verhältnis Staat — Kirche in eine neue, prekäre Phase geraten ist.

Eingesetzt hat diese verstärkte Angriffswelle, seit es der SED im Frühjahr dieses Jahres nicht gelungen ist, die Gesamtdeutsche Synode erfolgreich unter Druck zu setzen. Skeptiker hatten damals darauf hingewiesen, daß trotz der gewiß klugen Abschlußerklärung der Kirchenmänner nichts gewonnen sei — es gehe dem Zonenregime um Vorwände, die Kirche als die einzige, einigende Klammer um die beiden Teile Deutschlands auszuschalten: nun zeigt es sich, daß die Skeptiker nicht unrecht hatten. Nach hinreichend bewährtem Muster wurde der Angriff an allen Fronten zugleich vorgetragen. Es würde den Rahmen dieses Berichtes bei weitem sprengen, wollte man einen auch nur annähernd vollständigen Katalog der Maßnahmen, Schikanen und Pressionen aufstellen, denen vorwiegend die evangelische Kirche in der Zone seither ausgesetzt ist. Einiges wollen wir gleichwohl erwähnen: Unter dem Druck bestellter Demonstrationen mußte Mitte Mai die Schweriner Synode abgebrochen werden. Weit über hundert Geistliche wurden in den letzten Monaten verhaftet, verurteilt oder ausgewiesen, Kinderheime geschlossen, den Bischöfen die Einreise verweigert und selbst dem Probst Grüber, der auf Grund gemeinsamer Inhaftierung während der Nazizeit mit zahlreichen SED-Funktionären persönliche Kontakte besaß, wurde die Möglichkeit zu direkten Verhandlungen mit den zuständigen Zonen-

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 21494

behörden verweigert. Andere Maßnahmen greifen mehr in den persönlich-privaten Bereich ein: Einer Anweisung zufolge werden neuerdings alle Vormundschaftsverhältnisse überprüft — der Begriff „Wohl des Kindes", so heißt es, sei sozialistisch zu interpretieren. Neben der Jugendweihe wird statt der Taufe die sogenannte Lebens- oder Kindesweihe propagiert, die sozialistische Hochzeit mit roten Fahnen und Freibier soll die kirchliche Trauung ersetzen, und nach einer Meldung der „Sächsischen Zeitung" (SED) ist in Bautzen ein Arbeitskreis freigeistiger Grabredner" gegründet worden. „Bisher", so schreibt das Blatt, „fehlte die organisierte Form, die das Ausscheiden des Menschen aus der Gesellschaft durch den Tod nach sozialistischer Art gewährleistete. Aus diesem Grunde bildete sich der Arbeitskreis, der sich das Ziel steckt, auch diesen letzten Lebensabschnitt des Menschen in einer würdigen Form zu begehen." Wer sich angesichts solcher Äußerungen zu einem Lächeln herausgefordert fühlt, sollte allerdings einen der neuerdings gängigen Berichte über eine sozialistische Hochzeit lesen. Das glaubt man gar nicht. Nie weiß der Leser, ob er eine Satire vor sich hat oder eine wahrhaft ernstgemeinte Darstellung.

Schließlich wird der Angriff auf die Kirchen auch auf dem publizistischen Sektor vorgetragen. In den staatseigenen Verlagen erschienen seit einiger Zeit laufend Publikationen atheistischen Inhalts, das „Neue Deutschland" (SED) und die „Neue Zeit" (Ost-CDU) veröffentlichen ständig ausführliche Grundsatzartikel, im Sowjetzonen-Rundfunk wird seit der Einführung des Sommerprogramms am 18. Mai an jedem Sonntagvormittag eine Sendung ausgestrahlt, die sich „mit religiösen Anschauungen und mancherlei Aberglauben auseinandersetzen" will, in den Zeitungen erscheinen Hinweise „Wie ein Kirchenaustritt erklärt wird", und selbst die Märchenliteratur wurde neuerdings überprüft und von sämtlichen unsozialistischen Begriffen wie „Gott", „Engel", „Himmel" usw. befreit. Als Beispiel für Ton und Tenor der erwähnten Grundsatzartikel hier ein kurzer Auszug aus einem Artikel des „Neuen Deutschland" vom 21. Juni: „Was ist klerikal-militaristische Diktatur?":

> In Westdeutschland hat sich nichts geändert. Die gleichen Kräfte, dieselben Konzern- und Bankherren, Großgrundbesitzer und dieselbe aggressive Generalsclique haben heute in Westdeutschland die Macht in ihren Händen wie zur Zeit Hitlers, Hindenburgs oder des Kaisers Wilhelm. Die barbarische Praxis der „Stockschläge auf den Magen" und zahllose andere Methoden der Unterdrückung des Volkes zeigen, daß die Demokratie bloßes Feigenblatt der Monopoldiktatur ist.

Und so weiter. Allerdings haben die Kirchen alle diese Angriffe mit einer fast provozierenden Gelassenheit über sich ergehen lassen; wer zwischen den Zeilen der Sowjetzonenpresse zu lesen versteht, wird gerade ihren heftigsten Angriffen den Eindruck einer großen und unbewegten Bekenntnistreue entnehmen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß einige Überläufer aus dem Kreis der Evangelischen Kirche kürzlich einen lange gehegten Wunsch des Politbüros der SED verwirklicht und eine Organisation regimetreuer Geistlicher ins Leben gerufen haben. Unter Mitwirkung des Schweriner Dompredigers Karl Kleinschmidt (SED) gründeten in Leipzig elf dem Regime nahestehende Pfarrer einen „Pfarrerbund", der — wie es in dem an alle Geistlichen in Mitteldeutschland verschickten Rundschreiben heißt — in der „werdenden sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR die von Gott in seiner Güte gewährte Möglichkeit erblickt, daß Kirche wieder Kirche werde."

Allein für die Werbearbeit in Sachsen wurde den „fortschrittlichen Pfarrern" ein Betrag von einer halben Million Mark überwiesen. Diese Zuschüsse ermöglichen es ihnen, bereits im ersten Rundschreiben ihren Amtsbrüdern verlockende Angebote zu machen. Sie versprechen „Hilfe in den sozialen Nöten des Pfarrhauses" (die tatsächlich außerordentlich groß sind) sowie „Unterstützung bei der Wahrnehmung beruflicher und rechtlicher Interessen".

Wer zurückdenkt, wird sich erinnern, daß vor rund 25 Jahren schon einmal ein derartiger Versuch des Staates unternommen wurde, sich eine kirchliche Claque zu beschaffen. Der Versuch scheiterte damals allerdings, und nichts spricht dafür, daß die SED erfolgreicher sein wird als die Nationalsozialisten. Zwar verwahren sich Kleinschmidt und die übrigen Gründer des Bundes gegen jeden Vergleich mit dem „deutschchristlichen Irrweg", aber daß solche ausdrückliche Verwahrung notwendig schien, ist bereits äußerst aufschlußreich. In der Erwägung, daß Angriff die beste Verteidigung sei (aber in völliger Unkenntnis des wahren Sachverhalts) machen sie zudem die Barmer Erklärung von 1934 zu ihrer eigenen Sache und behaupten, sie wollten „das Erbe der Bekennenden Kirche für unseren Dienst als Pfarrer in der DDR ausschöpfen". Denn gerade in der Abwehr gegen jeden totalitären Anspruch des Staates entstand seinerzeit die Barmer Erklärung, die Bekennende Kirche und Niemöllers „Pfarrernotbund", mit dem die Gründung Kleinschmidts außer einem Teil des Namens nicht das geringste gemein hat.

Trotz aller Gelassenheit allerdings bleibt eine gewisse Beunruhigung, sollte es dem Pfarrerbund gelingen, auch nur einen Teil der Amtsbrüder in der Zone zum Beitritt zu bewegen, so hätte die Zonenregierung einen willfährigen Verhandlungspartner, der für sie künftig das „Kirchenvolk der Arbeiter- und Bauernmacht" repräsentieren könnte, so daß die tatsächlich zuständigen kirchlichen Stellen mehr und mehr ausgeschaltet würden. Andererseits aber vertraut man innerhalb der evangelischen Kirche selbst darauf, daß gerade ein Angriff auf die Einheit der Kirche in dieser Form — wie schon einmal — die Widerstandskräfte aktivieren werde.

jcf.

Revue der Mißverständnisse

„Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt...!"

So viele Gremien so viele Meinungen. Kein Vorschlag befriedigt ganz. Begreiflicherweise ist das Unbehagen unter den Studenten und Dozenten der hessischen pädagogischen Institute am größten, denn schließlich soll über ihre Zukunft entschieden werden. Darum wird der Vorschlag, den der Direktor des Jugenheimer Pädagogischen Instituts, Professor Trost, veröffentlicht, den Bedürfnissen einer modernen pädagogischen Ausbildung am ehesten gerecht. Er forderte die Eingliederung der gesamten Lehrerausbildung einschließlich der Praktika in die philosophischen Fakultäten. Der Student soll den ersten Teil seines Studiums an der Universität absolvieren, den zweiten Teil an einem Institut. Die Hessischen Hochschulen nahmen den Plan mit Wohlwollen an. Der Rektor der Frankfurter Universität erklärte: Die Universitäten sind bereit, die Ausbildung der Lehrer zu übernehmen, wenn die schulpraktische Ausbildung in einer zweiten Phase nach dem Studium erfolgt. Die SPD-Fraktion des Landtags ließ sich dadurch nicht erschüttern. Sie empfahl den Beginn der Einzelberatungen im kulturpolitischen Ausschuß. Die Würfel sind gefallen, so mochte es erscheinen. Am 10. Mai wurde bekannt, daß die zweite Lesung des Gesetzes am 4. Juni und die endgültige Verabschiedung am 2. Juli erfolgen soll. Die zweite Lesung wurde zu einer Redeschlacht. MdL Großkopf (CDU) erklärte: Die zentrale Hochschule ist eine Großfabrik zur Erzeugung des neuen Lehrers.

Die Universitäten fühlten sich überfahren. Der Frankfurter Rektor Professor Geissendörfer monierte, daß das Ministerium die interessierten Institutionen absichtlich im Unklaren gelassen habe. Die Universität Marburg habe sich zwei Jahre lang vergeblich bemüht, einen Referentenentwurf zu erhalten. Außerdem sei der Brief des Ministeriums aus dem Jahre 1955, den die Frankfurter Universität, nach Meinung des Ministers, nicht beantwortet habe, so vage formuliert gewesen, daß man die Bedeutung seines Inhalts nicht habe voll erkennen können. Professor Geissendörfers bitterstes Argument gegen den Kultusminister war der Vorwurf, daß das Ministerium eine Auffassung von Wissenschaft habe, die dem Wissenschaftsideal der deutschen Universität krass entgegenstehe.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Wagner dozierte dem entgegen: Wir lassen uns von Interessenverbänden und Hochschulgremien nicht unter Druck setzen! Sozusagen in letzter Minute meldete sich die Rektorenkonferenz noch einmal zu Wort, indem sie auf die Gefährlichkeit des hessischen Gesetzes für die Einheitlichkeit des kulturellen Gefüges der Bundesrepublik hinwies. MdL Wagner (SPD) erklärte daraufhin lakonisch: Grundsätzliche Änderung des Lehrerbildungsgesetzes kommt nicht mehr in Frage!

Der ob seines feinen politischen Gefühls geschätzte Ministerpräsident konnte offensichtlich hier seinem Parteikollegen Wagner nicht recht geben. Ob aber die politische Vernunft, zumal Hessen schon die ersten Erschütterungen des Wahlkampfes verspürt, noch einmal zu ihren Recht kommen wird, entscheidet sich in diesen Tagen.

Oscar Strobel

DISKUS
FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Wolf Calebow, Eberhard Dehne, Konrad Huth, Klaus Scheunemann, Hanns Schreiner.
Redaktion: Hanno Reuther, Hanns Schreiner, Oscar Strobel.
Korrespondent in Bonn: Gert Baumgarten.
Korrespondent in Berlin: Joachim Fest.
Geschäftsführung: Günter Schwank, Königstein/Ts., Adelheidstr. 24, Tel. 883
Anzeigenverwaltung: Etelca Götz, Frankfurt am Main, Leerbachstraße 92, Telefon: 55 62 61.
Konten der Zeitung: Dresdner Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung", Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 26, Tel. 77 07 41, App. 520/521. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.
Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V."; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.
Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt am Main, Oederweg 39 a. Tel. 55 11 78.
Abonnements zum Preis von 2,50 DM für zwei Semester sind unter Einzahlung des Geldes bei der Geschäftsführung zu bestellen.

Gen Ostland . . .

An irgendeinem Tag auf einem kleinen Bauerndorf im Badischen. Im Hinterhof eines Gasthauses hämmern und tacken die Maschinen einer Schleiferei. In diesen eintönigen Rhythmus fällt singend ein Arbeiter ein. Dann der zweite, schließlich das ganze Dutzend junger Männer, das dort beschäftigt ist. Ein Soldatenlied löst das andere ab. Heiser schallt es aus den trockenen Kehlen. Doch die Arbeit geht schneller voran. Keiner spürt mehr die Müdigkeit, die brennenden Augen, die schmerzenden Finger. Ein Mann hebt plötzlich kurz etwas metallisch Blinkendes an die Augen, und es sieht aus, als singe er den Griff an, den er in der Hand hält. Ohne sich aber dadurch im Arbeiten stören zu lassen, fällt er wieder in den dröhnenden Gesang ein, der sich nun zum Fortissimo steigert. Vertraute Klänge: „Denn wir fahren, denn wir fahren gegen —!" Ja, gegen wen? „Russeland . . ."! Also Thema mit Variationen, wenn nur gefahren wird. Und keiner zögerte, gegen wen nun gefahren wird. Seltsam ist die stille Übereinkunft dieses unvernünftigen Dutzends. Wäre der Gegenstand nicht so ernst, ließe sich eine hübsche, eine heitere Glosse schreiben, worauf viele diese Sparte begrenzen möchten. Sozusagen durch Tränen lächeln, wenn es nur nicht weh tut. Den Spaß sollen sie haben! Lautlos brüllten die Ostlandfahrer zum guten Schluß: „Ananas von Carracas". Also kann auch „Russeland" nicht so ernst gemeint sein. Wenn das nichts ist!

W. Nath

. . . reitet kein Mädchen

Übrigens kann England („Engelland") beruhigt sein — es ist nicht vergessen. Nur daß jetzt unsere jungen Mädchen, wenn sie ihre Schule oder Lehre beendet haben, von einem übermächtigen Drang ergriffen sind, über den Kanal zu setzen. Sie lassen sich auch nicht von unserem Spott abhalten, der ihnen prophezeit, möglicherweise als klassische britische Gouvernanten zurückzukommen. Auf unsere Frage, warum sie nicht in das Land der deutschen Sehnsucht, nämlich in das südliche Italien ziehen würden, wurden wir nur angelächelt. England muß also ein wahres Paradies für junge Mädchen sein. Wie weit wir uns in das stock-konservative Klima einer vielleicht noch beschränkteren britischen Mittelstadt fügen würden, wagen wir uns gar nicht erst auszumalen. Stattdessen erinnern wir uns an ein seltsames Mißverständnis, das uns mit jenem „Engelland" passierte. Als nämlich noch zur Kriegszeit die eisernen Sänger „gegen Engel-land fuhren" und öfter nicht zurückkehrten, schien uns — jedenfalls in unserer kindlichen Sicht — der Kampf gegen Engel einigermaßen aussichtslos. Eines anderen belehrt, daß in Engelland keine Engel, sondern Barbaren wohnen, wie wir enttäuscht erfuhren, stellte sich zum Schluß des Krieges — nun aber auf dem Boden der Wirklichkeit — das erste Resultat wieder her. Die eisernen Sänger verstummten, um nun plötzlich ostwärts zu fahren. Angesichts der Überproduktion von Kriegsfilmen (zwölf deutsche in der neuen Saison!) ist diese neue Lust erklärlich. Da sich die freiwillige Filmkontrolle der Bundesrepublik darum verdient macht, die Bürger dieses Staates von falschen Lüsten abzuhalten, wenn etwa eine Beauty zu tief in ihren Busen blicken oder eine Frau gar am falschen Platz den Rock fallen läßt, ist uns um die neue Lust nicht bange. Doch dies ist vielleicht zu ernst, um noch Gegenstand einer heiteren Glosse sein zu können. Kehren wir also zu den Mädchen zurück, die uns nun verlassen. Vielleicht sind sie enttäuscht, wenn sie entdecken, daß auch in England mit Wasser gekocht wird. Auf jeden Fall sind wir und sicher auch die Engländer über d i e s e entzückende Invasion einer Meinung.

Caesar

Teutonengötz

Sonntags saßen zwei Studenten höheren Semesters beim Mittagessen in der Mensa, als ein dritter, jüngerer vom Nebentisch kam und sich unter Verzicht auf „Sie gestatten?" und ähnliches konventionelles Gemurmel das Salz auslieh oder auch durch anderes den Unwillen der beiden auf sich zog. Sie stellten ihn also zur Rede, ob er nicht wisse, wie er sich zu benehmen habe und ob er korporiert sei und zu welcher Verbindung er gehöre. Mit weichen Kien und krummen Rücken tausend Entschuldigungen stammelnd, nannte er den Namen seiner Verbindung; die Entschuldigung wurde großmütig angenommen. Darauf erholte sich unser Freund, und aufatmend stellte er nun seinerseits die Frage, wo denn seine Kontrahenten korporiert seien.

Die Antwort war niederschmetternd: überhaupt nicht!

Nach einer Pause, während der nahezu sämtliche Couleurs sämtlicher Verbindungen über sein Gesicht flackerten und sich seine treuen blauen Augen beinahe mit Tränen füllten, fand sich unser teutscher Recke wieder, und sein wilder Monolog, der nun folgte, gipfelte in dem bekannten Zitat von Goethe, das man nicht eben das sonntäglichste nennen wird. Drauf stürzte er verwirrt von dannen, Schirm und Mantel vergessend.

Reinhard Welteke

Der Tod von Basel

Einen vorzüglichen Beitrag zur Bekämpfung des „Kampfes dem Atomtod" leistete sich die Musterdemokratie Europas, die Schweiz, deren Nationalrat Bringolf gerade mit vieler Mühe die Gegner einer atomaren Bewaffnung, die es auch in den Reihen der Schweizer Sozialdemokraten gibt, wieder auf Vordermann gebracht hatte. Dieses aufopferungsvolle Bemühen drohte am Wochenende vernichtet zu werden. Und zwar, weil das Münchener „Komitee gegen Atomrüstung" zu einem „europäischen Kongreß gegen Atomrüstung" nach Basel eingeladen hatte. Um nun die Eidgenossen nicht wieder aus dem Gleichgewicht zu bringen, verbot die Schweizer Regierung wenige Tage vor der geplanten Eröffnung den Kongreß, „weil die Atomteilnehmer aufgefordert waren, gegen eine Atombewaffnung im allgemeinen und damit auch in der Schweiz Stellung zu nehmen" und „weil die schweizerischen Behörden darin eine Einmischung des Auslandes in die nationale Verteidigungspolitik der Schweiz sehen, die unter keinen Umständen geduldet werden könne". Da die Schweizer Behörden das Verbot kurz vor der Eröffnung des Kongresses aussprachen, konnte kein anderer Tagungsort mehr gewählt werden; der Kongreß mußte ausfallen. Bertrand Russel, Robert Jungk und Karl Barth, denen so die Mühe der Reise abgenommen wurde, können sich damit trösten, daß bei einer Beschränkung des Kongresses auf die Frage der Bewaffnung der deutschen Bundeswehr sicher kein Verbot ausgesprochen worden wäre. Schwierig wird es aber für die Schweizer Regierung, wenn der Bundeskanzler Adenauer sein Motto „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt" auch in Basel verkünden wollte. Diese Gefahr besteht wohl aber nicht. Die Demokratie ist wieder einmal gerettet.

Detlev Degenhardt

Das große Geschäft

Tag für Tag tragen 200 000 Besucher der „Expo", wie die Weltausstellung im Manager-Jargon genannt wird, einen großen Teil der erheblichen Investitionen in den Ausbau Brüssels und des Ausstellungsgeländes ab. Sie bringen ihr Geld in die Gasthäuser, die Andenkenläden; sie zahlen im Bus, in der Bahn, und sie sehen sich vielleicht auch andere belgische Städte an. Sie zahlen für ein Hotelzimmer bis 112,— DM (pro Bett), für ein Bier mindestens 1,— DM, für eine Fahrt mit dem Sessellift über das Gelände 5,— DM . . . obwohl Brüssel noch vor einem Jahr kaum teurer war als Frankfurt. Alle diese Preise sind amtlich genehmigt. Sie genügen aber vielen Geschäftemachern nicht, denn die Presse muß ständig zum Maßhalten mahnen und berichtet laufend von razzienartigen Kontrollen der Preisbehörden und Verhaftungen von Wucherern. Die steuerlichen und devisenmäßigen Auswirkungen der Wirtschaftsbelebung decken einen weiteren Teil der Investitionen. Aber nicht nur die Belgier versuchen, ihre Unkosten hereinzubringen. Auch die der anderen Nationen sind beträchtlich: die UdSSR ließen sich die Ausstellung 126, die USA 63 und die Bundesrepublik 12 Millionen DM kosten (lt. „Spiegel"). Obwohl kein Eintritt in die Pavillons erhoben wird, wenden die Sowjets eine direkte Methode zur Kostendeckung an. Sie verkaufen — als einziges Land — Souvenirs, mit denen sie wegen ihrer bisherigen Isolierung gegen Fremdenverkehr reißenden Absatz finden. Die anderen Staaten arbeiten mit einem mittelbaren Verfahren. England, Frankreich und Belgien z. B. veranstalten eine Industrie- und Mustermesse auf dem Gelände. Andere Länder werben unverhüllt und aufdringlich für den Fremdenverkehr. Fast alle aber glauben, ihre nationale Bedeutung noch besonders herausstellen zu müssen. Nationalpropaganda und Absatzwerbung bestimmen ganz eindeutig das Gesicht der Ausstellung. Die geschickt verbreitete Nachricht, die nächste Weltausstellung finde erst 1964 in Venezuela statt, lockt noch mehr Europäer in das relativ nahe Brüssel. Im Herbst werden es etwa 40 Millionen sein. Und ihnen allen wurde suggeriert, Brüssel sei die ideale Hauptstadt für ein vereintes Europa. Wenn die Politiker dann dem Druck dieser ungeheuren Publicity erliegen — werden etwa 30 Millionen Europäer den Ausbau einer Hauptstadt mitfinanziert haben, die historisch dazu nicht in dem Maße legimitiert ist wie Straßburg. Dann beginnt für Brüssel erst das eigentliche große Geschäft.

Jürgen Krieg

Leserzuschrift:

„So weit sind wir also wieder"

oder

„Die Unfehlbarkeit der Majorität"

Wenn unter dem Titel „Provozierte Atompanik" in einer, gelinde gesagt, wenig sachlichen Form der Versuch unternommen wird, durch Verunglimpfung des politischen Gegners die Unmündigkeit der Minorität und die Unfehlbarkeit der Majorität zur Schau zu stellen, so spricht dieser Beitrag eigentlich für sich — oder besser: gegen sich selbst.

Wie kann es angehen, daß gerade den Gegnern eines „Mehrheitsbeschlusses" (gegen die „zeitgemäße" Ausrüstung unserer Streitkräfte) „Mittrotten und „Radfahren" und „Selbstgerechtigkeit" und „Mangel an Mut zur Konsequenz" und „Distanzierung von der Sache der Freiheit" vorgeworfen wird?

Auf der einen Seite wird Menschen, wenn sie in erster Linie gegen die atomare Rüstung der Streitkräfte ihres eigenen Landes protestieren, weil sie sich nicht auf allgemeine, nichtssagende Sentenzen ablenken lassen, weil sie den Mut zur Selbstkritik haben, zum Vorwurf gemacht, daß sie ihren Kopf nicht in Anspruch nehmen — auf der anderen Seite wird aber erwartet, daß man als Kotau vor der „tiefstehenden Moral der Außenpolitik" die Atomaufrüstung sanktioniert. Frage ich: Braucht es dazu mehr des Kopfes?

Da wird so viel von Freiheit gesprochen. Wo ist sie, wenn die Meinung der parlamentarischen Mehrheit dogmatisiert wird und das Eintreten für eine andere Auffassung abgeurteilt wird als „Klassenhetze", „Vergiftung", „Verpestung", „enthemmte Propaganda"?

Rosemarie Behncke, cand. phil.,
Frankfurt a. M., Hedwig-Dransfeld-Straße 3

Eine Frage?

Kennen Sie die vielen
Situationen des täglichen
Lebens, in denen Ihnen
Ihre Bank helfen kann?
Besuchen Sie uns,
wir beraten Sie mit
großer Erfahrung.

DRESDNER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Frankfurt a. M., Gallusanlage 7

Die V. Republik kommt krank zur Welt

Integration der Seelen / Wird Frankreich Bundesrepublik?

Seit dem 13. Mai 1958 sucht Frankreich nach einem neuen politischen Standort, der den Realitäten im eigenen Land und auch den Gegebenheiten des 20. Jahrhunderts besser entspricht, als dies bisher der Fall war. Die ersten Erklärungen des Generals de Gaulle, die Manifestationen in Algerien und die Äußerungen maßgebender Politiker neuer und alter Prägung haben die Aufmerksamkeit auf einige Schwerpunkte gezogen, die auch das Thema zahlreicher Parlamentsschlachten der scheidenden IV. Republik waren: Verfassungsreform, Frieden in Algerien und Reorganisierung des französischen Kolonialreiches bis in die fernsten Zonen.

Bereits vor dem Putsch der Militärs und Kolonisten in Algerien war in monatelangem Wechselspiel zwischen der Kommission für das allgemeine Wahlrecht und den verschiedenen französischen Regierungen versucht worden, dem politischen Leben durch Abänderung einiger Verfassungsparagraphen wieder eine festere Grundlage zu geben. Man war sich darüber im klaren, daß insbesondere die §§ 49, 50 und 51, in denen der Mechanismus der Vertrauensfrage, des Mißtrauensantrages und der Auflösung der Nationalversammlung durch den Präsidenten der Republik festgelegt war, einer dringenden Änderung bedurften, sollte Frankreich einer großen nationalen Katastrophe entgehen. Die allen Republikanern angeborene Angst vor einer starken Exekutive und die damit verbundene Skepsis gegenüber radikalen Lösungen und Gesundungsformeln behielt aber immer wieder die Oberhand und verhinderte eine wirkliche Reform, für die ohnehin ein Gesinnungswandel hätte Voraussetzung sein müssen. In diesem Zusammenhang mag die Tatsache Beachtung finden, daß man sich in Paris keineswegs mit den Bestimmungen der Bonner Verfassung anfreunden wollte, nach denen die den Sturz der bestehenden Regierung auslösenden Parteien der Opposition einen Nachfolger zur Hand haben müssen.

Wie dem auch sei, de Gaulles Machtergreifung hat auch hier die Situation total verändert. Er ließ sich von der Nationalversammlung unter Androhung seines Rücktrittes die Abänderung des schwerfälligen § 90 bescheinigen, der den Reformmodus regelt. Ohne nun lange an Mehrheiten in den beiden Kammern gebunden zu sein, wird de Gaulle mit seinen engsten Mitarbeitern eine neue Verfassung ausarbeiten und sie im Herbst dieses Jahres dem Volke vorlegen. Das große Rätselraten um die gesetzliche Grundlage der „V. Republik" hat begonnen. Da die Ministerräte hinter verschlossenen Türen tagen, ist man vorläufig auf de Gaulles frühere Äußerungen angewiesen, wenn man sich etwa ein Bild von der zukünftigen Verfassung Frankreichs machen will. In jedem Falle geht es um die Stärkung der Exekutive, die nur durch eine größere Machtvollkommenheit des Ministerpräsidenten oder aber des Präsidenten der Republik erreicht werden kann. In seiner Rede von Bayeux (Juni 1946) hat de Gaulle eindeutig seine Sympathien für ein starkes Staatsoberhaupt ausgesprochen, das neben dem Premier aktiv ins politische Leben eingreifen kann. Es ist kaum anzunehmen, daß der General sich die amerikanische Präsidialdemokratie, in welcher der Präsident tatsächlich Regierungschef ist, zum Vorbild nehmen wird. Das wäre gleichbedeutend mit der Ausschaltung des Ministerpräsidenten und mit dem Wegfall der Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament. Nach Ansicht des Universitätsprofessors Maurice Duverger ist aber eine Demokratie mit einem den Paragraphen nach starken Staatschef und schwachen Ministerpräsidenten auf die Dauer nicht lebensfähig, weil der Premier zwischen zwei Stühlen sitzt und sich praktisch das Vertrauen der Nationalversammlung und zugleich das des Präsidenten der Republik erwerben muß. Die Nationalversammlung wird als frei vom Volk gewählte Einrichtung bestehen bleiben; die zweite Kammer wird ein Abbild der örtlichen Interessenverbände, der Berufsgruppen, usw. sein und die assoziierten Überseeländer berücksichtigen. Letzteres setzt natürlich die Beseitigung der §§ 60—82 über die „Union Française", d. h. die politische Struktur des französischen Kolonialreiches voraus. Aus der „République une et indivisible" (unter die um ein Haar 1945 auch das Saargebiet gefallen wäre) würde dann eine französische Bundesrepublik entstehen, deren einzelne Teile weitgehend autonom wären. Dem ewigen Regierungswechsel soll dadurch entgangen werden, daß der Ministerpräsident vom Präsidenten der Republik eingesetzt, statt von der Nationalversammlung nach einer langen Redeschlacht investiert wird. Bei aller Vorliebe für das englische Wahlsystem soll es jedoch dem Parlament überlassen bleiben, den Wahlmodus zu bestimmen. Tendenzen, die auf eine Verankerung des Wahlgesetzes in der Verfassung hinauslaufen, werden sich wohl kaum durchzusetzen vermögen.

*

Welchen Platz wird Algerien in dem neuen politischen Gebäude Frankreichs einnehmen? Bevor de Gaulle zum erstenmal vor die organisierten und fanatisierten Massen in Algerien trat und sich den revolutionären Wohlfahrtsausschüssen gegenüber sah, konnte man ihn für den liberalen Friedensstifter nicht nur in den nordafrikanischen Departements, sondern auch in Tunesien und Marokko halten. Für die maghrebinischen Nationalisten war er der Mann, der 1945 in Brazzaville mit dem imperialistischen Geist gebrochen und den Weg zu einer Gemeinschaft freier Völker vorgezeichnet hatte. Der Begeisterungstaumel und der zur Zeit der Gaillard, Bourgès-Maunoury usw. noch völlig unmögliche Integrationsrummel haben ihn eines anderen belehrt. Und wenn er sich in einer seiner Reden zum Adepten der Formel „Algérie française" gemacht hat, dann bedeutet dies ein moralisches Engagement und ein wesentliches Zugeständnis an die Verschwörer von Algier. Sie wollen ein von Grund auf neues Frankreich, zu dem auch die 10 Millionen europäischer und arabischer Algerier gehören und werden nicht eher ruhen, als bis sie die letzten Vertreter der bankerotten IV. Republik, die im Augenblick de Gaulles Mitarbeiter sind, von der politischen Bühne verjagt haben. In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, was der Presse-, Informations- und Propagandachef in Algier, Oberst Lacheroy vor kurzem äußerte: „Frankreich und de Gaulle haben die Revolution, die sich in Algier abgespielt hat, überhaupt nicht begriffen. In der französischen Geschichte ist der 13. Mai genauso bedeutungsvoll wie das Jahr 1789. Das System ist unwiderruflich dahin. Wir wollen nichts mehr von ihm wissen. Seine Vertreter sind alle moralisch guillotiniert worden. So rächen wir uns für Indochina, Tunesien, Marokko und alle die anderen bitteren Pillen, die man uns zu schlucken gegeben hat."

Wie Informationsminister André Malraux auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben hat, wird die völlige Integration Algeriens in den französischen Staatsverband bereits praktisch erwogen und wohl bald durch die versuchsweise Umwandlung eines algerischen Departements eingeleitet werden. Es ist aber nicht so einfach — nicht nur wegen des FLN und der Unterstützung, die er bei Marokko und Tunesien findet — Algerien zu einer Verlängerung des französischen Staates auf afrikanischem Boden zu erklären. Nach der propagandistisch hervorragend aufgemachten „Beförderung" der Algerier zu gleichberechtigten französischen Staatsbürgern, hat sich auch bei vielen warmen Befürwortern der Großfrankreich-Idee eine gewisse Skepsis breitgemacht. Abgesehen von den ethischen und religiösen Problemen, die sich aus diesem nicht organisch gewachsenen, sondern durch Eroberung zustandegekommenen Mehrvölkerstaat ergeben, müßten in Algerien wirtschaftliche und soziale Maßnahmen getroffen werden, die Frankreich auf die Dauer überfordern würden. Die Anpassung der Löhne der algerischen Arbeiter an die Löhne im Mutterland geht ja mehr oder weniger auf Kosten der europäischen Wirtschaftsaristokratie, d. h. der Siedler, die rund 75% der gesamten algerischen Wirtschaft und Industrie in den Händen haben. Es versteht sich von selbst, daß für sie die Integration eher ein Übel als eine Tugend ist. Anders aber sieht es bei den sozialen Zuwendungen aus. Die Familienzulagen stehen im Verhältnis 1 zu 4, d. h. eine algerische Familie erhält für 4 Kinder etwa das, was eine französische Familie vom Staate für ein einziges bekommt. Alles in allem gesehen bringt die Integration auf dem sozialen Sektor eine Belastung von 500 Milliarden frs pro Jahr mit sich. Wenn Paris den Algeriern in ihrer Gesamtheit das Recht auf Schulausbildung zubilligt, muß es rund 140 Milliarden frs ausgeben. Dazu kommen noch etwa 90 Milliarden für neue Schulräume, 27 Milliarden frs an Investitionen für das Höhere Schulwesen und 52 Milliarden für die technischen Schulen und für die Berufsausbildung. Die Gleichstellung auf dem Verwaltungssektor ergibt eine Mehrausgabe von 240 Milliarden pro Jahr. Wenn man bedenkt, daß der Algerienkrieg im Augenblick jährlich 700 Milliarden frs verschlingt und wegen des Unabhängigkeitskampfes der Algerier, die von vielen afrikanischen und asiatischen Völkern unterstützt werden, in nächster Zeit nicht zu Ende gehen wird, dann kann man ermessen, vor welchem Dilemma Frankreich steht, und das wegen eines Mythus, wegen seines nun wieder neu belebten Gefühls nationaler Größe, das den legitimen Patriotismus anderer Völker nicht gelten läßt. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß das ganze Leid, welches der Algerienkrieg bis jetzt heraufbeschworen hat, die Folge eines nationalen Irrsinns ist, der in Paris seinen Sitz hat, und nicht erst seit 1954.

Eine „Integration der Seelen", wie sie de Gaulle wünscht, d. h. eine Gleichschaltung der arabischen Volksseele und der französischen Siedlerseele ist ein Produkt eines verständlichen Wunschdenkens. So sehr gewisse Kreise der algerischen Bevölkerung sich zu Kompromissen mit den Siedlern und der Armee bereitfinden mögen — sei es, um wirtschaftliche Vorteile zu wahren, sei es, um einfach nur Ruhe zu haben — so sehr greift die Idee von einem freien algerischen Staat unter der Jugend um sich. Dies mit einer kommunistischen Entwicklung identifizieren heißt diesen Prozeß vereinfachen. Der FLN ist keine kommunistische Tarnorganisation, sondern die Frucht einer jahrzehntelangen Pression Algeriens durch eine unverständige Siedlerschicht, die bei der Wahrung ihres eigenen Vorteils vergessen hat, daß neben ihr Menschen leben, die eigentlich genauso wie sie ein Recht auf Freiheit und Würde haben.

Da sich heute auf algerischem Boden zwei nationale Ideologien gegenüberstehen, zu deren Segen täglich neu gelogen, getötet und gefoltert wird, bleibt dem Zuschauer dieser furchtbaren Tragödie nur abzuwarten, bis die Vertreter der einen die Vertreter der anderen restlos exterminiert haben. Mit dieser Extermination, die zu erreichen die „parachutistes" keinen Augenblick zweifeln, exterminieren sie aber auch die „liberté", „égalité" und „fraternité" und verbauen den Weg zu einem echten, von allen Seiten anerkannten Frieden in Algerien.

Tunesien und Marokko möchten die Einheit des Maghreb unter Einschluß eines freien Algeriens verwirklichen. Nur mit einer großzügigen Entkolonisierungsgeste kann Frankreich das Dilemma in Nordafrika beseitigen und zu einer friedlichen, durch nichts mehr getrübten Zusammenarbeit mit dem gesamten Maghreb kommen. Selbst ein militärischer Sieg über die algerische Befreiungsbewegung könnte nur vorübergehende Erleichterung bringen, denn wenn im 20. Jahrhundert sich ein Volk frei machen will, dann macht es sich letzten Endes dennoch frei!

Emil Senn

Nordafrikas Studenten verlassen Frankreich

Politische Untergrundbewegung nach dem Muster der deutschen Korporation

Es liegt eine besondere individuelle Tragik im gegenwärtigen Schicksal des nordafrikanischen Studenten. Die jungen Marokkaner, Algerier und Tunesier, die heute mitten in ihrem Studium stehen, werden von der blutigen Auseinandersetzung Frankreichs mit Algerien und den daraus fließenden diplomatischen Spannungen mit Tunis und Rabat besonders hart betroffen: einerseits sind sie ohne Ausnahme passionierte Nationalisten, und andererseits verdanken sie ihre gesamte intellektuelle Bildung Frankreich. In der jüngsten Vergangenheit haben die französischen Behörden mit zahlreichen restriktiven Maßnahmen —, deren härteste und unbegründetste das Verbot der UGEMA (der Vereinigung der muselmanischen algerischen Studenten) war und die auch bei der deutschen Studentenschaft zu lebhaftem Protest geführt hat — das Studium der Araber an französischen Universitäten mehr und mehr erschwert. Daher siedeln diese jungen Intellektuellen, die morgen die neuen Führer von Maghreb sein werden, in zunehmendem Maße in die Schweiz über.

Lausanne ist ihr Zentrum. Die waadtländische Metropole beherbergte im vergangen Jahr bloß rund 25 nordafrikanische Studenten. Heute sind es schon über 60. Nächstes Jahr soll sich diese Zahl nochmals verdoppeln. Ihr Leben ist — trotzdem finanziell weitgehend sichergestellt — nicht einfach, denn diese Marokkaner, Tunesier und Algerier zwischen 22 und 30 Jahren müssen in der knapp bemessenen Zeit ihrer Studien nicht nur ihr Fachdiplom erwerben, sondern sie versuchen, sich darüber hinaus auch noch jenes Allgemeinwissen zu verschaffen, das sie, als dünne Elite dreier erwachender Nationen, zur Führung und zum Aufbau eines neuen Staatswesens befähigt. Um dieses zweiten Zieles willen haben sie sich in den letzten Maitagen zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, unter dem Namen „Ifrikya". Die Gründungsversammlung der „Ifrikya" (ein älteres Synonym zu Maghreb) im sommerlich heißen Salon des „Hotel de la Paix" in Lausanne war für die geladenen Gäste von höchstem Interesse. Der Lehrgang der Hochschulen und dann vor allem der politische Anschauungsunterricht, den die Schweiz diesen jungen, vom Worte „Demokratie" förmlich faszinierten Mohammedanern bietet, schaffen Bindungen zwischen der Schweiz und Nordafrika, welche in ihrer Wirkung und ihrem Wert vielleicht schon in naher Zukunft offenbar werden. Der Präsident der „Ifrikya", Douik Abdelhamid, erklärt den Vertretern der Lausanner Verbindungen, dem Rektor der Universität, der Studentenschaft und den Professoren, „daß er und seine Kameraden in der Schweiz nicht nur die ausgezeichneten Schulen, sondern auch den politischen bon sens schätzen gelernt haben". Ferner dankte er für die „offene Gastfreundschaft der Schweiz". Ob das wohl ganz so von Herzen kam? Über die eidgenössische Gastfreundschaft gehen verschiedene Versionen um. Unter den gegebenen Umständen ist jedoch die reservierte Haltung mancher Behörden den politisch heißblütigen und meist, im Interesse ihrer Heimat, sehr aktiven Studenten gegenüber verständlich. Die Mitglieder der „Ifrikya" begreifen — das kam in manchen Gesprächen zum Ausdruck — die besondere Stellung der neutralen Schweiz recht gut. Sie haben deshalb — dies als amüsantes Detail — für ihre Vereinigung die Form der traditionellen deutschen Studentenverbindung nach dem Muster der altbewährten Zofingia gewählt! So werden also bald in den afrikanischen Wüsten Alt-Ifrikiker-Stammtische aus dem heißen Boden schießen und der ehrwürdige Biercomment wird seinen missionarischen Siegeszug durch den islamischen Maghreb antreten! Ob wohl die „Ifrikya" in Algerien, Marokko und Tunesien dieselbe Rolle spielen wird, wie die historischen Verbindungen in der Verfassungsgeschichte europäischer Staaten?

Wie dem auch sei, die neue Verbindung und ihre Farben grün, weiß, rot haben schon heute, im Moment ihrer Gründung, eine besondere Bedeutung, die Said Cheik, der Sohn des ehemaligen tunesischen Ministerpräsidenten, erläuterte: „Wichtig ist für uns Studenten die Einheit der Verbindung. Die junge Generation Nordafrikas glaubt an die Vereinigung des Maghreb. Sicher, es gibt viele Meinungsverschiedenheiten unter Tunesiern, Algeriern und Marokkanern. Aber wir sind alle Mohammedaner und deshalb Brüder. Die algerische Tragödie ist noch lange nicht zu Ende. Von ihrem Ausgang hängt das Schicksal Tunesiens und des cheriffischen Reiches ab. Wir glauben, daß nur eine maghrebinische Föderation eine endgültige Lösung bringen kann." Ein bedeutungsvolles Detail im selben Zusammenhang: in der Westschweiz existiert schon eine gut organisierte und starke Vereinigung arabischer Studenten, die „Arabia". Doch die Nordafrikaner haben sich getrennt organisiert, was symptomatisch ist für eine Psychologie, die man in Nordafrika selbst, im marokkanischen Bürgertum insbesondere, oft feststellen kann: der gebildete Nordafrikaner hat wenig Beziehung zu seinem arabischen Glaubensbruder im Mittleren Osten. Nicht nur die sprachliche Verschiedenheit ist daran schuld, sondern ebensoehr eine gewisse Überlegenheit, die der stolze Nordafrikaner gegenüber dem levantinisch wendigen Mittel-Ost-Araber empfindet.

Rund ein Drittel der heute in Lausanne immatrikulierten Nordafrikaner studieren am Polytechnikum. Ein weiteres Drittel widmet sich dem „Hautes Etudes Commerciales" und der verbleibende Bruchteil verteilt sich vorzüglich auf die juristische und medizinische Fakultät. Für die meisten entscheidet nicht so sehr die persönliche Neigung, als vielmehr die Anforderungen ihrer Länder die Wahl der Fakultät, d. h. meist wird diese Wahl der Studienrichtung stark von der eigenen Regierung beeinflußt. Dieser Einfluß wird bei den Stipendiaten, die rund die Hälfte ausmachen, oft zum eigentlichen Befehl. Wenn der Kampf in Algerien und die schwelende Krise in den Beziehungen von Paris mit Tunis und Rabat noch lange weitergehen, wird die junge intellektuelle Generation des Maghreb in rasch wachsender Zahl in die Schweiz kommen. Diese Entwicklung erfordert von den Hochschulen, den Behörden — und nicht zuletzt von den Zimmervermietern eine Gastfreundschaft, die heute noch da und dort zu wünschen übrig läßt.

Hans Ziegler

Presseseminar Aachen 1958

Wie es üblich ist, wenn Studenten der verschiedensten Hochschulen sich treffen, um gemeinsam interessierende Fragen zu diskutieren, so war auch in Aachen alles improvisiert, von der Zimmerzuweisung angefangen, dann die Diskussionen über Pressefreiheit, die Resolutionen der Ausschüsse und schließlich das völlig überraschende Hauptergebnis des Studentenpresseseminars Aachen, die Gründung eines Verbandes der Redakteure der Studentenzeitschriften. Die Aachener Kommilitonen von der Redaktion des „Prisma“ waren Meister der Improvisation, denn es hat wohl noch nie ein Presseseminar der Studentenzeitungen gegeben, dessen Organisation reibungsloser funktionierte. Die Güte des Essens zu loben verstößt heute fast gegen die guten Sitten, denn wo ißt man denn noch schlecht? Es sei aber einem Konsumenten Frankfurter Mensagerichte verziehen, wenn er in die Terminologie der „Markenepoche“ zurückfällt.

Glücklich seien die Kommilitonen gepriesen, die heute an einem kleinen Hochschulort studieren können. Gerade Aachen ist eine ideale Hochschulstadt. Gediegene Eleganz eines weltbekannten Bades, steinerne Monumente ehrwürdiger europäisch-deutscher Geschichte, lebendiges Kulturzentrum an der Nahtstelle dreier traditionsreicher Staaten, diese Stadt an der Peripherie unseres Landes ist keine Grenzstadt. Sie ist ein europäisches Zentrum.

Im neugebauten, ob seiner Architektur und Zweckmäßigkeit idealen Mensagebäude der Technischen Hochschule tagte das Presseseminar 1958. Einer Übermacht von Redakteuren kleinerer örtlicher Studentenzeitungen gegenüberstehend, waren die Vertreter der wenigen größeren überregionalen Blätter von vornherein in Verteidigungsposition. Durch trübe Erfahrungen aus vergangenen Jahren gewitzigt — Vertriebsbeschränkungen und Zeitungsverbote waren an deutschen Hochschulen eher Regelfall denn Ausnahme — hatten sie sich auf eine zähe Verteidigung der im Kleinkrieg mit den auswärtigen AStAs errungenen Positionen eingerichtet.

Doch das Ergebnis von Verhandlungen ist immer auch abhängig vom Konferenzklima. So gab der Wille zum Ausgleich und gegenseitigen Verständnis den Empfehlungen Sinn und Inhalt. In Zukunft sollen die Rivalitäten zwischen den Studentenzeitungen wenigstens nicht mehr zu Zeitungsverboten an den Hochschulen führen. Die Redakteure kamen überein, den Verkauf der an überregionalem Vertrieb interessierten Zeitungen zu fördern.

Um gleiche Wettbewerbschancen herzustellen, wurde empfohlen, die untere Grenze des Preises für ein einzelnes Exemplar auf 20 Pfennig festzulegen. In diesem Fall wird sich noch zeigen müssen, ob die Herausgeber der Studentenzeitungen, die bisher dieses Preislimit nicht kannten, die Solidaritätsbekundungen der Redakteure unterstützen werden. Würde eine Einigung in dieser Frage scheitern, wäre man gezwungen, den Sinn zukünftiger Presseseminaren ernsthaft in Frage zu stellen. Der Pressekrieg aller gegen alle würde weitergehen zum Schaden der überregionalen Studentenzeitungen, denn nur sie bedürfen der Verkaufserlaubnis. AStAs sind nicht kleinlich, wenn sie etwas verbieten können, den Schaden hätte die deutsche Studentenschaft zu tragen.

Der Verband der Redakteure der Studentenzeitschriften, der in einer Nachtsitzung nach dem Presseseminar von physisch erschöpften Tagungsteilnehmern gegründet wurde, wird keinen leichten Stand haben. Daß es überhaupt zu dieser Gründung kam, ist Zeichen eines bedenklichen Notstandes der Studenten, die journalistisch tätig sind. In den vergangenen Jahren sind in kaum beachteter Kleinarbeit wenigstens an einigen Universitäten Redaktionen aufgebaut worden, die Studentenzeitungen herausbringen, deren Qualität anderen ernstzunehmenden, von Journalisten mit langer Berufserfahrung publizierten Zeitungen nicht nachsteht. Man sollte glauben, daß diese journalistisch begabten Studenten damit ihre Befähigung zum journalistischen Beruf ausdrücklich bekundet hätten. Der Respekt vor der individuellen Leistung scheint aber bei den verantwortlichen Leitern der Redaktionen der deutschen Presse nicht so hoch im Kurs zu stehen, als daß es jemals zu ihrer praktischen Anerkennung gekommen wäre.

Die Erfahrung lehrt, daß man heute nur das erreicht, was man notfalls zu erzwingen gewillt ist.

Satzungen kann man ändern und anpassen, Vorurteile abzubauen ist schwerer.

O.F.S.

Protokoll

der Verhandlung zwischen dem polnischen Studentenverband (ZSP von Krakau und dem Allgemeinen Studentenausschuß AStA der Universität Frankfurt/Main)

Vom 19. bis 26. Juni 1957 weilte auf Einladung des ZSP Krakau eine offizielle Studentendelegation der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Polen. Auf Einladung des AStA Frankfurt hielt sich eine offizielle Delegation des ZSP Krakau vom 18. bis 27. Juni in Frankfurt auf. Die Delegationen versuchten einen Einblick in die Lebens- und Studienbedingungen in Krakau bzw. in Frankfurt zu gewinnen und haben ihre Ansichten über die Arbeit der Studentenvertretung ausgetauscht. Die Verhandlungspartner haben die Nützlichkeit des Ausbaues der Kontakte zwischen den Studentenschaften erkannt und sind, um diese Aufgabe zu erfüllen, zu folgenden Vereinbarungen gelangt:

1. **Austausch von Informationen:**
   a) betreffend: Personelle und institutionelle Struktur der ZSP in Krakau und des polnischen Dachverbandes bzw. des AStA Frankfurt und des Verbandes Deutscher Studentenschaften und die Arbeit der Studentenorganisation, wie z. B. kulturelle Veranstaltungen, Kontakte zum übrigen Ausland etc.
   b) betreffend: Austausch von Studentenzeitungen, Informationsblättern verschiedener Art und Artikelaustausch.
   c) betreffend: Informationen über die allgemeine Hochschulsituation und das Universitätswesen.
2. **Persönliche Kontakte:**
   a) Austausch von Kontaktstipendien, welche einen Studienaufenthalt von 4—8 Wochen in Krakau bzw. Frankfurt erlauben.

Neue Anschrift:
Kleine Friedberg. Str. 15
Telefon: 2 78 41 / 42
Photocopie Gesellschaft
WESTENDSTR. 47

   b) Austausch von Einzelpersonen zu besonderen Anlässen und Austausch von offiziellen Delegationen.
   c) Austausch von Studentengruppen für kulturelle, sportliche und touristische Veranstaltungen.
   d) Untersuchung von Möglichkeiten zu einem langfristigen Studienaustausch auf wissenschaftlicher Basis.
   e) Gegenseitige Teilnahme an wissenschaftlichen Seminaren, die von beiden Universitäten veranstaltet werden.

Der ZSP Krakau und der AStA Frankfurt sind sich darüber einig, daß diese Kontakte und Austausche geeignet sind, die polnischen und deutschen Studenten einander näher zu bringen und dadurch etwas zum Weltfrieden beizutragen.

Dieses Protokoll wurde in Frankfurt am 27. Juni 1958 in vier Ausfertigungen unterzeichnet und hat im Polnischen und im Deutschen gleiche Bedeutung.

Für die Delegation des ZSP Krakau gez. Adolf Goedecki	Der Vors. des Allg. Studentenausschusses gez. Wilfried Fass

Polnische Praktikanten nach Hannover

Eine Intensivierung des Studentenaustausches mit Polen haben die Hochschulen in Niedersachsen erreicht. Für dieses Sommersemester hat der AStA der TH Hannover vier polnische Studenten zu einem zweimonatigen Praktikum eingeladen. Eine Gruppe von zwölf Posener Studenten wird auf Einladung der Hannoveraner Studenten im August eine dreiwöchige Besuchsreise durch die Bundesrepublik und West-Berlin unternehmen. Vorher werden zehn hannoversche Studenten im Juli nach Posen fahren. Zwei Posener Studenten haben für das kommende Wintersemester ein Stipendium an der Technischen Hochschule Hannover erhalten.

(VDS-Information / DISKUS)

Polnische Funktionäre in Frankfurt

Dreiunddreißig Stunden dauert die Reise von Krakau über Prag nach Frankfurt! Davon entfallen allein fünf Stunden auf Grenzkontrollen. — Doch was sind Stunden im Vergleich zu den zwölf Monaten, die ins Land gingen, ehe die vom Frankfurter AStA vor einem Jahr eingeladenen Krakauer Studenten die Fahrt gen Westen antreten konnten. Damals hatten drei vom Frankfurter Studentenparlament aus einer größeren Anzahl von Bewerbern ausgewählte Kommilitonen die Universität Krakau besucht. Zur Zusammenstellung der Krakauer Gruppe, die Mitte Juni in Frankfurt weilte, bedurfte es keiner Wahl. Es gab keine Gegenkandidaten.

Der Bezirksrat Krakau des polnischen Studentenverbandes (ZSP) hatte vier Delegierte nach Frankfurt entsandt. Vier Studenten, Funktionäre des ZSP — äußerlich den Funktionären anderer osteuropäischer Studentenverbände ähnlich: alle in einfarbigen Anzügen, alle mit langem, glänzendem, zurückgekämmtem Haar. Vor allem aber mit jenem mißtrauischen Blick, der allen jungen Kommunisten gemeinsam zu sein scheint.

Mißtrauen in das „westliche System“ (von „Kriegsgewinnlern“ war die Rede), Mißtrauen in das Wirtschaftswunder („Das Erreichte steht in keinem Verhältnis zu dem, was man hätte erreichen können!“), Mißtrauen auch gegeneinander. Ob sich einer vom anderen beobachtet glaubte?

Die Verständigung wurde erschwert durch den beiderseitigen Mangel an Sprachkenntnissen. Nur einer der jungen Polen beherrschte Deutsch, ein zweiter sprach ein hartes Französisch, die beiden anderen konnten außer Polnisch nur Russisch. Einer von ihnen hat in Moskau studiert. Als Spitzenfunktionär des Bezirksrates Krakau des ZSP hat er außerdem mehrere europäische Länder des „sozialistischen Lagers“ sowie Rotchina bereist.

Der Frankfurter AStA hatte ein vielseitiges Programm vorbereitet: Fahrten nach Heidelberg, Bonn, Marburg und Rüsselsheim; Besichtigung eines Elektronengehirns, interne Gespräche, eine Diskussion mit Frankfurter Studenten, eine „Party“ im kleinen Kreis und eine Pressekonferenz.

Wenige Tage vor der Ankunft der polnischen Besucher in Frankfurt waren die Budapester Hinrichtungen bekanntgeworden. Hätten die Frankfurter Gastgeber die „große“ Politik nicht aus den Gesprächen herausgelassen, so wäre wohl keine der beiden Seiten mit dem Ergebnis des Besuches zufrieden gewesen.

Uns aber interessierte es dennoch, die polnischen Gäste auch politisch abzutasten. Sie waren sehr vorsichtig, manchmal undurchsichtig. Jeder Frage, die politischen Zündstoff enthielt, wußten sie geschickt auszuweichen. Als in der Pressekonferenz ein wahrer Regen verfänglicher Fragen („Gibt es in Polen noch immer eine staatliche Berufslenkung? Gibt es nichtkommunistische politische Studentengruppen?“) auf sie niederprasselte, wurden sie merklich verärgert.

Auffallend war, daß sich keiner der vier Polen des stereotypen Parteijargons bediente. Alle waren zwar Funktionäre, „Söhne eines Arbeiter- und Bauern-Staates“, und doch um eine Nuance anders als Funktionäre aus anderen Volksdemokratien. Wer allerdings einmal Gelegenheit hatte, sich mit jugoslawischen Studenten zu unterhalten, konnte feststellen, daß die Vorstellungen über einen „eigenen Weg zum Sozialismus“ doch recht verschieden voneinander sein können.

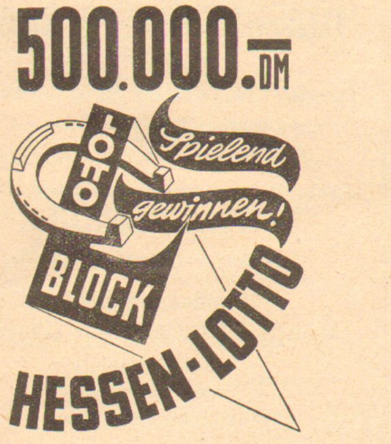
Offen gesagt: wir wurden in unseren Erwartungen ein wenig enttäuscht. Sollten diese Studenten typische Vertreter der jungen Generation Polens gewesen sein, so müßten wir glauben, daß in ihrem Vaterland — trotz des unblutigen Oktober-Umschwungs — fast alles beim alten geblieben sei.

Und doch hatten wir bei dieser Begegnung mit unseren Krakauer Kommilitonen das Gefühl, mit Europäern zu reden — ein Gefühl, das sich beim Gespräch mit FDJ-Vertretern aus Rostock oder Halle nicht immer einstellen will. Hier waren junge Menschen, die selbständiges Denken noch nicht verlernt haben. Sie waren nicht krampfhaft bemüht, ihre liebenswerten menschlichen Schwächen (etwa ihre Vernarrtheit in Souvenirs) zu verbergen. Und: Sie konnten noch lachen.

Mit jedem weiteren Tag schwand das Mißtrauen ein wenig. Am letzten Tag wurde dann, in einer freundschaftlichen Atmosphäre, eine Vereinbarung über den Austausch von Informationen, Studentenzeitungen, Kontaktstipendiaten und Reisegruppen unterzeichnet.

Hoffen wir, daß in nicht allzu ferner Zeit größere Gruppen Frankfurter Studenten nach Krakau fahren können, und daß wir bald wieder Besucher aus Krakau an unserer Alma Mater begrüßen können. Vielleicht bestehen dann schon diplomatische Beziehungen zu Polen, von denen wir uns einen Abbau des Mißtrauens versprechen.

Sn



Koreanisches Mosaik

Von Sok Zin Lim

Immer wieder war ich erstaunt, wenn ich in der Zeit meines bisherigen Hierseins die Bevölkerung über Korea reden hörte. Zwar war viel die Rede vom 38. Breitengrad und einigen Städten aus Süd- und Nordkorea. So Seoul, Pusan, Pjoengjang und der Yalugrenzfluß, die aber nur von den Ereignissen des schrecklichen Koreakrieges her bekannt waren. Nun sind Kriegsberichte nicht das beste Mittel, etwas über ein Land und seine Besonderheiten zu erfahren. Darum will ich versuchen, einige Vorstellungen zu korrigieren, wie sie mir öfter begegneten. Zum Anfang möchte ich also kurz einige bei den meisten Europäern unwissentlich gebliebenen Merkmale gegenüber Korea, das heißt die häufigsten Fragen darstellen, wie sie mir bisher gestellt wurden.

Asiatisches Italien

So die Frage, ob es überhaupt bei uns Schnee gibt. Die meisten von ihnen nahmen an, daß wir in der subtropischen Zone unter heißer Sonne liegen. Dabei erreicht das Temperaturmaximum im nördlichen Teil im Monat Januar minus vierzig Grad Celsius. Selbst in Seoul, der Hauptstadt von Südkorea, sehen wir den Schnee in eine Höhe von dreißig Zentimetern gehäuft. Der Sommer ist begleitet von einer Regenzeit mit starken Niederschlägen bis zu einem Meter. Die durchschnittliche Sommertemperatur ist um 21 Grad Celsius plus. Als ich Anfang Februar 1956 nach Deutschland kam, hatte ich im Moment den Eindruck, daß die Naturzustände hier sehr ähnlich den unseren sind. Besonders bei einem Spaziergang in den nahen Taunus bei Frankfurt glaubte ich die Berge und Täler meiner Heimat wiederzuerkennen. Koreanisch heißt unser Land „Tsoson", was Land der Morgenfrische oder Land der Morgenstille bedeutet, weil der asiatische Kontinent zuerst in meinem Heimatland von der Sonne erreicht wird. Die Länge Koreas ist gut klarzumachen an der Kilometerstrecke, die die Seefahrt von Pusan in Südkorea nach Wladiwostok ausmacht, das vielen Europäern ein Begriff sein dürfte, nämlich: 943 Kilometer Fahrt in Süd-Nord-Richtung, die jetzt allerdings durch die politischen Umstände (ähnlich wie in dem zerteilten Deutschland) unmöglich gemacht ist. Wie ich hörte, nennen die westlichen Völker Korea auch das „asiatische Italien".

Farbige „Diamanten"

Es ist ein Land von sehr großer Vielfalt an Gegenden. Wilde Gebirge mit gießenden Bächen wechseln sich ab mit fruchtbarer Ebene, auf undurchdringliche Taiga folgt eine üppige Landschaft mit subtropischen, immergrünen Pflanzen. Wir haben Monsunklima, was bedeutet, daß im Winter kalte Festlandwinde von Nord kommen, im Sommer dagegen die feuchten, vom Ozean her wehenden Monsune. Die Ostküste ist steil, während die westliche durch einige Untiefen und Ebbe und Flut, wozwischen ein Unterschied von zehn Metern besteht, auch für Schiffe schwer zu befahren ist. Die besten Häfen besitzt der Süden Koreas mit Pusan und Masan. Vorwiegend ist Korea gebirgig. Zwei große davon sollen genannt werden: das nordkoreanische und das ostkoreanische Gebirge. Das erste ist die natürliche Grenze zum chinesischen Gebiet und besitzt mit dem 2540 Meter hohen Kwangmombon einen sehr hohen Berg. Der höchste ist der gewaltige Vulkankegel Päktusan auf einem Basaltlava-Hochplateau mit einer Höhe von insgesamt 2744 Metern. Das ostkoreanische Gebirge zieht sich die Ostküste weit nach Süden hinab. Davon ist das Kymgansan- oder europäisch: „Diamanten"-Gebirge eines der schönsten Südostasiens. Die Farbpracht des gemischten Waldes und der verschiedenen Felsen haben ihm seinen Namen gegeben. Diamantensucher kämen vergeblich.

Schmidts Deutsche Küche

Aus den dargelegten geographischen und klimatischen Bedingungen ergibt sich auch manche Ähnlichkeit der Lebensweise zu Europa. Sehr bemerkenswert ist dabei die in ganz Korea verbreitete Ondolheizung. Dabei ist der Fußboden der Häuser mit Schieferplatten, Ondolplatten, bedeckt, die von unten her durch heiße Luft erwärmt werden. Unsere alten Bauernhäuser besitzen große Strohdächer und Wände aus Lehm. In den Familien haben wir drei Mahlzeiten am Tag. Und alle dreimal nehmen wir als Hauptspeise den Reis. Dazu meistens verschiedene Fische, Fleisch (Rind, Schwein, Huhn) und danach Reiswein. Tee trinken wir weniger. Auch Kartoffeln werden angebaut. Aber man versteht sie nicht zu essen. Erst in Deutschland lernte ich die Bratkartoffeln kennen. In Korea werden nur in den ärmeren Bauernhäusern Kartoffeln gegessen. Bei meiner Rückkehr werde ich allerdings die Gelegenheit nicht versäumen, bei einem deutschen Koch mit Namen Schmidt in Seoul, Bratkartoffeln zu essen. Dort kann man auch andere deutsche Nationalgerichte bekommen. Auch von den Ausländern, die einmal in Korea waren, wird ein Gericht gern gegessen, das Kimchi heißt und neben dem Reis aus einer sehr gut gewürzten Mischung von Weißkohl, Rüben, Zwiebeln, Sellerie und Fleisch besteht. Wir sitzen an niedrigen Holztischen mit der ganzen Familie. Wie es hier in Deutschland sicher manche interessiert, brauchen wir zum Essen einen Löffel und Stäbchen. Bei den reichen Leuten ist das Stäbchen meist aus Silber und bei den armen aus Kupfer. In den Restaurants dagegen findet man aus Holz hergestellte Stäbchen, die nur einmal gebraucht und danach einfach weggeworfen werden. Wenn ein Kind bei uns etwa drei Jahre alt ist, kann es schon selbständig damit umgehen. Hier in Deutschland hat allerdings bis jetzt noch niemand gelernt, damit umzugehen, wenn ich es zeigen wollte.

4279 nach Dan-Koon

Sehr wenig ist die vergangene Geschichte unseres Landes bekannt, obwohl Korea seit sehr langer Zeit bewohnt ist. Wissenschaftlich nachgewiesene Daten stehen dabei natürlich hinter der Legende zurück, die in diesem Jahre 4279 Jahre zum Dan-Koon, dem mythischen Gründer Koreas zurückgeht. Aber archäologische Überreste der jungsteinzeitlichen Kultur existieren nur bis in das 5. und 4. vorchristliche Jahrhundert der europäischen Zeitrechnung. Das erste Staatsgebilde erstand mit dem Fürstentum Tosson, das nach der Legende um 1122 v. Chr. gegründet wurde. Genaue Angaben über dieses Fürstentum sind aber erst seit dem 4. Jahrhundert vor der Zeitrechnung möglich. Im wesentlichen ist die Geschichte Koreas von Kämpfen zwischen rivalisierenden Feudalherren bestimmt, die nur durch den Einbruch von verschiedenen chinesischen Dynastien und mongolischen Stämmen unterbrochen wurden. Um 918 wurde die Halbinsel zum ersten

Teppichweber bei der Arbeit

Male unter einem Regiment vereint. Nach einem großen Mongoleneinfall im 13. Jahrhundert zerfiel die Zentralgewalt wieder. Ab 1650 etwa bis zum japanischen Einfall war die koreanische Geschichte völlig isoliert von den Geschehnissen der übrigen Welt. Diese Abkapselung hat freilich auch ihre Nachteile in der mangelnden Industrialisierung gehabt mit den bekannten politischen Folgen. Um 1900 wurde mit Japan ein „Freundschaftspakt" abgeschlossen, der vom koreanischen Ministerpräsidenten Li unterzeichnet wurde. Dafür wird er jetzt als der größte Verräter von Korea angesehen. Darauf folgte die japanische Besetzung, die starken Widerstand in Korea auslöste. Viele Koreaner mußten emigrieren (nach China, den USA und der Sowjetunion). Andere bildeten Untergrundbewegungen. Mit 1945 wurde Korea vom japanischen Joch befreit. In der gegenwärtig gespannten internationalen Lage war es bisher nicht möglich — wie auch in Deutschland —, die nationale Einheit wiederherzustellen. Die Trennung ist noch radikaler als in Deutschland. Es besteht keine Eisenbahn- und Postverbindung. In meinem Falle ist es so, daß die Eltern meiner Mutter völlig von uns getrennt sind, ohne daß wir jemals wieder von ihnen etwas gehört haben.

Entwicklung der Wissenschaften und Kunst

An Stelle von politischen Erörterungen, die allgemein bekannt sind, will ich abschließend noch auf die kulturhistorische Bedeutung von meinem Heimatland eingehen. Dazu zählen auch einige wichtige Erfindungen, die zum Teil vor den europäischen liegen, zum Teil parallel zu ihnen verlaufen. Bereits im 2. Jahrhundert n. Chr. wurden astronomische und meteorologische Beobachtungen durchgeführt. Im Jahre 647 wurde in Kongdsu das Tsomsondä-Institut errichtet, das damit die älteste Sternwarte Ostasiens ist. Der Einfluß der chinesischen Kultur auf unser Land war sehr bedeutend, das selber die Vermittlung zwischen dem chinesischen Festland und den japanischen Inseln darstellte.

682 wurde in Seoul die erste Universität gegründet mit den sich erweiternden Disziplinen Medizin, Mathematik und Astronomie. Von China wurde die Holzschneidkunst übernommen, auf denen die Texte wie ein Relief herausgeschnitzt wurden. Mit diesen betuschten Tafeln wurden sie vervielfältigt, so daß Bibliotheken entstehen konnten. Schon im 13. Jahrhundert kamen bewegliche Metall-Lettern in Gebrauch. Unser erstes Buch war ein staatsrechtliches und hieß „Sandsongjomung". 1403 wurden über 100 000 Kupferlettern gegossen, mit denen auch die philosophische Schrift „Semganghängsildo" (1434) gedruckt wurde. Weiter sind es das Spinnrad (1376), astronomische Instrumente (1438), Vermessungsinstrumente (1467), Navigationskompaß (1525). (Koreanische Lackwaren mit feiner Einlegearbeit aus Perlmutt werden die feinsten in der Welt von Experten bezeichnet.)

„Yi-Palace" — 500 Jahre alt

Noch manches ist zu sagen über die Geschichtsschreibung, die bildende Kunst und die Musik. Die frühesten koreanischen Zeugnisse von Musikbetätigung reichen bis ins 7. Jahrhundert zurück. Dieses Erbe ist bis auf den heutigen Tag erhalten. Das „König-Yi-Palace"-Orchester, gegründet vor mehr als 500 Jahren, hält immer noch die Sitte aufrecht, die traditionelle Hofmusik zu spielen. Außerdem wird Musikliebhabern die Gelegenheit geboten, in Sinfoniekonzerten, die von koreanischen Orchestern gegeben werden, auch Standardwerke westlicher Klassiker zu hören. Der erste König der Yi-Dynastie (vom 15. Jahrhundert bis 1910) verpflichtete 200 000 Arbeiter zum Bau einer großen Mauer um seine neue Hauptstadt Seoul. Sie war elf Kilometer lang, mit vier großen und vier kleinen Toren. Ein großer Teil dieser Mauer einschließlich des berühmten Süd- und des Osttores ist noch gut erhalten. Natürlich befinden sich diese Teile jetzt im Innern der Stadt, da die Bevölkerung von Seoul auf über zwei Millionen angewachsen ist.

Aus deutschen Studentenzeitungen notiert:

Unter der Überschrift „Sie dürfen mehr verdienen" schreibt das **„Göttinger Prisma"**:

Die Freigrenze für Einkünfte aus studiennaher Arbeit wurde bei der Honnefer Förderung auf 600 DM im Semester erhöht. Die Förderungsdauer ist nach den Richtlinien um ein Semester verlängert worden. Kommilitonen, die unsere Hochschule verlassen, um an einer anderen Hochschule ihr Studium fortzusetzen, können von dem betreffenden Lehrstuhl in Hannover eine Leistungsbeurteilung erhalten, falls sie an ihrem neuen Studienort die Förderung nach dem Honnefer Modell beantragen wollen.

In der Universität **Tübingen** wird zurzeit die Frage diskutiert, ob der AStA zu politischen Fragen Stellung nehmen kann. Zwei Vorschläge, die wir den **„Notizen"** zufügen, werden einer Vollversammlung zur Abstimmung vorgelegt:

Vorschlag I

§ 12 II. Der AStA kann zu politischen Fragen Stellung nehmen. Diese Stellungnahme umfaßt:

a) Umfragen und Abstimmungen innerhalb der Studentenschaft.

b) Kundgebungen und Aufrufe.

c) Resolutionen und Manifeste.

Vorschlag II

§ 12 II. Der AStA kann grundsätzlich politisch aktiv werden. Er muß aber für jeden Einzelfall über die Form seiner Aktivität v o r dem speziellen Tätigwerden innerhalb einer Vollversammlung eine Abstimmung durchführen.

Der Beschluß dieser Vollversammlung bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden immatrikulierten Studierenden; das sind gemäß § 3 der Geschäftsordnung mindestens 167 Stimmen.

Die Entscheidung zu diesem Zweck einzuberufenden außerordentlichen Vollversammlung bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit aller AStA-Mitglieder.

Zu dem heiklen Problem des „möblierten Fräuleins" schreibt die **Braunschweiger** Studentenzeitung **OMNIBUS:**

Untermieter zu sein, bringt für beide Mitparteien manche Schwierigkeiten. Ein besonderer „Stein des Anstoßes" ist bei „möblierten Fräulein" oft die Frage des Herrenbesuches, besonders dann, wenn der Besucher nicht pünktlich um zehn Uhr das Haus verläßt.

Zu diesem etwas heiklen Problem sagte jetzt das Amtsgericht Stuttgart: „Herrenbesuche braucht der Hauseigentümer nicht zu dulden, wenn sie das Haus in Verruf bringen. Sie können eine erhebliche Belästigung des Hauseigentümers und der Mitbewohner darstellen. Das gilt selbst dann, wenn es in einer Großstadt gewisse Kreise gibt, die daran keinen Anstoß nehmen, weil auch andere da sind, die solche Zustände in einem gutbürgerlichen Haus nicht dulden. Für das unsittliche Verhalten der Untermieter aber sind die Hauptmieter verantwortlich. An ihnen ist es, solche Besuche sofort abzustellen." (Aktenzeichen: 18 C 4144/57.)

Über einen neuen Weg zur Belebung des Interesses für die Solidaritäts-Sammlung berichtet das **VENTIL, Karlsruhe:**

Meinen Sie, daß damit die Idee der Solidarität nur irgendwie berührt wurde? Sicherlich nicht. Aber beruhigen Sie sich, die Verwendung des gesamten Geldes ist auch verhältnismäßig schwer kontrollierbar. Deshalb hat sich der Vorstand und in der letzten AStA-Sitzung die Versammlung des AStA für eine andere Art der Solidaritätssammlung, eine persönliche und dadurch sicher bessere entschieden! Gesammelt wird auch, aber das Geld und die eingegangenen Sachspenden werden durch uns an Adressen in der Ostzone geschickt. Die Studenten der Pharmazie werden sich erinnern: sie hatten das Exempel im vergangenen Wintersemester bereits versucht, und eine Flut von Dankschreiben erhalten. Sehen Sie, hier geschah das, was wir suchen: den anderen Menschen wirklich helfen!

Wir brauchen einmal Adressen von Professoren, Assistenten und Kommilitonen der Zone, die, versteht sich, durch ihren persönlichen Widerstand gegenüber dem System in wirtschaftliche Notlage geraten sind; wir brauchen Ihre wirtschaftliche Mithilfe — weil wie bekannt Gedanken bisher nichts als Münzmaschinen zu verwenden sind — und vielleicht auch Ihre persönliche Mithilfe um das Adressenmaterial zu ordnen und die Päckchen zu versenden. Glauben Sie mir, gerade im Zuge der Aufhebung der Lebensmittelrationalisierung und der damit verbundenen Verteuerung hat eine solche Aktion noch Sinn und Zweck.

Das **Berliner „coloquium"** schreibt zu dem Fall des Studienrats Zind in Verbindung mit der Deutschen Burschenschaft:

„Die Deutsche Burschenschaft nimmt den Fall des Studienrats Zind in Offenburg, Alter Herr der Burschenschaft Arminia Straßburg zu Tübingen, zum Anlaß, sich erneut zum Grundsatz der Menschenwürde, wie er in Artikel 1 des Grundgesetzes festgestellt ist, zu bekennen und sich mit Nachdruck von jedem Antisemitismus und Rassenwahn zu distanzieren. Die Verbrechen, die das Dritte Reich an den Juden begangen hat, verpflichten jeden Deutschen, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um zur Verständigung unter den Völkern beizutragen. Die Deutsche Burschenschaft bekräftigt daher ihren Willen, auch in Zukunft antisemistischen Tendenzen, wo immer sie auftreten, energisch entgegenzutreten." So beschloß der Burschentag, das legislative Gremium der Deutschen Burschenschaft, der vom 29. Mai bis 1. Juni in Landau in der Pfalz tagte. Seine Stellungnahme schafft Klarheit, wo bisher widersprüchliche Einzelmeinungen das Bild bestimmen; sie wiegt um so schwerer, als die vom Burschentag abgegebenen Beschlüsse für die einzelnen Burschenschaften bindend sind.

Ist also der echte Gesinnungswandel eingetreten, den wir in unserem vorigen Heft noch vermißten? Ist ein neuer Geist wenigstens in einem Teilgebiet eingezogen? Diejenigen, denen an einer Zusammenarbeit aller Kräfte in der Studentenschaft gelegen ist, werden darauf hoffen, daß die Landauer Deklarationen keine Deklamation bleibt.

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 (Am Goetheplatz)

Telefon: 23633 u. 25264

Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Technik, Medizin,

Naturwissenschaften

Sonderangebot!

Medizinische Bücher aus unserem

Antiquariat.

Verkauf ab 1. 5. 1958

Stark herabgesetzte Preise!

Zukunft unter der Erde?

Pascual Jordan: „Der gescheiterte Aufstand. Betrachtungen zur Gegenwart." 2. Auflage. Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt am Main 1957. 181 Seiten, DM 7,50.

Die atomare Aufrüstung und die Planung des Einsatzes nuklearer Waffen ist eine politische und militärische Angelegenheit. Wenn Wissenschaftler zu dieser Frage Stellung nehmen, so tun sie es als Politiker und nicht als Wissenschaftler. Aus dieser richtigen Überlegung sind in letzter Zeit vielfach falsche Konsequenzen gezogen worden. Man meinte und hoffte, damit den Stimmen von Wissenschaftlern, die sich selbst nicht unmittelbar politisch engagiert hatten, alles Gewicht zu nehmen. Soweit es sich hier um Wissenschaftler handelt, deren Spezialgebiet die Kernphysik ist, hintertreibt man durch deren Reduktion auf Staatsbürger mit durchschnittlichem politischem Horizont die politische Bewußtseinsbildung des Volkes über Fakten, über die es sich aus eigenen Mitteln gar keine Klarheit verschaffen kann, sondern zu seiner Urteilsbildung eben auf die Auskünfte der Wissenschaftler angewiesen ist, in deren Spezialgebiet auch die Erforschung der Folgen etwaiger Atombombenexplosionen fällt. Die Wissenschaft ist selbst zu einem Politikum geworden, und man sollte es den Wissenschaftlern nicht verwehren, wenn sie hieraus die Konsequenzen ziehen und sich auch über die politischen Folgen dessen, was sie tun, Klarheit zu verschaffen suchen. Das ist nur ebenso vernünftig, wie es unvernünftig ist, wenn die Politiker alle wissenschaftlichen Erwägungen weit von sich weisen, Phrasen von Abendland und Freiheit an die Stelle politischer Vernunft setzen und sich obendrein noch mit der „Einfachheit" ihrer Überlegungen brüsten.

Freilich ist auch nicht alles, was in den Gärtlein der Fachprofessoren an politischer Weisheit reift, dem Boden der Vernunft entwachsen. An sich brauchte die Schreibtischlampe der Gelehrtenstube kein schlechtes Licht der Erkenntnis zu sein — jedenfalls ein besseres als die Gescheitheit derer, die sich die inkarnierte Weisheit der politischen Praxis dünken und die Wissenschaft ebenso gern von der Politik fernhalten möchten, wie ihnen selbst die Fähigkeit wissenschaftlicher Erwägungen abgeht. Leider aber treiben mitunter die politischen Überlegungen von Wissenschaftlern seltsame Blüten. Es ist häufig so, daß in ihrem Fachgebiet verdiente Forscher außerhalb dessen Grenzen, besonders in der Philosophie und der Politik, einen schwer verständlichen Mangel an Urteilskraft beweisen. Der Fortschrittsglaube des Comteschen Positivismus, dessen Lehre von den drei Stadien Jordan beibehält, ist bei Jordan mit der nihilistischen Attitude verbunden, die von der bürgerlichen Ideologie seit Kierkegaard, Stirner und Nietzsche unabtrennbar geworden ist. Obwohl sich Jordan seiner eigenen Lehre nach im „empirischen Zeitalter" befindet, die Welt also erkannt wird, wie sie ist, erscheint ihm alle menschliche Erkenntnis doch „als Bruchstück, als kümmerlicher Notbalken inmitten nächtlichen Meeres". Jetzt bedarf es nur noch des Sprungs in die Religion. Das Meer wird zwar dadurch nicht heller, aber immerhin erhält die Finsternis ihre Sanktion, und die Misere der Jordanschen Erkenntnistheorie wird zur einer Misere der Erkenntnis schlechthin hypostatiert. In der Nacht, in der alle Katzen grau sind, findet auch die religiöse Offenbarung ihren Platz. Mit der Parallele, die Jordan zwischen wissenschaftlicher und religiöser Erfahrung zieht, erweist er dieser freilich einen Bärendienst. Indem er von der „tiefen Verwandtschaft der Wahrheit der Erfahrung und der Wahrheit der Offenbarung" spricht, „wobei es kaum mehr als einen Unterschied der Ausdrucksweise bedeutet, ob wir die Offenbarung als eine Form der Erfahrung bezeichnen oder die naturwissenschaftliche Erfahrung als Teil der natürlichen Offenbarung", macht er das Licht, das für religiöse Menschen in der Finsternis scheint, selbst zu einem Stück dieser Finsternis.

Zwar spricht Jordan hier nur von der natürlichen Offenbarung, aber er meint mit ihr die religiöse Offenbarung. Auch ein von Jordan unternommener Vergleich des Wissenschaftlers mit dem Heiligen zeigt, daß Jordan nur einen einzigen Offenbarungsbegriff kennt.

Jordan überträgt seinen erkenntnistheoretischen Nihilismus auch auf die Praxis, besonders die politische Praxis. So wenig wir wissen, was wir wissen, so wenig wissen wir, was wir tun, wenn wir handeln. „Das heißt also: daß Not, Elend und Verbrechen niemals aus menschlicher Kraft grundsätzlich oder in weiterem Ausmaß zu beseitigen sind. . . . Nur fragmentarisches Handeln ist möglich." Obwohl Jordans eigene erkenntnistheoretische Vorstellungen ihn zum Agnostiker prädisponieren, kann er doch nicht davon lassen, seinen Nihilismus in Zukunftsvisionen zu konkretisieren, die ihm wissenschaftlich vertretbar erscheinen. „Ich bemühe mich um wissenschaftliche Analyse. Wie der Meteorologe in leidenschaftsloser Nüchternheit das morgige Wetter vorauszusehen sucht, so möchten diese Überlegungen beitragen zu einer Vorausschau der morgigen Welt." Diese Welt steht für Jordan im Zeichen fortwährender Atomkriege. Der Zynismus, in dem Jordan mit Epochen und Milliarden von Menschen umspringt, ist beispiellos. Nicht nur bagatellisiert Jordan die tatsächlichen Folgen eines Atomkrieges — er parallelisiert z. B.

Neue Anschrift:
Kleine Friedberg. Str. 15
Telefon: 2 78 41 / 42
Die Photocopie Gesellschaft
WESTENDSTR. 47 Tel. [illegible]

die durch die Atombomben auftretenden Erbschäden mit den Nachteilen, die der Ausfall der natürlichen Selektion für die Menschheit mit sich brachte, — und empfiehlt den Menschen, sich unter die Erde zu verkriechen: Am dringlichsten sei eine „umfassende Neugestaltung unserer Städte". Wir sollen „unterirdische Städte" bauen, „welche die einzige mögliche Stadtform der Zukunft sind." Jordan meint nicht nur, daß wir uns zwischendurch immer einmal fünf Jahre lang unter die Erde verkriechen müssen, „bis der Atomgestank draußen abgeklungen ist", sondern er rechnet auch trotz der Schutzvorrichtungen mit umfassenderen Katastrophen: „Selbst dann, wenn einmal im Jahre 2500 eine . . . Katastrophe die Menschheit auf wenige Promille ihres Bestandes reduzieren sollte, würde man im Jahre 3500 schon wieder das Problem der Übervölkerung für das bedrückendste aller Probleme halten."

Jordan ist CDU-Mitglied und Mitglied des Bundestages. Zwar liefert Jordan ein schlechtes Beispiel für die politische Urteilskraft eines Fachprofessors, aber dafür ein um so besseres Beispiel für die Weltuntergangsstimmung derer, die keinen anderen politischen Rat wissen als den des Atomwettrüstens. Unabhängige Denker wie Jaspers oder Günther Anders sind sich über den verantwortungslosen Charakter der westlichen Rüstungspolitik im klaren. Selbst Weizsäcker bezeichnet „das Fehlen einer entschlossenen Führung oder einer wohldefinierten Politik" als eine „entscheidende Schwäche der Vereinigten Staaten".

Politik ist die Kunst des Möglichen. Heute liegt die Vernichtung der Menschheit im Bereich des Möglichen. Aber noch ist der Wahnsinn nicht zur einzigen Möglichkeit geworden. Die Proteste der Wissenschaftler gegen die atomare Bewaffnung haben darum ihren guten Sinn, dieweil sie nicht, wie Jordan meint, bloß „den Willen lähmen", sondern erst den Willen zu einer vernünftigen Politik ermöglichen. Dieter Deininger

Politische Philosophie

Hans Barth: „Die Idee der Ordnung. Beiträge zu einer politischen Philosophie." Eugen Rentsch Verlag, Zürich und Stuttgart 1958. geb. DM 16,80.

Seit Platon haben in der europäischen Geschichte Philosophie und Politik in einem produktiven, aber auch allzu oft bedenklichen Zusammenhang gestanden. Das Denken des Züricher Philosophieprofessors Hans Barth, dem wir den ersten Versuch einer Geschichte des „falschen Bewußtseins" von Bacon bis Nietzsche verdanken, zentriert sich um diesen Zusammenhang in seinen widerspruchsvollen Aspekten. Gerade auch der geistige Druck, der in der Gegenwart vom Osten auf die übrige Welt ausgeübt wird, sollte zum Neudurchdenken des Verhältnisses von Philosophie und Politik veranlassen.

Barths neues Buch, das sich mit der Idee der Ordnung befaßt, kann dabei von Nutzen sein. Grundsätzlich erörtert er im ersten Teil Einheit und Verschiedenheit von Politik und Philosophie. Wie schon Marx kritisierte, ist alle Philosophie kontemplativ, während Politik wesentlich Aktion heißt. Beide Disziplinen haben indessen ihr Gemeinsames darin, daß sie es mit Historischem, mit Prozeßhaftem zu tun haben. Damit neigt Barth einer Hegelschen Betrachtungsweise zu, für die der geschichtliche Prozeß ebensosehr das ausgeführte System darstellt. Historisch und systematisch zugleich ist denn auch die Barthsche Methode im Ganzen. Indem er konkret-historische Probleme beleuchtet, springt zugleich etwas Grundsätzliches für die Kenntnis der politisch-philosophischen Beziehungen heraus. Im vorliegenden Buch geht es ihm nicht, wie in der Ideologiestudie, um das kritisch auflösende Bewußtsein, sondern um eine soziale Ordnungslehre, die sich mit dem Problem des Konsens, der Loyalität, dem der Sanktion und der Frage der staatlichen Instanzen in ihrem hierarchischen Verhältnis beschäftigt. Es ist wohl kaum ein Zufall, wenn sich Barth heute mehr affirmativen und konservativen Geistern wie Burke, Rivarol, Lamenais, De Maistre und Comte zuwendet. So sehr das Ideologische bei ihnen auf der Hand liegt, Barth hält nichts von der starr-antithetischen Einteilung der Denker in progressive und konservative. Daher versucht er das an ihnen hervorzukehren, was über die Rechtfertigungsideologie, wie sie gleichsam an Ort und Stelle vorliegt, hinausweist.

Interessant sind die Beziehungen, die aufgezeigt werden zwischen Burke und den Ideen der nationalen Erhebung in Deutschland. Bedeutend war auch sein Einfluß auf Steins Reformideen und die romantische Rechtsschule. In einem äußerst farbigen und lebendigen Kapitel stellt Barth Rivarol dar, jenen entmachteten, aber dennoch aufklärerischen Feudalen, der als scharfer Gegner der Französischen Revolution zugleich deren historische Berechtigung und Notwendigkeit anerkannte. Ein weiteres Kapitel ist Lamenais gewidmet, der sich vom Verteidiger eines extremen Monarchismus und Ultramontanismus zum kämpferischen Republikaner entwickelte, ohne je die religiösen Grundlagen seiner Staats- und Gesellschaftslehre aufzugeben. Comte als Vertreter des nachrevolutionären und nachaufklärerischen Positivismus, bekannt als Begründer der Soziologie, wird vor allem in seinen theokratischen und katholisierenden Zügen geschildert. Von dem Begriff der Sanktion bei Proudhon und Bentham geht Barth über zu einem letzten Kapitel rechtsphilosophischen Charakters, in dem er besonders das Naturrecht dem Historismus und Positivismus in der Rechtslehre gegenüberstellt und die Idee der Ordnung in ihren Momenten als zentrale Kategorie politischen Philosophierens überhaupt entwickelt. Wie alle Barthschen Bücher zeichnet sich auch das vorliegende durch Materialreichtum und sprachliche Durchsichtigkeit aus. A. S.

Reise

In dunklem Abteil, den Kopf an brüchige Träume gelehnt;
das Fenster griffbereit gegen die Langeweile,
den Würfel Nacht mit fünf Sternen oder sechs.

Stationslichter treiben wie Schneegestöber vorbei;
Gesichter werden gehißt, Nationalflaggen von Minuten;
dann wieder Windgeheul und Vergessen.

Die Nächte im Schnellzug haben kein Ende;
der Alltag rückt nicht heran. Mich schützt das eintönige
Gebet der Räder um Ferne.

Reißender Strom der Gleise: wie schwimmende Inseln
Großstadtstraßen im Tiefschlaf, vom Mond geschürte
Schatten der Wälder und Pappelalleen.

Carl Guesmer

„Von Minuten beschattet" heißt das Lyrikbändchen des Limes-Verlages, dem unser Gedicht entnommen wurde. Carl Guesmer, 1929 in Kirch Grambow (Mecklenburg) geboren, veröffentlichte Gedichte im Verlag der Eremitenpresse, in den „Akzenten" und in anderen Zeitschriften. Er lebt als Bibliothekar in Marburg an der Lahn.

Urworte. Orffisch

Carl Orff: „Bairisches Welttheater". Insel Verlag, Wiesbaden 1957. 140 Seiten, Leinen, 13,50 DM.

Wer heute nach deutschschreibenden Dramatikern sucht, die ein unmittelbares Verhältnis zum Theater haben, einen sicheren Instinkt für die Gegebenheiten der Bühne, der kriegt nicht einmal die Finger einer Hand zusammen. Denn dem Dramenschreiber tut nicht nur die Reflexion darüber not, ob und wie heutige Welt szenisch darstellbar ist (auch daran fehlt es meist), sondern auch das handwerkliche Vermögen und die Spontaneität, Rollen zu schreiben, dramatische Situationen zu umreißen, mit den szenischen Möglichkeiten zu spielen. Den Schweizern Frisch und Dürrenmatt gelingt das, in Deutschland dagegen eigentlich nur dem (sehr unwagnerischen) Gesamtkunstwerkler Orff.

Man mag sich über die hier behauptete Nachbarschaft wundern. Ist denn dieser Carl Orff ein „moderner" Dramatiker? Stellt er sich denn einer uns verbindlichen Gegenwart? Flieht er nicht in die bairische Provinz und in die Vergangenheit saufender und liebender Vaganten (CARMINA BURANA), in die Unwirklichkeit schnurriger Märchen (MOND, KLUGE), in die verblaßte Bindung des christlichen Mittelalters (COMOEDIA DE CHRISTI RESURRECTIONE)?

Es muß keine Flucht sein, wenn man nicht über die Atombombe, die Bürokratie oder die Wiedervereinigung schreibt. Der vorliegende Band, enthaltend die Stücke DIE BERNAUERIN, ASTUTULI und COMOEDIA DE CHRISTI RESURRECTIONE, trägt mit Recht den absonderlichen Titel „Bairisches Welttheater". Man kann ins Bairische ziehen, um Welttheater zu machen. Man kann am Detail das Ganze demonstrieren, im Kleinkosmos einen Großkosmos sich spiegeln lassen. Man muß nur ins Bairische, ins Detail, ins Kleine tief genug eindringen, wie Orff es tut. Dann wird es kein Anzengruber. Dann verliert es das Provinzielle, Zufällige und wird parabolisch.

Der Sprachvorgang der Orffschen Stücke stellt sich dar als ein Jonglieren mit sehr lebendigem, vital-ursprünglichem Material. Sprache in einem möglichkeitsreichen Kinderstadium, in dem sie gleichsam noch mit Murmeln spielt. Da schießt die Lust an einer durchaus modernen, vehementen, rhythmischen Motorik und an klanglichen Vokalstauungen ins Kraut (Hurlnußstaud = Haselnußstaude). Über die Sphäre des Sinnlichen hinaus ist es ebenfalls Dialektlich-Idiomatisches, das die Enge des Provinziellen sprengt. Die Etymologie — fern aller heideggerischen Deutschtümelei — sprüht derbe Funken, das exklusiv Bairische wird in seiner konkreten Wörtlichkeit zu einer lustig erhellenden Metapher, die die Dinge ohne Umschweif anspringt. Etwa in dem sehr weiblichen Kleidungsstück „Duttenpfaid".

Unablässige Bedingung für die gültige Aktualisierung der Orffschen Sprache wie auch seiner Musik ist die szenische Verwirklichung. Aus den Gegebenheiten der Bühne heraus schreibt er und für sie. Ohne Mimik, Gebärde, Bewegung im Raum und Kostüm, also nur im Konzert- oder Vortragssaal verarmen seine Stücke. Sie sind das Gegenextrem zu Lesedramen (gleichwohl beim Lesen immer noch reizvoll). So wird denn auch die Bühne — die requisitenarme Podiumbühne, das nackte Brett — in den Vorgang der Stücke aufgenommen. Es wird gespielt, nicht illusionistische Wirklichkeitsfiktion geboten. Ein Modus des epischen Theaters mit Ansager, Prolog, Bericht und Kommentar. Doch es zeigt sich wieder die Variationsbreite des epischen Theaters, das hier nicht wie bei Brecht die szenische Illusion zerstört, um ein kristisches Sich-Absetzen des Zuschauers zum Zwecke der Gesellschaftsänderung zu betreiben — sondern das dramatische Geschehen in einen weiteren Zusammenhang aufhebt: in die nie müde werdende menschliche Grundtätigkeit des Spielens. k

Zeitschriftenschau

Politik

Maos Attacke gegen die Revisionisten. China übernimmt die ideologische Führung des Ostblocks.
Isaac Deutscher in Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung v. 28. 6. 1958.

Unbewältigte Vergangenheit.
Friedrich Minssen in Gesellschaft — Staat — Erziehung. 1958, H. 3.

Die zweimal verratene Revolution. In memorian Imre Nagy.
in Die Gegenwart. 1958, H. 13.

Drastische Wahrheiten. Die freie Welt auf dem Prüfstand der sowjetischen Koexistenz-Propaganda.
Wilhelm Röpke in Rheinische Merkur v. 4. 7. 1958.

Wissenschaft

Zur neuen Heisenberg-Formel. Sind wir auf dem Wege zu einer einheitlichen Theorie der Elementarteilchen?
W. Braunbek in Die Umschau in Wissenschaft und Technik. 1958, H. 13.

Reise in die absolute Ungeborgenheit. Im Weltraumschiff den Tod im Nacken.
Arthur Jores in Die Zeit v. 4. 7. 1958.

Fördert die Automatisierung die Konzentration?
Hans Roeper in Frankfurt Allgemeine Zeitung v. 28. 6. 1958.

Kultur

Frankfurt am Main — ein Zentrum der Chemie.
in Frankfurt, lebendige Stadt. 1958, H. 2.

Die Städte und die Fünf-Tage-Woche.
in Der Städtetag. 1958, H. 6.

Ein kleiner Krach und eine große Schau

Die VIII. Internationalen Filmfestspiele Berlin 1958

Mit einem aparten Krach begannen in diesem Jahr die „VIII. Internationalen Filmfestspiele Berlin 1958", bevor sie überhaupt angefangen hatten. Eine Woche vor Beginn der großen Schau lief in einem Kudamm-Kino der amerikanische Streifen „Wege zum Ruhm" an, jene filmisch gekonnte Entlarvung der manchmal fragwürdigen Methoden, deren sich ein General bedienen muß, um die oberen Sprossen der Leiter des Ruhms zu erhangeln. Der General Gèze, Kommandant des Französischen Sektors von Berlin, nahm Anstoß daran, daß es sich dabei um einen französischen General aus dem 1. Weltkrieg handelte; er verbot die Aufführung des Films im Französischen Sektor — unter Berufung auf die Befehle 501 und 504 der Alliierten Kommandantur, was Berlins „Regierender" Willi Brandt einige Tage später im Abgeordnetenhaus als „Rückschritt auf 1948" apostrophierte — und protestierte mit Erfolg so heftig, daß der Film — wie offiziell verlautete, „vorerst für die Dauer der Festspiele" — in ganz West-Berlin nicht mehr gezeigt wird. Der General Gèze versicherte daraufhin dem Willi Brandt seiner vollen Hochachtung, sagte aber seine Teilnahme an allen offiziellen Berlinale-Veranstaltungen und dem „traditionellen Filmfestspiele-Empfang des französischen Stadtkommandanten" ab. Entscheidend für die kompromißbereite Haltung des West-Berliner Senats in der Frage der Absetzung des Films dürfte aber die französische Drohung gewesen sein, von einer Teilnahme an den Festspielen überhaupt abzusehen. Auch die Amerikaner maulten und wollten fernbleiben. Nur die besondere Lage Berlins, so verkündeten sie schließlich, ließe sie der Absetzung des Films zustimmen; in Cannes oder Venedig hätten sie unter ähnlichen Umständen diese Diskriminierung der freien Meinungsäußerung nicht mitgemacht. Nachdem also der zornige alte Mann Gèze besänftigt war und die Amerikaner ihre Lektion in Demokratie erteilt hatten, kam doch noch alles zu einem guten Ende.

Und so konnte es beginnen, das große Schauspiel aus Geschäft, Rummel, Fahnen, Zelluloid, entfesselten Massen und gehetzten Stars, versetzt mit einer Prise Kunst und einer Handvoll Idealismus zur linken Hand. 36 Nationen waren aufmarschiert mit 26 Spielfilmen, 4 abendfüllenden Dokumentarfilmen und einigen Dutzend Kurzfilmen, hierzulande oft fälschlich als „Kulturfilme" pauschaliert. Rein zahlenmäßig hatte Berlin damit mehr zu bieten, als irgendein Festival sonst in der Welt.

Die Schweiz hatte die Ehre, mit „Die Angst vor der Gewalt" („Der 10. Mai") den Reigen zu eröffnen. Ein großes Thema: die Angst der Schweizer Bürger am 10. Mai 1940, dem Tag des deutschen Einmarsches in Holland, Belgien und Nordfrankreich, auch von den Deutschen okkupiert zu werden. Daraus wurde nicht viel mehr als ein Aufguß Schweizer Provinzial-Behäbigkeit, die dem Zuschauer das Miterleben der nackten Angst vor der nackten Gewalt erspart. Besser schon der zweite Schweizer Beitrag: „Es geschah am hellichten Tag", ein Kriminalfilm um einen triebhaft-kranken Kindesmörder, nach einer Novelle von Friedrich Dürrenmatt. Ladislao Vajda inszenierte das handwerklich-sauber und optisch-einfühlend mit angenehm unterkühltem Spiel der Hauptakteure. Spannung wird nicht mißbraucht, der Mensch bleibt immer Mensch. Man registriert so etwas dankbar heutzutage. Heinz Rühman zeigt als Kriminalkommissar, daß er mehr kann als „Charleys Tante" mimen.

Schwedens renommierter Ingmar Bergmann lieferte mit „Am Rande des Tages" die Studie eines Greises, dem durch die Ereignisse eines Tages die Fragwürdigkeit seines bisherigen egoistischen Lebens bewußt wird. Bergmann hat hier den Krampf überwunden, der seinen früheren Filmen oft anhaftete, er hat einige interessante Einfälle, die manchmal zwar Vorbilder haben, aber nicht kopiert sind. Was diesen Film aber unvergeßlich macht, ist das subtile Spiel seines Hauptdarstellers, des schwedischen Filmpioniers Victor Sjöström. In menschlichen Tiefen wühlt auch Ägyptens Beitrag „Bahnhof Kairo", in Bild und Spiel überraschend und überzeugend, aber durch ein etwas einfältiges und naives Drehbuch gehandicapt.

Einen hochbrisanten Stoff hat sich Stanley Kramers „Flucht in Ketten" (Amerika) aufs Korn genommen. Zwei Verbrechern, einem Neger und einem Weißen, durch eine Kette aneinandergefesselt, gelingt die Flucht aus einem Gefangenentransport. Anfangs schlagen und beschimpfen sie sich, und nur die Kette verhindert das Schlimmste: daß einer den anderen erschlägt. Aber die Kette bewirkt auch ein anderes: daß sie einander kennenlernen, daß sie Vorurteile überwinden lernen und den Menschen im anderen entdecken. So hält sie die Kette noch zusammen, als sie sich ihrer entledigt haben. Jeder von beiden hat die Chance, sich persönlich in rettende Sicherheit zu begeben, aber beide verzichten darauf, um den anderen nicht im Stich zu lassen, und zusammen, wie sie entkamen, werden sie wieder eingefangen. Wenn dieser Film trotzdem nicht d e r große Wurf ist, so deshalb, weil er zu glatt, zu poliert wirkt, weil sein Appell an den Menschen ein wenig nach „Readers Digest" („Einen Menschen, den man nicht vergißt") schmeckt. Und das bekommt nicht jedermann. Der zweite von den drei amerikanischen Festspielfilmen „Wild ist der Wind" lebt nur von Anna Magnani, und das ist nicht genug für einen Film.

Der Krieg als Zelluloidware erfreut sich momentan großer Beliebtheit, aber nicht alles, was unter dieser Flagge segelt, ist geeignet, die große Erschütterung, das Nachdenken beim Publikum, wachzurufen. Amerika versuchte es mit der Verfilmung von Remarque's „Zeit zu leben und Zeit zu sterben". Es kam leider nicht mehr dabei heraus, als ein schöner, bunter (in Technicolor) Panorama-Bilderbogen (auf Breitwand) vom Deutschland- und vom Rußland-Feldzug der beiden letzten Kriegsjahre, der daran krankt, zuviel auf einmal zeigen zu wollen, vor allem zu viel Privates. Was ein Roman noch bewältigen kann, ein Film von gut zwei Stunden schafft das nimmer. So blieb ein Wechselbalg zurück, der im Vergleich zur Verfilmung von „Im Westen nichts Neues" nicht mehr als ein Epigone ist. Englands Kriegsfilm „Eiskalt in Alexandrien" ist mehr ein Abenteuer- denn ein Kriegsfilm. Er schildert die Fahrt dreier Männer und einer Frau durch die nordafrikanische Wüste des Jahres 1942, filmisch in jeder Beziehung kaum Wünsche offen lassend, mit einer überzeugenden Besetzung — aber nicht der große Film vom Kriege. Indirekt ein Kriegsfilm ist „Die Gehetzten" (Griechenland), der drei Rebellen auf ihrer Flucht in die Berge zeigt, im Stoff zu balladenhaft, aber mit Bildern von einer Suggestivität, die man nicht vergißt. Der junge Regisseur Nikos Koundouros zeigt hier Ansätze, die mehr erwarten lassen.

Schwach besetzt war, wie meistens bei Filmfestspielen, der Humor mit seinen Grenzgebieten. Wirklich überzeugend nur die französisch-italienische Gemeinschaftsproduktion „Gesetz ist Gesetz" (Regie: Christian-Jacque), eine beißend-spaßige Satire auf den Widersinn der Ländergrenzen, mit dem großartigen Zweigespann Fernandel (als französischer Zöllner) und dem italienischen Komiker Toto (als italienischer Schmuggler). Das Schicksal dieser beiden Freund-Feinde wird schwungvoll und mit viel, viel Witz abgehandelt, ohne auch nur einen Moment in die Niederungen des Klamauks hinabzusteigen. Dänemarks „Goldene Berge" ist gemütvoll-humorig, nicht mehr, aber auch nicht weniger, und wer den derzeitigen Tiefstand des Filmlustspiels in der Welt beklagt, ist dafür schon dankbar. Spanien hatte sich mit „Hoch die Illusion" mehr vorgenommen, als es verkraften konnte, denn die Mischung von Realem und Irrealem, das Spiel der Kontraste zwischen Wirklichkeit und Erträumtem, Möglichem und Unmöglichem auf die Leinwand zu bringen, — dazu bedarf es mehr als einer leidlich originellen Story und einer Handvoll spielbegabter Darsteller. Aus Italien kam die göttliche Gina Lollobrigida höchstpersönlich, und sie kam mit ihrem „ersten Film, den ich nach meiner Mutterschaft gedreht habe" (so die Lollo in einem Verlagsprospekt), nämlich „Anna von Brooklyn". Nun, das Kurvenspiel und -exhibitionieren hat sie nicht verlernt, die Lollo, aber sonst? Sie spielt hier eine reiche Witwe, die einstens in die USA heiratete und nunmehr in ihr italienisches Heimatdorf zurückkehrt, um dortselbst alles auf den Kopf zu stellen. Die fotogene italienische Folklore ist schon viel besser ausgeschöpft worden, auch ohne Farbe und Breitwand, und die Späße und Gags sind so billig, so traurig, daß sich der Gast mit Grausen wendet. Vielleicht sollte sie vorerst doch lieber beim Kinderkriegen bleiben, die Lollo.

Grotesk beklagenswert ist es um den Dokumentarfilm bestellt. Hans Domnicks abendfüllender Breitwand-Farbfilm „Traumstraße der Welt" lebt von berauschend schönen Bildern von einer Autoreise über den „Pan-American Highway", aber er stirbt an einem phrasenhaft-verlogenen Kommentar und an seiner einmalig bombastisch-schwülstigen Musik. Geradezu typisch für die derzeitige Tendenz des Dokumentarfilms dieses Genres ist es, daß Domnick zwischen Alaska und Mexiko sich nur die optischen Höhepunkte herauspickte und für die kleinen Dinge links und rechts der Straße, für das Häßliche oder Gemeine oder gar für den Menschen — es sei denn, er tritt als mexikanischer Tempeltänzer auf — keinen Meter Film übrig hat.

Walt Disney ist diesmal in den Wald gegangen und hat „Perris Abenteuer" mitgebracht. Perri ist ein Eichhörnchen, außerdem tritt allerlei Hoch- und Niederwild in mancherlei Gestalt auf. Wer Disney und seine Masche kennt, den wundert es nicht, daß er die Tiere des Waldes nach seiner Pfeife jagen, fressen, laufen, fliegen, springen, lieben und Junge kriegen läßt. Die Bilder, die seine Kameraleute von den Tieren schießen, sind überraschend, originell und aufregend, aber die Art, wie sie zusammengemixt werden, macht die Sache nahezu unverdaulich.

Die nennenswerten Kurzfilme lassen sich ohne Mühe an den Fingern einer Hand abzählen — um die lohnt es sich aber. Vor allem sind es zwei. Aus Holland: „Glas", ein rasant montierter und musikalisch untermalter Film über die Glasbläserei, und — wer hätte das gedacht? — aus Ghana: „Der Jaguartanz", ein Tanzfilm voller Anmut und Charme, liebenswert humorvoll und modern, ohne aufdringlich oder modernistisch zu sein. Dann noch drei, höchstens vier Filme dazu,' alles andere: Touristik-Prospekte oder Kunstbücher mit lebenden Bildern.

Insgesamt: die diesjährige Berlinale hat nicht direkt enttäuscht. Sie brachte mehr, als zu erhoffen, und weniger, als zu befürchten war. Der traurige Tiefstand, den das Festival in Cannes auszeichnete, wurde nicht erreicht. Eine Reihe von Filmen kann man akzeptieren, zumindest diskutieren. Der Durchschnitt dominierte, aber das Überdurchschnittliche fehlte nicht. Indes, das große, wegweisende Ereignis, die filmische Explosion — danach hat man sich vergeblich während dieser zwölf Tage die Augen vor der flimmernden Leinwand rot und wund gesehen.

Heinrich König

Aus anderer Welt

„Dein Lächeln noch unbekannt gestern." Verse russischer Frauen. Übertragen und herausgegeben von Johannes von Guenther. Wolfgang Rothe Verlag, Heidelberg 1958. 86 Seiten, 8,80 DM.

Im Rothe-Verlag Heidelberg ist soeben ein ausgefallenes Büchlein erschienen: Russische Frauenlyrik aus dem 19. und vornehmlich 20. Jahrhundert, ausgewählt und übertragen von Johannes von Guenther, der durch seine Übersetzungen der Werke von Puschkin, Gogol, Tschechow — um nur diese drei großen russischen Dichter zu nennen — uns kein Unbekannter ist.

Das Inhaltsverzeichnis weist eine Reihe fremder Namen auf, aber die Gedichte scheinen alle miteinander verwandt: es sind nachdenkliche Verse, von sympathischer verhaltener Beteiligtheit, beglückend altmodische Verse; vielleicht klingen sie im Russischen noch dunkler und weicher, aber doch sind sie, bei aller fraulichen Zartheit der Empfindung, kraftvoll.

Unter den älteren Dichterinnen sind die Gedichte der Poliksena Solowjowa besonders schön, mit Tönen die an Mörike und Storm denken lassen:

„Und verschmolzen tief zu Einem
Liegen Welt und Himmel da,
Und den Augen, müd vom Weinen,
Sind die Wunder wieder nah."

Aber die großen eigenwilligen Gestalten sind die Dichterinnen unseres Jahrhunderts, die drei, deren Bilder sich auch in dem Bändchen finden: Sinaida Hippius, die 1945 in Paris in der Emigration starb, mit dem kühnen vorspringenden Profil, „Mich schreckt, daß nie Furcht in der Seele mir spricht", heißt es in einem ihrer Gedichte, die selbstquälerisch, von kapriziöser Reimtechnik, auf Baudelaire als Vorbild weisen. Die Dichterin mit dem schmerzlichen Gesicht ist Anna Achmatowa, einst die „Nachtigall von Zarskoje Selo", lebt sie heute stumm in Leningrad. Sie schrieb Verse von sapphischer Schönheit; bezaubernd ist die Indirektheit ihrer lyrischen Sprache, die zugleich so frappierend einfach ist.

„Auf meine rechte Hand zog ich
Den Handschuh der linken Hand.
Ach, es schienen so viele Stufen,
Und ich wußte, es sind nur drei!"
(aus: „Das Lied der letzten Begegnung")

Wohl schwer zu übersetzen sind die Gedichte der Marina Zwetajewa, die seltsam spröde sind und ungefällig. Rätselvoll wie der Ausdruck der wissenden Augen ist ihr Schicksal; 1941, wenige Jahre nach der Rückkehr aus dem Exil, erhängte sie sich in Kasan.

Die Gedichte dieses Bändchens sind alle vor dem 2. Weltkrieg entstanden, die meisten viel eher. Sie führen daher weit ab von dem, was heute „Gedicht" heißt, und sind nicht dazu angetan, einen Vergleich herauszufordern. Die Übersetzungen wollen nicht mehr und nicht weniger, als Zugang zu einem Bezirk russischer Lyrik geben, dessen Eigenart und Ungebrochenheit den Leser unmittelbar anrührt.

B. T.

Mit dem Hahnenschrei
rufen inhaltlose Vormittage —
Mädchenhälse werden eingemottet
und im Kleiderschrank verschlossen

Sonne
pfundweis kaufen
strengt an

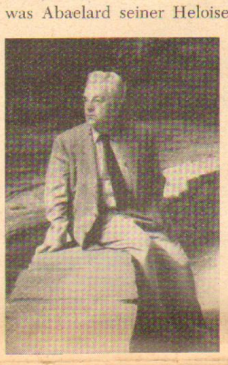
Dösen
einem Hund in die Augen stieren
gähnen

Die Rebellion
wird vertagt
auf den Abend

Georg Nietzsche

Nachtrag zu Dada

Die Tatsache, daß Dada in der letzten Zeit wieder so sehr lebendig geworden ist, sollte seinen Freunden und seinen Feinden zu denken geben. Vielleicht waren wir gar nicht so verrückt wie es damals und in der langen Zwischenperiode der Fall zu sein schien. Wir sind äußerlich ganz gut anzusehen, wir tragen gute Anzüge, Brillen und Gummischuhe (wenn es regnet). Wir waren immer willens, viel zu tragen und viel zu ertragen, besonders Ball. Warum sollten wir nicht damals, ohne es wirklich zu wissen, die Last der Welt getragen haben . . .? Waren wir die Sysiphusse und die Herkulesse unserer Zeit . . .? Man nehme oder man lese die kürzlich herausgekommenen Briefe Hugo Balls an seine Frau, es ist ein klassisches Werk und nicht schlechter als das, was Abaelard seiner Heloise mitzuteilen hatte. Man fühlt und sieht, daß Dada keine temporäre Angelegenheit war. Man konnte damals und später Dada beschimpfen, einwickeln, verändern, abkochen und wegwerfen . . . es kam immer wieder so wie die Tauben zu ihrer Brutstätte. Es stand immer wieder da wie die Schatten, die die Bäume in der morgendlichen Sonne werfen. Dada wollte die Spießer aus ihrem Schlaf wecken, aber jetzt ist es so etwas wie eine Trompete von Jericho geworden. Aus dem sanften Flötenblasen hat sich eine gewaltige Orchestermusik entwickelt. Und selbst die Schwerhörigen neigen die großen, dünnen Ohren: Dadadadadada . . .



Ich sitze hier in New York hinter meiner Schreibmaschine und sehe auf den Central Park, der so milde, grün und frisch aussieht, so, als ob sich in ihm kein Wässerlein trüben könnte. Jedoch, nachts, werden dort die Frauen vergewaltigt und die Luftschnapper werden von Gangstern angefallen. So scheint mir auch Dada, es ist eine Bewegung mit innerer Gefährlichkeit. Wenn man sich ihr nähert, ist sie wie eine schnurrende Katze. Man möchte sie streicheln und ihr die elektrischen Funken aus dem Fell ziehen. Aber dann (wenn man es versucht) werden aus den Funken nukleare Katastrophen. Dada war im Jahre 1916 genau das, was sich jetzt im Herzen des Durchschnittsmenschen begibt. Damals empfanden es einzelne wenige, heute sitzt es allen im noch frisch gewaschenen Nacken: die Angst vor dem Irrationalen.

Wir sind schon damals zum Mond geflogen und haben auf den Mars geschossen, wenn wir auch nicht wie Präsident Eisenhower die Ruhe hatten, uns die Zeit mit Golfspielen zu vertreiben. As a matter of fact, wir wußten damals ganz und gar nichts vom Golfspielen, es kam uns auf ganz andere Dinge an. Wir wollten die Welt aufrütteln. Wir haben kräftig gerüttelt und aus dem Rütteln ist nun ein wirklich kräftiges Hin- und Herzerren geworden. Wenn irgend jemand irgend etwas am Schlawittchen hat (wie meine selige Mutter zu sagen pflegte) ist es Dada und seine Gegner.

So stehen wir alten Dadaisten dann gelassen im Beginn des Alters, die Haare sind weiß geworden und die Beine nicht mehr so gerade und schön wie damals. Wir schreien nicht mehr auf, wenn wir ein schönes Mädchen sehen (obwohl wir immer noch schreien). Und doch und doch: es ist ein beruhigendes Gefühl, die Welt geärgert zu haben. Ich möchte aus Erfahrung sagen, es ist eigentlich das einzige Gefühl, für das man heutzutage sein Leben einsetzen kann.

Richard Huelsenbeck,
New York, 24. Juni 1958.

Benno Schubert

Spätere Straße

Die Fliesen waren dieselben wie der Rauch.

Die Wände sind durch die heiseren Stimmen zusammengehalten, die einen Abend um den anderen abernten. Die Männer sitzen um die Schanktische und sprechen in die eigenen Worte nach —: es stand lange mundlos oder wie aus ausgegerbten alten Zungen zusammengeflickt im Raum.

An der Theke unter dem Gaslicht oder später —; aber es ist gleichgültig. In den Tisch sind Rutenbündel eingekerbt. Der hagere Mann an der Theke drehte den Wein in ein um das andere Glas aus dem Hahn. Der Adamsapfel lief auf und ab und blieb nur stehen, wenn der Hagere bei halbleerem Glase stockte, den Arm vor in den Schankraum hineinsagen wollte: —; doch inzwischen scheint ein anderer Hagerer an der Stelle zu stehen oder vielleicht ein Dicker. „Damals" ist lange her, und es ist gleichgültig, wer sagen will:

in Chiusi (und) damals (und) als —

Längst ist es in das Stickicht der Osteria eingelassen, und die Altmännerlippen sagen nach ein in den Fliesen Ausgetretenes ein sich abendlich moderig Verzweigendes: sie sagen

(— aber ich diktiere die Worte. Der Junge schreibt. Ein Zimmer am Tag. Regengrün und Vorhall aus Drosseln und Tropfen liegt herein, über seiner linken gekrümmten und blassen Hand. Das Gesicht zu der Hand ist ebenso fremd wie seine achtzehn Jahre sind und weiß und vermischt mit den fremden Worten und dem wirklichen Grün und den naßirren Flöten. Unter dem Tisch stehen die verkrüppelten Füße. Und seine Hand schreibt geduldig, an der Grenze, mit dem Grün zu verschwimmen sie schreibt —)

— in Chiusi — (sagt einer in der ebenerdigen Osteria) — hatten — sie — keine — Patrone —

— die nicht, aber bei uns stand — (wird der Hand diktiert, flüstert einer der alten Männer) — stand ein ganzer Camion voll —

— nur konnte ihn niemand fahren

(„mit ein paar Tausend von den Dingern unter dem Hintern, Madonna")

Die Gespräche sind längst zu Ende gewispert, aber es braucht jeden Abend von neuem, sie wie Gummi zu zerkauen und auszuziehen. Die Alten sind halb verstorben dabei in den dreißig oder vierzig Jahren, aber es macht ebenso wenig wie daß das Radio summt (Aber das Radio hat alles vergessen. Es sagt nicht mehr, wie hier alles voll ist von mussolini: Mussolini Mus-so-li-ni. Die Silben vernähen wie eine andächtige Borte das Gesabber in der Osteria) Die Rutenbündel liegen in Balken und Tischholz und jeder der alten Zungen eingeschnitten wie die weißlichtigen entfernten Jahre.

Der Hagere an der Theke hält inne mit dem halbvollen Glase auf halbem Wege, als sagte er „damals", sagte er „damals" „damals"

(Heute)

(der Zwischenraum zwischen der Hand und Dehnen und Grün). Damals. Nun steht der Abend über der Ebene ausgemessen durch die Hupen von Fiats auf der Straße bis zum Monte Amiata. Oben ist nichts als Abend, ungemindert durch das aus den Radios; die Kanten und Winkel, aus denen tagtäglich der felsgeschlagene Ort ist, weichen; grifflos für die Alten auf den Schemeln im Raum mit den Worten (denselben), den grenzenlosen (vergangenen) Möglichkeiten, die alles überspülten —

Früher war nichts als Sonne zu denken. Es gleißte über die Abende hinweg, und die Giovinezza knallte wie großes Leuchten. Die Marschtritte durchhallten und schlossen das Felsennest bis in den hintersten vermauerten Eselstall auf und hielten es —

Aber wen gehen die Alten etwas an. Wen geht der Ort auf den Bergen — durch den Abend getrennt von der Straße — etwas an — oder ein Chiusi im Jahre 1921, als die Faschisten keine Patrone hatten und in irgendeinem Weinloch in den Felsen irgendwelche Männer sich zuwisperten, daß die in Chiusi nicht einmal einen Schuß . . . Obwohl gleich um die Ecke rum auf der schiefen Piazza der klapprige Camion vollgepfropft mit Munition stand, den nur niemand fahren konnte, weil es nämlich überhaupt keine Straße nach Chiusi gab, sondern nur einen auf- und abtreibenden versteinten Weg, den kein Mensch, und mit der Jungfrau selbst vor dem Kühler nicht, in zwei Stunden zurücklegen konnte, wo die in Chiusi nämlich mit ihrem Marsch . . .

(Die Gespräche waren wie Leim zwischen den Wänden (damals) eine zähe Blüte trieben die Silben „Mussolini" auf und nieder und klebten sich an jeden Gedanken) — so daß kein Mensch merkte, wie sich der Junge von dem Balken entfernte, an den er gekettet war, mit wie zugenähten Lippen und weißem Blick wie aus Geröll und Kantigem (wie das Bergnest) verschieden von den anderen ratlosen Augen aus dem grünen Dunst und Drosselirre und gegenwärtiger Gegenwart, in die die Worte fallen —, der andere Junge (aber unter der Hornhaut mußte die Hand auch weich sein).

Und der Motor brüllte. Der Schotter flog gegen die Außenwand (als der Junge auf dem Gashebel herumstampfte und die Bremse durchtrat, während er nichts anderes tun wollte als zunächst die Hühner vertreiben, die auf dem Lenkrad hockten und nun wie Sirenen die offenen Fensterfronten entlangkreischten, wodurch der Ort erst erwachte). Aber etwas brachte den Wagen in Gang, kein Mensch wußte — was und ließ ihn die abschüssige Gasse hinunterjaulen und im Auspuff verschwinden. In dem durchschütterten Gehäuse mußten die Hände dabeisein, auf Steuer und Hebeln einzuschlafen, oder Pedale und Tasten wuchsen mit dem Fleisch der Füße und Hände zusammen (wie manchmal die Hände in dem Schoß eines Mädchens mit dem Schlag des Wachens). Die noch nicht gewesene Straße wie die zugeschlossene Nacht schütterte sich stückweise aus dem Boden. —Von oben, wo die Männer mit offenen Mäulern vor der Hauswand standen (und dem Hageren rann unterdessen der Wein aus dem Hahn, was man später nie ausließ) hörte es sich an, als würde etwas immer entfernter geschlachtet, bis es sich im Gebirge verlor.

Hände und Füße tasteten im Wühlen der Räder der Nacht indessen Gesicht um Gesicht auf. Die zerfielen wieder unter der Haut und den Rädern, und nur das Geschlecht spreitete sich und spannte (wie versteint; indem die Gestalt auf den Sitz auf und abgerissen wird).

(Später hing das Fleisch schlaff und der krumme Rücken lag in der Mittagsrast — einmal Jahre später (und nun auch schon lange Jahre „längst") neben dem Teerofen an einer Straße, die nach Chiusi führte oder führen sollte und erst stückweise vorwärtsgehauen wurde als Ergebnis von Abertausenden von Krümmungen und Schwielen.

Und der Arbeiter an der Teerspritze holte nach, was er blind überwältigte, als er einer erst späteren Spur folgte, was seine Hände und Füße nun wieder blind nachholten aber Fleckchen um Fleckchen (nachdem sie es schon aus der Nacht herausgeschlagen hatten) als den Nachtrag, der lange längst ausgebreitet war.

Aber beides ist „längst". Und „längst" kann man ablegen wie eine Straße nach Chiusi zu wieder einem anderen „Später" auf erweichtem Teer unter einem Mittagsbogen, wo die Augen (hinter der Sonnenbrille) Brachhöhen und Kastanienbäume, die lückenlos verbunden sich im Rückspiegel wenden, durch einen Blick auf den Tachometer ablegen; ein hitzebestandenes und ohne Unterlaß gevierteiltes und belangloses Land, das man an der Table d'hôte in Chiusi ablegt (wie man am nächsten Tage die Table d'hôte ablegt oder den grünen Schirm aus den Wiesen in das Zimmer zu einem Zeitpunkt „heute")

obzwar in Chiusi an — wann eigentlich — aber 1921 im Oktober (ja) — ein Lastwagen gleichsam aus seinem eigenen Geratter heraus aufgetaucht war mit einem bewegungslos dahockenden Jungen, drei toten Hühnern, zwei Eiern und etlichen hundert Schuß Munition gerade im letzten Augenblick, das heißt eigentlich umsonst, da die neue Zeit in Rom schon unwiederruflich an den Masten flatterte.

Fliesen. Hände. und Vorweggenommenes. und Masten. und weißgeweitete Augen. und eine Stadt Chiusi. und erlahmende Drossel. und erlahmendes Grün. und dreißig oder vierzig Jahre. Zusammenfassungen. Nachträge und Vorträge. ein Blues Giovinezza. Felsen.

Sottisen zu alter und neuer Lyrik

Selbstkritik

Eine „billige Spekulation auf die Sentimentalität und Weichlichkeit des Lesers" nennt Benn den „seraphischen Ton" im Gedicht. Benn hat recht, auch gegen sich selbst:

Wenn erst die Rosen verrinnen
aus Vasen oder vom Strauch
und ihr Entblättern beginnen,
fallen Tränen auch.

Gelee

Daß Holthusen jemals einen „Sommermorgen im Vallis" erleben mußte! Dort ist, wie er uns versichert, das Gute gänzlich von sich selbst durchdrungen.

Und das Beste faßlicher denn je.
Berge sind von Lichtgeweb umschlungen
In ein lichtes bläuliches Gelee.

Das Genießerische sublimiert sich in die entlarvende Vorstellung vom Himmel als einer weltumspannenden Konfitürenschale.

Der Mensch

Von Albin Zollinger, einem Schweizer Dichter, gibt es folgenden Vers:

Der Mensch: nichts und alles,
Von allem Laub, das vorüberging
In Jahrtausendherbsten unendlichen Falles
Ein Blatt, bald verweht, ein geringes Ding.

„Der" Mensch — was ist „der" Mensch? Ein anonymer Prototyp, ein gedachtes Exemplar der menschlichen Gattung, grammatisch zwar singular, aber pluralistisch gemeint: ein Wesen, das alles in sich versammelt, was für jeden Menschen charakteristisch ist, eine Realität mit Abstrichen. „Der" Mensch — es gibt ihn nicht, denn er ist ein Abstraktum, ein bloßes Gedankending, ein Wunschtraum mit verschwommenen Grenzen, unwirklich, starr und hölzern. Real ist der Einzelne, ob als Romanfigur oder als Briefträger Schulz, der eben meinem Nachbarn die tägliche Hiobsbotschaft in den Kasten wirft. „Der" Mensch ist auch im Gedicht nicht gut, es riecht nach Moralin und höherer Wahrheit. Real ist der Einzelne, nach dem Satz der Identität genau zu Bestimmende; ausgestattet mit Tugenden und Untugenden, Berechenbarkeiten und Unberechenbarkeiten, Freuden und Leiden und einigem mehr. „Der" Mensch ist eine Fiktion. Zollinger sagt es selbst, ohne es einzusehen:

Der Mensch: nichts und alles . . .

also nichts. Das nominalistisch-klischeehafte Denken bringt keine Kunst hervor. Der Drang zur pauschalen Begleichung lyrischer Schulden ist unausrottbar.

Grösse aus Mangel

„Wenn man den unvergleichlichen rhythmischen Reichtum seiner Prosa kennt, ist man von seiner Lyrik befremdet, von ihrer verwaschenen Musikalität, ihrem schütteren Bauchrednerton", sagte Wilder über die Lyrik des James Joyce. Das Verdikt gilt auch für Thomas Mann:

Weihnacht
O festlich Sternenzelt!
Du breitest dich ob meiner Einsamkeit
Und schirmest weithin die gesühnte Welt.

Sanft glitzerndes Gefild!
Dein Friedenszauber füllt mein ganzes Herz,
Daß es von Rührung und Beschämung schwillt:

O weiße Weihenacht!
In mildem Leuchten liegt ein heilig Kind,
Des Lächeln alles Leid zur Glorie macht.

Das Gedicht stand 1904 im „Simplizissimus", war aber ernst gemeint. Es wurde — wenn nicht alles täuscht — zum lyrischen Schwanengesang Thomas Manns. Er verlegte sich ganz aufs Erzählen und kultivierte seine ironisch-parodistische Begabung. Seine epische Größe resultiert aus dem lyrischen Mangel.

Schöpferische Verkennung

„Das Gedicht", sagt Wilhelm Lehmann, „ist nicht länger ein gesellschaftliches Ergebnis, sondern Produkt des Einzelnen, also der Einsamkeit, die immer wieder erobert werden muß." Lehmann übersieht, daß vom „Einzelnen" sprechen das Denken an eine Vielheit impliziert, daß das Reden von Einsamkeit deren dialektisches Korrelat voraussetzt, daß folglich Dichtung sich nicht erschöpft in dem, was der Dichter von ihr hält. Lehmanns Idiosynkrasie gegen alles Pluralistische ist schöpferische Blindheit. Alle Lyrik resultiert im letzten aus einem Ich-Ihr-Gegensatz, um so mehr, als die Polarität nicht erkannt wird. Lehmanns Mythisierung der Natur kündet von dem Bestreben, Dichtung werden zu lassen in einer aller gesellschaftlichen Einflußnahme nicht ausgesetzten Sphäre. Die Einsamkeit erobern wollen zum Zwecke hermetischer Existenz gleicht aber dem Vorhaben der Danaiden.

Armer Geibel

„Die schöne Form macht kein Gedicht", sagte Geibel, produzierte pausenlos klassizistische Glätte, lyrische Abziehbilder und fühlte sich — er war Professor für Ästhetik — als „König Dichter":

An gold'nen Quellen läßt er kühn
Arabiens Palmen rauschen,
Läßt unter duft'gem Lindengrün
Die deutschen Veilchen lauschen.

„Das ist eine Stelle, die mir nicht zukommt", meinte er bescheiden, als jemand ihn mit Goethe verglich. Armer Geibel! Wir wollen ihn nicht verspotten, wenn es auch ärgerlich war, daß der preußische Staat ihm jährlich 300 Thaler zahlte, während Heine, Gutzkow, Laube und Wienbarg nur bei Strafe genannt werden durften. — Nie wurde ein Dichter ärger gestraft, als 1884 die 100. Auflage seiner „Gedichte" erschien. Armer Geibel!

Naphta

Briefe an die Redaktion:

Mehr Ernst in der Atomdiskussion

Eine Antwort auf 11 Zuschriften
von Dr. Franz Böhm

Zu dem „Trommelfeuer gegen den Böhm-Artikel" im „DISKUS" vom Juli 1958, bestehend aus 11 Schuß, möchte ich, als der Betrommelte, folgende Zeichen des Überlebens von mir geben:

Die hauptsächlichen „Schüsse" meines eigenen Artikels sind merkwürdigerweise von keinem einzigen der 11 Kritiker erwidert worden. Fast der ganze Trommelsegen ging sozusagen ins freie Feld und hat dort wenig Wirkung angerichtet. Ich möchte deshalb zunächst einmal die von der Kritik übersehene Stoßrichtung meines eigenen Angriffs dadurch noch klarer machen, daß ich sie in möglichst eindringlicher Thesenform wiederhole und erweitere.

1. Die Parole „Kampf dem Atomtod" darf nur derjenige ausgeben, und nur derjenige darf unter dieser Parole marschieren, der die Beseitigung der Atomkriegsgefahr ernsthaft will. Wer aber bloß der Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen, dazu noch unter amerikanischem Verschluß bleibenden Atomwaffen widerspricht, sich im übrigen aber — wie es die Sprecher der SPD in der Plenarsitzung des Bundestags vom 3. Juli für ihre Partei und Fraktion ausdrücklich getan haben — damit einverstanden erklärt, daß die USA im Besitz der Atomwaffen, auch der schwersten, verbleiben sollen, solange die UdSSR nicht bereit ist, die ihrigen Zug um Zug wegzulegen, der will die Beseitigung der Atomkriegsgefahr nicht, sondern nimmt diese Gefahr bis zum Tag des russischen Einlenkens in Kauf, weil er die einseitige Wehrlosigkeit des Westens für ein noch größeres Übel hält als das relativ fernliegende Risiko, daß ein großer Atomkrieg entstehen könnte. Er bezieht aber im Grundsätzlichen die gleiche Position wie die Regierungen des Westens und der Bundesrepublik.

2. Hinter dem Ruf: Kampf dem Atomtod! steht kein praktisches Programm. Wenn ich Zahnschmerzen habe und willens bin, diesem Übel abzuhelfen, dann muß ich mich wohl oder übel entschließen, zum Zahnarzt zu gehen. Es hat aber keinen Sinn, wenn ich das Fenster öffne und auf die Straße hinausrufe: Kampf dem Zahnweh!

Unter allen denkbaren Möglichkeiten, einen Atomkrieg zu verhindern, wird heute in der Welt merkwürdigerweise nur eine einzige diskutiert, nämlich der Verzicht auf die Herstellung und auf den Besitz von Atomwaffen im Frieden. Dieser Verzicht kann entweder ein allseitiger sein oder ein einseitiger. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

Der allseitige Verzicht wird von den USA, den Westmächten und der Bundesregierung angestrebt. Er kann von dem Tage an praktiziert werden, an dem die UdSSR zustimmt. Insofern kann die Bundesregierung für diesen Plan die Parole „Kampf dem Atomtod" mit dem gleichen Recht für sich in Anspruch nehmen wie jedes andere Projekt. Die Verwirklichung würde die Folge haben, daß ein etwa ausbrechender Krieg zu Beginn kein Atomkrieg sein würde. Sie bietet aber keine Garantie — nicht die mindeste dagegen, daß der Krieg bei längerer Dauer zu einem Atomkrieg wird. Um dies zu verhindern, genügt es nicht, die vorhandenen Atomwaffen und ihre Produktionsstätten zu vernichten. Man müßte vielmehr auch die Kenntnis des Rezepts vernichten. Gibt es jemanden, der im Ernst behauptet, daß das möglich ist?

Der einseitige Verzicht des Westens wird von vereinzelten Politikern des Westens gefordert. Diese Forderung ist die einzig mögliche Gegenposition gegen die Politik der allseitigen kontrollierten Abrüstung. Ihre Verwirklichung würde die Folge haben, daß nach menschlichem Ermessen nicht nur ein Atomkrieg, sondern jede Art von Krieg im Verhältnis zwischen West und Ost ausgeschlossen sein würde. Die UdSSR könnte in diesem Fall alles, was sie will, auch ohne Krieg erreichen. Der Westen kann es nicht zum Krieg kommen lassen, weil von vornherein feststeht, daß er diesen Krieg verlieren wird. Und die Russen werden keinen Krieg führen, weil sie seiner nicht bedürfen.

Dieses Rezept verhindert den Atomkrieg nur im Verhältnis zwischen West und Ost, es verhindert ihn aber nicht innerhalb der dann stark erweiterten Herrschaftsräume der totalitären Diktatur. — Frage: Welche Lösung haben die Anhänger der Anti-Atomtodbewegung anzubieten? Da sich die deutsche Anti-Atombewegung ausschließlich gegen die Politik der Bundesregierung wendet, habe ich geglaubt, daß sie die Alternative der Bundesregierung: allseitige kontrollierte Abrüstung verwirft und stattdessen die andere Alternative: einseitige atomare Abrüstung des Westens fordert. Ich bin aber im Bundestag darüber belehrt worden, daß die Bekenner der Anti-Atombewegung diese Annahme als beleidigend empfinden und jeden Gedanken an eine einseitige Vorleistung des Westens mit Entrüstung ablehnen. Ich muß gestehen, daß ich angesichts dieser Feststellung völlig am Ende meines Lateins angelangt bin. Ich scheine der einzige Mensch in der Bundesrepublik zu sein, der die Parole: Kampf dem Atomtod! ernst genommen hat. Welch eine Situation! Die Anti-Atomopposition bekennt sich zum Anti-Atomprogramm der Bundesregierung, bekämpft aber trotzdem die Bundesregierung bis aufs Messer mit dem Ruf: Kampf dem Atomtod!

Wenn diese Verhaltensweise überhaupt einen rationalen Sinn hat, dann doch offenbar nur den, daß die Opposition die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Politiker und Bevölkerungsschichten verdächtigt, es sei ihnen mit ihrem eigenen Programm nicht ernst; in Wirklichkeit erstrebten sie den Atomkrieg oder legten doch Wert darauf, sich die Möglichkeit zu erhalten, einen Atomkrieg zu führen oder mit ihm zu drohen, und zwar auch im Dienst aggressiver Ziele. Das ist aber ein beleidigendes Argument und führt uns nicht weiter.

3. Die Forderung, die Atomwaffen im Frieden wegzulegen (allseitig oder einseitig), hat aber nicht nur den Nachteil, daß sie die atomare Wiederaufrüstung und den Gebrauch neu produzierter Atomwaffen nach Kriegsausbruch nicht verhindert, sondern sie ist auch noch aus einem anderen Grund problematisch. Mit den Atomwaffen hat es nämlich eine Doppelbewandtnis: Werden sie in einem Krieg angewendet, dann bedeutet das eine Menschheitskatastrophe. Sind sie aber im Frieden vorhanden, dann schrecken sie von einem Krieg ab. Legt man sie im Frieden weg, dann wird der Entschluß zum Krieg oder einer Außenpolitik der Pressionen von der wirksamsten Hemmung befreit, die es jemals in der Geschichte gegeben hat.

Die Atomwaffe ist also von allen rein mechanisch wirkenden Mitteln, die es gibt, die bei weitem stärkste Friedensgarantie, freilich eine Friedensgarantie von entsetzenerregender Beschaffenheit.

Die erste Frage, die sich hier stellt, ist die Frage, ob es wirklich nötig ist, sich eines so furchtbaren und gefährlichen Drohmittels zu bedienen, um die Staaten davon abzuhalten, einen Krieg im großen Maßstab anzufangen. Das hängt offenbar von der Stärke der in unserer Zeit wirksamen und möglichen Kriegsmotive ab. Je stärker das Motiv ist, desto furchterregender müssen die Mittel der Abschreckung sein.

Die Erfahrungen seit dem ersten Weltkrieg lehren uns, daß die Schärfe der möglichen außenpolitischen Konflikte entscheidend von den außenpolitischen Programmen der Regierungen abhängt. Sie lehren uns aber des weiteren, daß die außenpolitischen Programme der Staaten entscheidend von der politischen Form und Verfassung dieser Staaten bestimmt werden. Seit 1918 sind vor allem die totalitären Diktaturen Träger einer aggressiven, friedensgefährdenden Außenpolitik der Pressionen geworden. Es hängt das ohne Zweifel mit der Gefährlichkeit schrankenloser Gewaltkonzentration in den Händen der Staatsführung und mit der Verdrängung der Gesellschaft durch eine militant organisierte doktrinäre Monopolpartei und ihre Exekutivorgane zusammen. Jede Diskussion über das Atomproblem ist unvollständig und wirklichkeitsfremd, die das Problem jener anderen Teufelserfindung unseres Jahrhunderts, nämlich der totalitären Diktatur, ausklammert.

Die zweite Frage lautet dahin: Was kann, solange es der Atomrüstung im Frieden zum Zweck der Kriegabrüstung noch bedarf, geschehen, um die Gefahr eines Panik-Kurzschlusses im Fall ernsterer außenpolitischer Konflikte auszuschließen? Einmal organisatorisch, darüber hinaus aber auch politisch, d. h. hinsichtlich der außenpolitischen Strategie in der Behandlung akuter Konfliktfälle.

4. Es ist also unzulässig, die Frage der Atomkriegsgefahr aus dem konkreten gesamtpolitischen Zusammenhang herauszulösen und sie zu einer rein technischen Rüstungsfrage zusammenschrumpfen zu lassen.

5. Will man, was zulässig ist, die rein technische Rüstungsfrage isoliert diskutieren im Bewußtsein, daß es sich hier nur um eine Teilfrage von eingeschränkter Wichtigkeit handelt, dann ist es unzulässig, sie aus ihrem internationalen Weltzusammenhang herauszulösen und sie auf eine Frage des Westens zusammenschrumpfen zu lassen.

6. Will man, was zulässig ist, die sich für den Westen ergebenden besonderen Probleme der rein technischen Rüstungsfrage isoliert diskutieren in dem Bewußtsein, daß es sich hier um eine Teilfrage von doppelt eingeschränkter Wichtigkeit handelt, dann ist es unzulässig, sie aus ihrem westlichen Zusammenhang herauszulösen und auf eine rein bundesdeutsche Frage zusammenschrumpfen zu lassen.

7. Will man, was zulässig ist, die sich speziell für die Bundesrepublik ergebenden Probleme der westlichen Aspekte der rein technischen Rüstungsfrage isoliert diskutieren im Bewußtsein, daß es sich hier um eine Teilfrage von dreifach eingeschränkter Wichtigkeit handelt, dann muß der NATO-Zusammenhang immer beachtet bleiben.

8. Will man die bundesdeutsche Beteiligung an den Rüstungsanstrengungen des Westens unter dem Aspekt der Wiedervereinigungspolitik diskutieren, dann muß man sich bewußt bleiben, daß dieser Aspekt schlechterdings nichts mehr mit dem Kampf gegen den Atomtod zu tun hat. Denn hier geht es nicht darum, die Gefahr eines Atomkrieges zu bannen, sondern ausschließlich darum, durch Nichtbeteiligung oder fühlbar unterdurchschnittliche Beteiligung an den Rüstungsanstrengungen des Westens im Frieden Vorteile für unser Land zu erzielen.

9. Wer die atomare Aufrüstung der Bundeswehr mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß die angemessene Beteiligung an der gemeinsamen Rüstung der NATO-Mächte für die Bundesrepublik im Fall eines Atomkrieges Nachteile mit sich bringt, muß sich mit zwei Einwendungen auseinandersetzen. Einmal mit dem Einwand, daß eine solche Politik nicht sehr fair gegen die anderen NATO-Mächte sein würde, von deren Anstrengungen wir profitieren. Und zweitens mit dem Einwand, daß der Nichtbesitz taktischer Atomwaffen im Fall eines Krieges für unser Land nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile im Gefolge hat, und daß man deshalb die Vor- und Nachteile sorgfältig gegeneinander abwägen muß.

Und nun zu den Details

Es bleibt mir noch übrig, mich mit einigen wichtigen Einzeleinwendungen auseinanderzusetzen, die sich in den 11 Zuschriften an den DISKUS finden.

1. Der Vorwurf der scharfen Tonart. Angesichts der Wendung, die der Kampf gegen die Außenpolitik der Bundesregierung schon seit den Tagen des Wahlkampfes, besonders aber seit der Januar-Sitzung des Bundestags genommen hat, war es hohe Zeit, endlich auch einmal denjenigen einen Spiegel vorzuhalten, die zwar für ihre eigene Person von einer mimosenhaften Empfindlichkeit sind, aber offenbar jedes Gefühl dafür verloren haben, wie grob, beleidigend und verleumderisch sie sich selbst verhalten. Insbesondere ist die moralisierende Arroganz nachgerade unerträglich geworden; es mußte einmal eine Bresche in die Mauer dieses Pharisäertums geschlagen werden. Ich habe kein so dickes Fell, daß ich alles ertrage. Was sich aber Leute meiner Denkart allein in diesem Jahr alles haben sagen lassen müssen, und zwar von Politikern, die ich persönlich hoch schätze und mit denen mich auch sachlich nicht weniges verbindet, hat bei mir das Faß zum Überlaufen gebracht. Es wäre ein Akt der Fairneß, wenn sie das ernst nähmen.

2. Der Vorwurf der „Schwarz-Weiß-Malerei". Ich habe nicht Gut und Böse, sondern totalitäre Gewaltsysteme mit demokratischen Verfassungssystemen konfrontiert, die auf dem Prinzip der Gewaltenminimalisierung, Gewaltenteilung und Gewaltenkontrolle beruhen. Demokratien mit freier Verfassung sind unfähig, die Gefahren zu produzieren, die von totalitären Systemen ausgehen. Aus dem einfachen Grunde, weil hier die Regierenden nicht können, wie sie wollen, weil sie die Macht hierzu nicht haben. Das hat man schon in der Antike gewußt; uns Lebenden hat es die Erfahrung der letzten 25 Jahre wieder eingebläut oder sollte es uns doch eingebläut haben. Mit der Güte oder der Bosheit der Menschen hat das gar nichts zu tun. Wenn wir — d. h. die westlichen Demokratien — eine — sanft ausgedrückt — vorsichtigere Außenpolitik betreiben als die Russen, so aus dem Grunde, weil unsere politischen Verfassungen einen wirksamen Zwang in dieser Richtung auf uns ausüben, während die russische Ordnung — ebenfalls wieder sanft ausgedrückt — zum Aktivismus drängt. Wie kann man diesen offenkundigen und unwiderleglichen Gedankengang mit der primitiven Ansicht verwechseln, daß Chruschtschow und Ulbricht böse, Eisenhower und Adenauer aber gut seien, oder daß bei den Demokratien alles gut und bei den kommunistischen Staaten alles böse sei! Offenbar traut man einem Professor jede Torheit zu, sobald man sich mit ihm politisch nicht einig ist.

3. Der Vorwurf einer obrigkeitsstaatlichen Auffassung von der Demokratie.

Soweit sich die Kritik dagegen wendet, daß ich angeblich den Bürger einer Demokratie auf die periodische Ausübung seines Wahlrechts beschränken will, handelt es sich um ein Mißverständnis, hervorgerufen durch flüchtiges Lesen und die offenbar auch unter Akademikern übermächtige Neigung, sich bei der politischen Polemik auf die allerabgegriffensten Argumente der Wald- und Wiesendemagogie zu beschränken. Ich stelle daher richtig:

a) Jeder Bürger hat das Recht, seine Meinung über die Politik der Regierung in Wort und Schrift frei zu äußern, seinem Unmut durch Beteiligung an Schweigemärschen, Aufrufen und Demonstrationen jeder Art Ausdruck zu geben und dabei nach Belieben alle Gesetze der Logik, der Dosierung und des guten Geschmacks außer acht zu lassen. Ich habe deshalb auch mit keinem Wort behauptet, daß der Frankfurter Schweigemarsch oder sonst irgendetwas, was von Angehörigen unserer Universität bisher unternommen worden ist, gegen das Grundgesetz oder gegen irgendwelche andere Gesetze verstoßen hat. Ich habe lediglich von dem Recht meiner eigenen freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht und an diesen Schweigemärschen, Protestkundgebungen und Verlautbarungen Kritik geübt. Ich habe ferner meine Überzeugung ausgedrückt, daß eine Überdramatisierung der politischen Polemik und ein fehlerhafter Gebrauch demokratischer Freiheiten unter von mir genannten Voraussetzungen einer Demokratie schaden können.

b) Die Frage der Verfassungswidrigkeit habe ich nur im Schlußabsatz meines Artikels berührt und hierbei — für jeden politisch Unterrichteten erkennbar — ausschließlich die Volksbefragungen im Auge gehabt. Die Volksbefragungen sind aber grundgesetzwidrig, weil Bund, Länder und Gemeinden Volksbefragungen nur insoweit veranstalten dürfen, als ihnen die Ermächtigung hierzu durch das Grundgesetz selbst oder aber durch besondere Gesetze ausdrücklich erteilt worden ist. Länder und Gemeinden dürfen Gesetze, die Volksbefragungen zulassen oder anordnen, nur insoweit erlassen, als die Angelegenheit, über die das Volk befragt werden soll, zu ihrer Zuständigkeit gehört. Das sind Grundmaximen eines jeden demokratischen Verfassungsstaats.

Wir berichtigen:

Was bedeuten asketische Ideale?

Durch ein Versehen ist der folgende Beitrag unkorrigiert in der Juli-Ausgabe des DISKUS abgedruckt worden. Da sich einige sinnentstellende Druckfehler in dem Artikel befanden, hat sich die Redaktion zu einer nochmaligen Veröffentlichung entschlossen.

Der Rückschluß von gesellschaftlichen Daseinsformen ökonomischer wie ideologischer Gestalt auf dahinter kommandierende Bedürfnisse gilt dem falschen Bewußtsein notwendig als tabu.

Daher redet es sich ein, Demonstrationen gegen den Atomtod seien bloß politische Aktionen und beschwört die abstrakte Unbeflecktheit herrschender Demokratie.

Die Erinnerung an die realen gesellschaftlichen Verhältnisse verfällt als „soziologische Klassenlehre" dem borniert-parteipolitischen Verdikt.

Auf dies Weise soll das Denken, statt sich einen Begriff von der Sache zu machen, zwischen Parteiungen getummelt werden, die nur Erscheinungsformen der Sache sind.

Unbeirrtes Denken würde anzeigen, daß es geboten wäre, in dem ideologisch planvoll vertieften Bruch zwischen „Osten" und „Westen", der Polarität von „kapitalistischer" und „kommunistischer" Gesellschaft mehr als nur die Entzweiung, nämlich die Einheit zu sehen, darin allerorts gleichermaßen das Bewußtsein möglicher Freiheit zuschanden gemacht wird.

Ist es nämlich wahr, daß eine Gesellschaftsformation nie untergeht, „bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist", neue höhere Produktionsverhältnisse nie an die Stelle treten, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind", — die Menschheit sich „daher immer nur Aufgaben stellt, die sie lösen kann", weil, „genauer betrachtet, . . . die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß des Werdens begriffen sind" (Marx), — dann müssen, je offenbarer die Möglichkeit solcher Freiheit denkenden Menschen wird, und je eklatanter der Bruch zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und Möglichkeit in Erscheinung tritt, „desto mehr . . die Menschen zu Instrumenten repressiver Politik gemacht werden, die sie davon abhält, gesellschaftliche Möglichkeiten zu realisieren, auf deren Gedanken sie sonst allein kämen" (H. Marcuse).

Die alternative Fragestellung eines Für und Wider die Atombewaffnung ist Ausdruck solcher Politik.

Im Weltmaßstab bedarf es heute einer Bedrohung, die alles Denken ablenkt von möglicher Freiheit und die Notwendigkeit des sinnlosen Opfers einhämmert, das zum magischen Weltbild unabdingbar gehört.

Die Bombe hat Warencharakter, wie alles, was heute produziert wird, und gleichgültig, ob im „Osten" oder „Westen".

Einzig als Produktivkraft verwandt, würde Atomkraft den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und partikularer Aneignung nur schreiender noch offenbaren, als er es ohnehin heute ist.

Darum ist die Atomdrohung nur zu verstehen als eine letzte, gesellschaftlich notwendige, Sublimierung des asketischen Ideals, die letzte Sinngebung des Sinnlosen, bei deren Manipulation sich „Ost" und „West" im Einverständnis wissen: ebenso wie das asketische Ideal alles unter die Perspektive von Schuld brachte, wird heute in beiden Teilen der entzweiten, dämonisch sich einigen, Welt in magischer Praxis die Bombe angerufen mit dem beschwörenden Hinweis auf die Schuld des jeweils anderen. Der weltumgreifende Schuldzusammenhang, entsprungen der Herrschaft von Menschen über Menschen, wird dadurch absichtsvoll verschleiert.

Was früher Religion und Philosophie versucht haben, — dem Leiden der Menschheit einen Sinn zu geben — ist heute Aufgabe repressiver Politik geworden.

Diese, als Werkzeug des Möglichen, darf nicht zum Instrument der Unterdrückung werden.

Dazu aber macht sie, wer das Wesen der schlechten Wirklichkeit als das der Möglichkeit hinstellt und das was ist, in Schutz nimmt gegenüber dem, was denunziert als Utopie stehen bleibt.

Die Sinngebung des Sinnlosen schreibt die Wahl der Mittel zwangsvoll vor.

Unter ihnen ist die Diffamierung persönlicher Gewissen jenes, das ausspricht, was repressive Politik verschweigt. Otto-Ernst Laske

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch - Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. — Angebote unverbindlich!

Briefe an die Redaktion:

Politischer Schnickschnack

Als am Tage des Frankfurter Schweigekampfmarsches ein Lautsprecherwagen den erhofften protestierenden Massen stundenlang mit Saxophonmusik zum Kampf gegen den Atomtod aufspielte — da rührte sich keine Entrüstung bei denen, die in den „Briefen an die Redaktion" (DISKUS, Juni) so bewegt Klage führen, in ihrer Gewissensnot verunglimpft worden zu sein.

Der Artikel von Prof. Böhm war — zugegeben — pointenreich. Aber da war keine Pointe, die nicht auf einen konkreten politischen Sachverhalt gezielt hätte. Über reale politische Sachverhalte ernsthaft zu reden sind aber die Anti-Atomtod-Eiferer offenbar nicht bereit oder nicht in der Lage. Also muß man sich ihnen gegenüber der ihnen so vertrauten Sprache der lebhaften Empfindung bedienen. Es muß ihnen zu Herzen gehen. Mir scheint, es ging. Zu politisch-sachlichen Erwägungen nicht bereit: Das zeigt sich in allen Publikationen der „Kampfgruppen", das zeigt sich untrüglich in den DISKUS-Zuschriften, das zeigte sich in deprimierender Weise am Römerberg. Womit ich aber das taktvolle Schweigen, das sich über die dortigen rhetorischen Auftritte gebreitet hat, nicht gestört haben möchte.

Immer wieder sind es jene zwei Fragen, die aus dem emphatischen Wirrwarr aus Denken und Schaudern auftauchen: Die Notwendigkeit atomarer Aufrüstung selbst und die eines Quasiplebiszits in Dingen der Außenpolitik.

Zur ersten: Der Widerstand gegen die atomare Aufrüstung ist ein spezieller Fall der Bewegung des utopischen Pazifismus. Beide haben dieselben moralisierenden Trümpfe für sich und dieselben — vernichtenden — Trümpfe der Wirklichkeit dieser Welt gegen sich. Der utopische Pazifismus verfällt dem Fehlschluß: „Weil zu wünschen wäre, daß alle Nationen der Erde auf eine kriegsmäßige Rüstung verzichten, müssen wir — auch einseitig — mit diesem Verzicht beginnen." Es dürfte kaum viele Zeitgenossen geben, die vor dem Absurden solchen Denkens die Augen verschließen können. Der utopische „atomare Pazifismus" verfällt dem gleichen Fehlschluß: „Weil eine atomar gerüstete Welt den Keim zu ungeheurer Vernichtung in sich trägt, weil alle Nationen auf diese Waffen verzichten müßten, darum wollen wir einseitig mit diesem Verzicht beginnen." — Das Absurde solchen Denkens aber einzusehen hindert viele die schreckliche Vision eines Atomkrieges. Diese Lähmung des realistischen Denkens ist menschlich verständlich, politisch aber nicht entschuldbar. Denn es gibt nur diese Alternativen: E n t w e d e r die potentielle Auslieferung an den bolschewistischen Kommunismus. Wer dieser Zukunft ruhig entgegensieht, muß hoffen dürfen, daß er dann erntet, was er jetzt sät. Dies sei einem DISKUS-Briefschreiber zu bedenken gegeben. — O d e r die atomare Aufrüstung als die dann unausweichliche Konsequenz. Niemand verharmlost die so entstehende bedrückende Situation. Aber zu diesem Schritt entscheiden wir uns nicht frei; wer nicht dem utopischen Pazifismus huldigt, muß ihn tun. Zugleich sehen wir im „atomaren Gleichgewicht" wohl die sicherste Garantie dafür, daß es zu der atomaren Auseinandersetzung nicht kommen wird. Diese unheimliche „Sicherheit" freilich wird nur solange währen müssen, bis Moskau einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung zustimmt. Für eine solche aber braucht im Westen niemand zu marschieren: an Washington und Bonn wird diese kontrollierte Abrüstung nicht scheitern, Moskau aber würde sich davon nicht beeindrucken lassen, selbst wenn unsere Marschierer ihm ihr Zürnen demonstrieren würden!

Zur zweiten Frage: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kennt keine unmittelbare Beteiligung des Volkes an politischen Einzelentscheidungen. Unsere Demokratie ist eine mittelbare, und kann nur eine solche sein. Der Souverän, das Volk, äußert sich nur durch seine parlamentarische Repräsentation, die alle vier Jahre gewählt wird. Wer diesen Sachverhalt nicht anerkennt, randaliert gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung. Die dies tun, wissen warum. Dieser Vorwurf trifft den Sprecher der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Frankfurt am Main (DISKUS, Juni, Seite 11). Soweit die Rechtslage.

Auf die Gefahr des johlenden Vorwurfs der Wählermißachtung hin, sei hinzugefügt: Die Politik — und speziell die Außenpolitik — ist keine öffentliche Gelegenheit zu dilettantischen und siebengescheiten Rechthabereien. Um Friseur zu werden, muß man drei Jahre lernen, um die Regierungspolitik kritisieren zu können, glaubt man nur den Mund aufmachen zu müssen. Das allgemeine Wahlrecht hat die unselige Zwangsvorstellung mit sich gebracht, jeder Wahlberechtigte sei „verfassungsmäßig" kompetent für politische Urteile jeder Art. Der Verfasser glaubt an dieser Krankheit nicht zu leiden. — Um Außenpolitik zu betreiben genügt weder der gesunde Menschenverstand noch ein präparierter Verstand. Außenpolitik besteht zum großen Teil darin, aus bestehenden Machtverhältnissen die Konsequenzen zu ziehen, ihre Entscheidungen bedürfen der Information; diese aber muß der Öffentlichkeit allermeist unzugänglich bleiben. Deshalb müssen diesbezügliche Plebiszite und Volksbefragungen zur Farce werden, zum Mißbrauch der Demokratie. Meinungsäußerung freilich sei jedem unbenommen, doch steht es auch jedem frei, sich eine Meinung zu bilden über die Geister, die ihre Meinung äußern.

Der „Kampf gegen den Atomtod" ist keine Volksbewegung, schon jetzt tritt er in die Agonie der Lächerlichkeit. Die letzten Plakataktionen der Frankfurter Stadtverwaltung sind politischer Schnickschnack von geradezu aufreizender Komik. Die Atomtodkämpfer sind — soweit sie auf die Straße gehen! — auf das Rumoren im Volksempfinden angewiesen. Dort wo sie aber zur „Diskussion" fordern, führen das große Wort siebengescheiter und impertinenter Schreihälse vom Schlage des Briefschreibers R. Welteke (DISKUS, Juni, Seite 10). Wenn „Unmoralität wirklich im Inhalt der Argumentation offenkundig wird", ist das für ihn schlimm.

Eine Bewegung, deren Sprache die Farce ist, wird zum Bumerang für die, die auf sie bauen. Und es ist ein gräßlicher Gedanke, mit versuchten Atomtodgewinnlern zu reden.

Werner Neubauer

...nicht immer ganz neutral

Während meines 7semestrigen Studiums an der Frankfurter Universität habe ich den DISKUS stets mit Interesse gelesen, auch wenn (oder vielleicht gerade weil) ich in ihm eine gewisse „Linie" zu erkennen glaubte, die mir eigentlich nicht recht behagte, sei es daß Probleme der großen Politik in einem Ton behandelt wurden, der mir als anmaßend erschien, sei es daß Aufsätze (nicht Leserzuschriften) veröffentlicht wurden, die parteipolitisch nicht immer ganz neutral waren.

Seit ich Ende vergangenen Jahres die Universität verlassen habe, habe ich den DISKUS nicht mehr zu sehen bekommen. Um so mehr habe ich mich gefreut, als mir Ihr Heft Nr. 5 vom Juni 1958 in Büro auf den Tisch flatterte. Das war nun einmal wirklich eine Ausgabe, wie ich mir eine Studentenzeitung vorstelle. Ich meine damit insbesondere die Artikel, die sich mit dem Problem der Atom-Demonstration befaßten. Wenn man Leute wie Prof. Böhm an der Universität hat, dann ist es doch durchaus angebracht, deren Meinung zu veröffentlichen unter Gegenüberstellung einer Gegenstimme, und nicht die Stellungnahme zu derartigen Problemen Studenten zu überlassen, die vielleicht gerade erst das Gymnasium verlassen haben. Genauso gut haben mir die Interviews gefallen. (Anm. der Redaktion: Die Interviews befanden sich nur in unserer Lokal-Ausgabe.) Schließlich fanden sich neben den eben genannten Beiträgen auch noch eine Reihe weiterer Artikel, die mir Freude gemacht haben.

Da ich kein Freund negativer Kritik bin, habe ich Ihnen in den vergangenen Jahren nie geschrieben, wenn mir etwas nicht gefallen hat. Um so mehr freut es mich, daß ich Ihnen heute auf diesem Wege einmal Beifall zollen kann.

Berthold von Engelberg

Jeder ruft die Polizei

Es fällt einem wirklich schwer, angesichts der verantwortungslosen und maßlosen Hetze der dreimal geschlagenen Opposition die Beherrschung nicht zu verlieren und einigermaßen sachlich zu bleiben. Der Ton des Artikels von Herrn Prof. Dr. Böhm ist vollkommen gerechtfertigt. Was in den letzten Wochen aus dem Lager der Gegner einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr an hemmungsloser Demagogie und Gehässigkeit geboten wurde, das halte ich für eine ernste Gefahr für den Bestand unserer Republik. In ihrer Stupidität erinnert mich diese Propaganda manchmal an die kommunistische Verhetzung, der ich in der sowjetischen Besatzungszone lange genug ausgesetzt war.

Die Demonstranten des 20. Mai mögen wohl in der Mehrzahl andere Motive gehabt haben als die tragenden Kräfte der Bewegung „Kampf gegen den Atomtod", die längst zum Sammelbecken und Sprachrohr des gesamten Linksradikalismus einschließlich der Kommunisten geworden ist. Man kann aber eine politische Demonstration nicht nach ihren Motiven, sondern nur nach ihrem Effekt und ihren Konsequenzen beurteilen. Die verschwindende Minderheit unserer Studentenschaft, die es für notwendig befunden hat, auf die Straße zu gehen, muß sich gefallen lassen, daß man zwischen ihr und der Bewegung „Kampf gegen den Atomtod" keinen Unterschied macht. Und in der Bewegung „Kampf gegen den Atomtod" ist ein sehr gefährliches Unkraut emporgeschossen.

Man muß sich vor Augen halten, daß es eine selbständige deutsche Außenpolitik im Grunde gar nicht gibt. Unser Handeln auf dem Gebiete der Außenpolitik und der Aufrüstung ist eine Funktion der Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten. Schon aus diesem Grunde ist es unlogisch, die Bundesregierung allein anzugreifen. Wer der Meinung ist, daß uns in einem Kriege nur von den Atombomben des Westens Gefahr droht, der müßte eigentlich verlangen, daß alle Länder der freien Welt ihre Atomwaffen verschrotten. Nun macht aber der Bolschewismus bekanntlich aus seinem Ziel, die „vom Imperialismus Unterdrückten und Entrechteten" zu befreien, kein Hehl. Daß wir in der Bundesrepublik in den Jahren nach dem Kriege noch nicht das zweifelhafte Vergnügen hatten, „befreit" zu werden, das ist allein einer Politik zu danken, die auf der militärischen Drohung basierte. Wo diese Drohung nicht groß genug ist oder gar verschwindet, da bricht der Bolschewismus ein. Der Überfall der Kommunisten auf Südkorea nach dem Abzug der amerikanischen Truppen ist dafür ein beredtes Beispiel. Der Bolschewismus benutzt jede sich ihm bietende Chance, die Weltrevolution über seine Grenzen zu tragen. Wir müssen uns damit abfinden, uns einer wahrscheinlich Jahrzehnte andauernden Bedrohung gegenüber zu sehen. Ein Vergleich mit der jahrhundertelangen Bedrohung Europas durch die Türken ist angebracht. Ein Interessenausgleich mit dem Bolschewismus ist überhaupt nicht möglich, weil die Interessen dieses Systems so maßlos sind, daß von den unsrigen überhaupt nichts mehr übrig bleiben würde. Mehr als temporäre und taktische Zugeständnisse sind von den Sowjets nie zu erwarten. Aus diesem Grunde wird — damit müssen wir uns abfinden — in absehbarer Zukunft eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht zustande kommen. Es gibt für diese Wiedervereinigung einen Preis, den wir nie zahlen können: die Unterwerfung der 51 Millionen der Bundesrepublik unter das kommunistische System. Die Sicherheit der Bundesrepublik kann niemals auf mit den Sowjets geschlossene Verträge gegründet werden. Wer bisher noch das Gegenteil geglaubt hat, der wird wohl endlich durch den Wortbruch der Sowjets in Budapest und den Vertragsbruch gegenüber Jugoslawien eines Besseren belehrt worden sein.

Auch als dritte, neutrale Kraft zwischen den beiden Blöcken zu existieren, ist deshalb eine Unmöglichkeit. Wenn der Russe eine Chance sieht, wird er auch vor einer Neutralität nicht halt machen. Wir sind ein Bestandteil der freien Welt und können uns nur als Mitglied dieser Gemeinschaft behaupten. Deutsche Eigenbrötelei, die uns im ganzen vorigen Jahrhundert in Gegensatz zum übrigen Europa brachte und uns schließlich zwei Kriege bescherte, ist das denkbar schlechteste Rezept für die Gegenwart. Wir sollten uns glücklich schätzen, daß es uns nach dem letzten Kriege gelungen ist, bei den Völkern Europas wieder Vertrauen und Freundschaft zu gewinnen. Wir dürfen auf keinen Fall durch eine Schaukelpolitik, bei der wir uns im Endeffekt doch bloß zwischen zwei Stühle setzen würden, dieses Vertrauen enttäuschen.

Der Bolschewismus ist — es hat gar keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen — ein zur Staatsräson erhobenes Verbrechertum. Es ist natürlich eine harte Realität und ein unangenehmes Gefühl, so recht geeignet, die saturierten Bundesbürger nie ganz glücklich werden zu lassen. Jeder ruft die Polizei, wenn ihm von Banditen Gefahr droht. Ich sehe nicht ein, warum man anders reagieren sollte, wenn diese Gefahr hundertmal größer ist. Ich kann die Leute, die heute die Waffenlosigkeit der Bundeswehr (eine Armee ohne Atomwaffen ist heute praktisch waffenlos) predigen, nur mit einem Kaninchen vergleichen, das von dem Blick einer züngelnden Schlange gebannt ist und nichts mehr zur Rettung seines Lebens tun kann oder will. Glaubt denn jemand noch im Ernst, die Sowjets würden sich gegebenfalls an die Abmachung halten, die Mikojan in Bonn angeboten hat: man würde im Falle eines Krieges keine Atombomben auf Deutschland werfen, wenn wir auf eine Ausrüstung unserer Armee mit Atomwaffen verzichten würden? Gibt es denn in der Bundesrepublik tatsächlich noch Menschen, die die Sowjets für gentlemen halten? Sollte man das nur nach ein paar Jahren KZ begreifen?

Die Gefahr eines Krieges kann auf die Dauer nur durch die Politik des militärischen Gleichgewichts und der Abschreckung vermieden werden. Diese Politik wird solange notwendig sein, als der Russe nicht einsieht, daß sein Imperium an der Elbe zu Ende ist und nicht am Rhein oder noch weiter westlich. Nur wenn wir dem Russen die Gewißheit geben, daß bei ihm kein Stein auf dem anderen bleibt, wenn er es wagen sollte, ein Land westlichen Welt anzugreifen, wird ihm die Lust zu einem militärischen Abenteuer vergehen. Aus diesem Grunde ist eine Ausrüstung auch der Bundeswehr mit Atomwaffen notwendig. Da der Kommunismus uns aber nicht nur von außen bedroht, sondern seine Tätigkeit auch auf die Gebiete ausdehnt, wo er glaubt, vielleicht größere Chancen zu haben, ist es notwendig, mit derselben Entschlossenheit die Zersetzung in unserer Republik zu bekämpfen. Man sollte dabei lieber etwas mehr als zu wenig Wachsamkeit an den Tag legen. Wenn es nämlich einmal zu spät ist, helfen alle Opfer für die Freiheit nichts mehr. Es ist mir deshalb vollkommen unverständlich, daß sich Studenten unserer Universität in einer Art und Weise politisch betätigten, die geeignet ist, den subversiven Kräften Auftrieb zu geben.

Heinz Rasch

Für nichts die Freiheit verspielen

Auf zwei Seiten haben im letzten DISKUS „Atomtodgegner" (als wenn unsereiner für den Atomtod wäre!) ihrem Herzen Luft und dem Kreml eine Freude gemacht. Ob sie es wollen oder nicht: sie sind die bravsten Bundesgenossen Moskaus. Die offiziellen Bundesgenossen der Sowjets, ihre Satellitenstaaten, müssen mit Gewalt auf Vordermann gebracht werden; jene wackeren Schreiber aber marschieren ganz von allein „richtig", im besten Glauben, etwas für Freiheit und Leben getan zu haben. Viele Leute dieser Art sehen es sicher gar nicht gern, daß sich die Kommunisten über ihre Aktionen eines ins Fäustchen lachen, nein, sie sagen sogar wie Herr Mende: Seid doch bitte da drüben hinter dem eisernen Vorhang still, ihr verderbt uns ja unseren ehrlichen Kampf gegen eine — wie hieß es doch in einer Leserzuschrift — gewissenlose, leichtsinnige und unmoralische Bundesregierung! Wenn dann ein Professor und Politiker mit einer so makellos weißen Weste, ein Mann, der von den Schreibern, wie sie selbst zugeben, hoch geschätzt wurde, kurz, wenn Franz Böhm zu dem gemeingefährlichen Unfug, der da seit Monaten in Deutschland getrieben wird, mit ehrlicher Empörung Stellung nimmt und mit seinen herzerfrischenden Formulierungen den Nagel auf den Kopf trifft, dann wissen die wackeren Friedenskämpfer nichts Besseres zu tun als inhaltlos zu polemisieren. Anstatt zu prüfen, was einen so lauteren Mann zu einer so drastischen Sprache veranlassen konnte, sind sie eher geneigt, ihm die bisher völlig unbestrittene Redlichkeit abzusprechen. Was aber sind Leute, die es nötig haben, sich die Hilfe des Ostens zu verbitten, um unbeschwert gegen die Bundesregierung und gegen den ganzen Westen kämpfen zu können, anderes als „konzeptionslose Pfahlbürger"! Leute, die nicht zu wissen scheinen oder es nicht wissen wollen, daß die Verweigerung der Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden die Verteidigungsfront der Nato zwangsläufig vom eisernen Vorhang an die deutsche Westgrenze verlegt. Was kann es Schöneres für den Kreml geben, als gelassen zuzuschauen, wie unter der Sonne westlicher Volksmeinungen Trauben reifen, die, wenn sich erst Amerika aus Westdeutschland zurückgezogen hat, ohne eigenes Risiko bequem gepflückt werden können, nämlich ohne die Gefahr eines atomaren Vergeltungsschlages! Dann allerdings ist eine besondere Art von Wiedervereinigung erreicht, eine, auf die die wackeren Atomtodgegner stolz sein dürfen.

Eines steht fest, ob wir neutral sind oder etwa schon kommunistisch: der Gefahr, den Atomtod zu erleiden, sind wir damit nicht im geringsten entronnen, weil die Gefahr eines globalen Krieges unvermindert fortbestünde. Wer sich ein wenig über Strategie orientiert, ja, wer nur einmal eine Landkarte Europas zur Hand nimmt, wird feststellen müssen, daß gerade Deutschland aus geographischen Gründen der gegebene, unumgängliche Kampfplatz in einem globalen Krieg zwischen Ost und West ist, in dem die Sowjets aus strategischen Gründen so schnell wie möglich die westeuropäischen, atlantischen Nachschubhäfen erreichen müssen und Amerika dies gerade verhindern muß. Und dabei soll Deutschland, ob neutral oder kommunistisch, vom Atomkrieg verschont bleiben? Wer soll das glauben? Für diese „Sicherheitsgarantie" sollen wir unsere Freiheit aufgeben? Der Kampf der Atomtodgegner ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Diese Leute sind moderne Don Quichotes, die ihrem eigenen Anliegen nur schaden, aber nicht nützen. Auf diese Weise kann man höchstens seine Freiheit verlieren, sich aber nicht gegen den Atomtod schützen!

Peter Ilau

Verstörte Argumentationen

Gegen manche Verteidigung: „Die perfideste Art einer Sache zu schaden ist, sie absichtlich mit fehlerhaften Gründen verteidigen." (Nietzsche, Die Fröhliche Wissenschaft) Es soll hier nicht unterstellt werden, daß Herr Prof. Böhm in seinem vielzitierten Artikel „seine" Sache auf eine perfide Art verteidigen, also eine außerordentliche, geistvolle und wirksame Kritik an der Politik der Bundesregierung üben wollte. Im Gegenteil. Das soll unter anderem heißen, daß Herrn Prof. Böhm hier sicher unbewußt ein bedauerlicher Fehler unterlaufen ist.

Dann ist es aber zumindest peinlich, wenn ein Wissenschaftler und Politiker zu wiederholten Malen auf die Schwäche und Unklarheit seiner verstörten Argumentation hingewiesen werden muß. Ich bin überzeugt, daß wir andere, weniger zweifelhafte Diskussionsgrundlagen zu ernster Frage besser auswerten können. Leider muß ich dennoch einsehen, daß man sich hier auseinandersetzen mußte, denn die Wirklichkeit des Nebulosen ist allzugut bekannt.

Klaus Horn

Klaus Nonnenmann

STALINGRAD-ÉTOILE

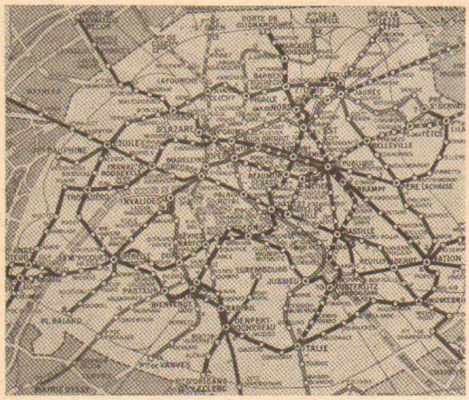
Metropolitanische Fahrt

Der Schlepper stoppt den Diesel, aber sein Hund wird laut. Sunil macht Hunde himmelblau, doch der Kleine will nicht. Er klafft vom Heck gegen die Kinder der la Fayette herauf, Madame hat Mühe, ihm die bissige Schnauze abzuseifen.

Der Schlepper rutscht aus dem Kanal des Heiligen Martin in die Schleuse. Auf der Brücke resigniert ein Angler. Eine Frau verkündet den Antichrist, sie gibt es den Passanten schriftlich. Der Kapitän kaut die tote Gauloise im Mundwinkel und legt die Trosse um den Spill. Die schmutzige Flut bricht aus dem Bassin in die Kammer. Langsam hebt sich der nasse Hund auf der Wasserbühne und wütet gegen den Square.

Stalingrad

Die Stadt zersplittert. Sie löst sich vom Stein. Sie fasert ihre Boulevards hinaus in die Banlieue. Graue Scherbenhäuser, Zahn-



stummel aus Zement. Hafen, Schlachthaus, Gasometer — Hackbrett und Küchendunst.

Neben den staubigen Büschen der Gare-Citroën parken die braunen Busse, Zuhälter des Proletariats. Sie verschlafen den Tag am Rinnstein, ihr zerbeultes Blech knistert im Traum. Der Lack bröselt, aber sie leben ewig. Sie erwarten die abgespannte Last des Abends. Die muffige Wolle, den klaffenden Schuh, die leere Blechflasche. Den Fluch. Das sehr direkte Lachen. Die schmierige Humanité.

Überall die Wagen. Sie sperren den weiten Platz, sie flegeln sich in die geklinkerten Brückenbogen der Métro, die aus der Erde steigt, da sie billig wird. Sie bewachen Stalingrad, ihren Mythos, der nach Osten weist.

Woher sie kommen werden.

Doch keiner spricht russisch. Sie kurbeln die Scheibe herunter und fragen nach der Cité. Genossen Stahlarbeiter vom Mittelrhein, die Gewerkschaftskarte im Cellophan. Verirrte Touristen im Nord-Ost. Sie tragen Kamera und Manschetten.

Stalingrad

Neun Spatzen gegen eine Taube. Sie zerren das Brot aus dem Pissoir, die einst so mürbe Baguette. Einer mußte sie drinnen am Boden lassen, dem höllischen Gitter.

Die Taube wird nervös. Sie pickt nach dem Kleinsten. Acht große Spatzen halten sie für dumm. Zwei Plattenleger verlassen das Eisengerüst der Métro-Hochstation, einer zerreißt mit dem Schuh die Brotröhre und sorgt für Gerechtigkeit nach Rassen. Die Spatzen machen nicht mit, die Arbeiter lachen und stellen sich hinter das grüne Blech.

Der Schaffner tippt gegen den Knopf: vor den Wagenfenstern schiebt die Preßluft ölige Stangen aus den Zylindern — die Türen schlagen. Ihre schweren Riegel purzeln über die Klemme. Die komische Trompete bellt, die Métro humpelt auf der Brücke. Der Schaffner lehnt sie ans Glas und liest aus der linken Hand. Paris-Journal weiß Neues über Mussolinis Goldbarren.

Der Zug schlingert nach rechts und hält. Der Schaffner ruft einen höflichen Witz gegen die marokkanische Stationschefin. Die strickt ein Babyjäckchen und nickt ihm zu.

Der Wagen fährt. Ärgerlich hebt der Schaffner die zerknüllte Spalte unter die Augen — die Métro fällt in die Erde. Das Licht wird übel und gerade jetzt schwört Arturo Terini, dritter von rechts mit Brille: der Giaccomo, Herr Kommissar, hat was gefunden von dem Zeug! Woher kauft er sich über Nacht den Elfhundert/T mit zweifarbigem Radio?!

Belleville

Beteilige Dich an der Campagne zur Verschönerung der Stadt. Belleville, das klangvolle Wort. Über dem feuchten Tunnel lebt der Osten.

Umsteigen. Sperreisen pendeln gegen die Körper. Auf dem Boden putzt ein Blinder die Sonnenbrille. Gänge, Schritte, Echo. Müde, gelb gebrannte Fadenbirnen. Schwitzende Kacheln. Der Tunesier küßt die blonde Fee, aber umständlich. Sie sperren die Passage, die erschrecken und machen die Augen zu. Keiner sieht hin.

Treppen: Nicolas — Fines Bouteilles — Nicolas — Fines. Den Blick in die Stufe drücken. Was haben Sie diese Woche für die Sauberkeit von Paris getan? Nicolas.

Madame, Sie beklagen sich über den Papierschwund auf der Toilette, Sie sagen, ich ruiniere Ihr Hotel. Ich bitte sehr um Nachsicht, ich brauche allein sechs Blätter, um das Grauen abzudecken. Seit Monaten zahle ich Schwarzpreise ohne Quittung. Inzwischen haben Sie zweimal meinen Papierkorb geleert und am Sonntag — hatten Sie Namenstag? — den Boden mit einem Stock, Besen genannt, frisch verklebt. Sie haben eben das Kistchen Louis d'or zu Ihrer Schwägerin nach Genf geschmuggelt, mein Kompliment! Ihr Gatte, vier Calvados über den Durst, kam ins Plaudern, nichts für ungut.

Ich liebe fast alles hier. Ich liebe vieles auf Kredit. Sie sollten nicht den Zusammenbruch der Fünften Republik befürchten, wenn ich vergesse, meinen Tauchsieder zu verstecken. (Im übrigen, Madame: Nie wird man diesen Mord über die Lippen bringen!)

Post für mich da?

Goncourt

Wovon leben Buchhändler?

O Zauber ihrer schattigen Existenz. Der Innung eine Kerze.

Baden in der Rive Gauche! Mit blinden Händen in das broschierte Leben fassen, Gast und stiller Zecher. Die Quais sind verdorben, Fremde treiben die Preise. Aber im Innern! Laden an Laden, Straßen weit. Dumpfe kleine Reservate. Erhabener Nichtsnutz, ein Katalog gefeilter Worte. Das Karussell des Geistes. Selbstbewegung. Geschliffene Spiegel.

Hier: Das Pupertätsgedicht des Siebzigjährigen. Heute: Nobelpreis, Akademie, die wäßrige Rede mit Frack und Orden. Doch hier: für siebzig francs die geniale Schweinerei des jungen Fortschrittswütigen. Und der Libraire sagt noch: pardon, das Deckblatt ist beschmutzt, ich gebe Ihnen für fünfzig den Stich vom Temple dazu.

Lachend verzichten. Sich sehr bedanken. Versprechen, wiederzukommen. Weitergehn. Laden an Laden, Straßen weit. Dann sterben die Beine, das dumme Volk. An der Ecke der Korbstuhl. Sich bei der Katze entschuldigen. Die Katze an den Rand des Tisches fegen. Kaffee als Arznei.

Der erste Zug des reinen Tabaks. Sitzen. Über sich selbst lachen: man spielt Geschichte, man füllt die Regale.

Die drei Bänddchen streicheln, den gesiebten Nachmittag. Das Copyright entziffern, den verschollenen Verlag. Museum spielen, Paris spielen. Spüren wie es weh tut, ein Museum zu lieben.

In die Sonne blinzeln. Nicht lange blinzeln können. Sehen müssen, wie sie gehen, in hohen Schuhen. Kultur, ein Märchen wie nirgendwo. Die zweite Zigarette nehmen. Lesen wollen. Doch immer ihre Schuhe hören. Gute laute schlanke hohe.

Sehr gescheite Schuhe.

Châtelet

Umsteigen im Labyrinth.

(Neulich die Katakomben: drei Groschen Eintritt für drei Millionen Skelette.) Alles aussteigen, Endstation der Elf. Graues Prunkstück auf Gummireifen. Kaum hörbar zischen die Räder

über das braune Holzband. In der Kurve reiben die querliegenden Pneus die Führungsschiene, man fühlt es mit Genugtuung. Sie würde sonst fliegen, die ehrgeizige Elf, Frankreich versteht sein Fach. Es fährt einen Stundenschnitt von 93 Kilometern, die schnellsten Züge der Welt.

Châtelet

Oben im Sarah Bernhard gastiert Max Frisch, ein Schweizer Biedermann und Brandstifter. Im Foyer flaniert die deutsche Sprache, keine schlanken Schuhe. Der arme Bertolt Brecht steht neben dem schäbigen Klavier am Fenster, ein voller Aschenbecher liegt auf seinem Bronzekopf.

Châtelet

So weit vom nahen Blumenmarkt, wo alle Spatzen Honig fressen! Das Maulwurfscharren im Zentrum der Stadt. Kleine runde Gänge. Ihre Ventilsperren schlagen gegen die gehetzten Tiere. Treppen, Nicolas hinauf, werde glücklich durch ein Los der Nationallotterie, Fines Bouteilles hinunter. Über das warme Bündel am Boden klettern, den schnarchenden Clochard. Noch im suffigen Schlaf spreizt er die vergilbten Hände nach einer Münze.

Hastig in die Tasche greifen. Sich mit dem Blechstück freikaufen für Wein und Käse des Landes, das tägliche Fest. Gänge. Kleine gelbe krumme Gassen. Sammelstraßen — dann der riesenhafte Flur. Tausend Füße klopfen den Beton. An den weißen Wänden Bettler. Mit und ohne Krücke. Bauchladen und Harmonika.

Schwarze Pfeile. Das Schild. Und die fernen Namen.

Porte de Clignancourt

Auf dem Flohmarkt der speckige Hosenträger zwanzig francs, neben Ludwig (c'est moi) in gesplittertem Goldrahmen, neobarock. Davor die kopflose Tänzerin aus Sèvres.

Als Eierbecher.

Porte d'Orléans

Examenskult im Quartier Latin. Die jungen Kandidaten der Alten Nation bedenken sehr gewagte Aufsatzthemen.

I Molière (1622—1673)
II Diderot (1713—1784)

Ausweichhafen III Sport und die Bereicherung der Seele.

Michèle Girault, blonde Haare, grüne Augen, wird Miß Bac 1958, sie lächelt in Fotolinsen. Zwanzig Polizeikommandos schützen den Boulevard Saint-Michel, doch die Schüler sind erschöpft. Das kommt vom Sport im Schriftlichen. Keine Papierbomben vor der Sorbonne. Keine Personenwagen, CD, wird auf den Kopf geschaufelt. Man steht Schlange am Self-Service. Acht Hors d'oeuvres liegen zur Auswahl, am besten gehen lange Radieschen mit Butter.

Die Polizisten rasen zum Étoile: es ist der 18. Juni!

Concorde

Die Wagen sind Sardinenbüchsen. Es ist Juli-Abend, und wenn sich alles küßt im Fahren, wird man verrückt vor Ungeduld. (Ein guter Mensch, wer wärs nicht gern.) Man sieht das Umsteigerschild nach Norden. Dort flimmert die Pigalle. Dortmunder Aktienbier und Strip-tease-permanent in allen Ecken. Amerikaner gefragt und schwedische Touristen. Wie Blutegel

hängen die adretten Zuhälter an ihrem Ohr und bieten mehr als Frauen. Gut also, für zwanzig Dollar, inclusive. Das echte Souvenir. Der pornographische Film. Aber fast richtiges 3-D-Format, Mister, der Tonn voll synchrom, keine Musik! Einzelloge. Individuelle Bedienung nach Fotokatalog im Vestibül, kein Weinzwang.

Man sieht den Umsteiger-Pfeil nach Süden: das Viertel um Beaux-Arts. Galerien, klein und still wie Speisekammern, eine bei der andern. Bilder, Schätze, tausend Bilder. Mindestens ein Drittel: Kunst. Man spürt das Herz im Hals atmen und flüstert nach Preisen. Für zwei Dollar die Lithographie des Unbekannten von Saint-Germain.

Mit Pullover, Bart und Hunger. Er muß bei einer hübschen Witwe schlafen. Nur wegen dem Essen.

Étoile

Er sagte beim Aussteigen elfmal pardon und hörte pardon von allen Seiten. Er dachte, sie sind so höflich! Er dachte, wir zuhause fahren fünfzig, aber langsam höflich über Leichen.

Dann warf er vor Hast der Vietnamesin die Mappe aus der Hand. Er sagte pardon, er bückte sich verwirrt, er sammelte die Bücher am Boden, legte die Quaste in die Puderdose — keiner stieß ihn an. Er dachte ärgerlich, die Dame ist zu klein und gab ihr die Mappe.

Er sprang über die Treppen — Nicolas — hinauf, viel zu klein, einfach zu klein ist sie.

Vor allem hier und heute.

Étoile

Er traf Nicole wie jeden Abend, Ecke Wagram. Sie war nicht da. Das heißt, da steht sie doch! Sie stand, sie reckte den Hals und sagte pardon nach allen Seiten.

Es war der 18. Juni. Vor achtzehn Jahren sagt der lange General am Mikrofon in London: angesichts der Verwirrung der französischen Seelen, und nimmt die Sache in die Hand.

Nicole nahm den runden Spiegel aus der Tasche. Sie stellte

sich auf die Zehenspitzen, wie alle Damen in der jubelnden Menge und sah rückwärts im Spiegel den General.

Gut, daß er so groß ist, dachte sie.

Der General stand im offenen Wagen, ein brauner Riese und hob grüßend die Arme. Dann stieg er aus, gab viele Hände und folgte dem breiten Kranz. In den Bogen seines Triumphes.

Er sagte pardon und fand endlich einen Stehplatz auf der Treppenmauer der Métro. Er sah Nicole da unten und er dachte, immer wieder strecken sie den klugen Hals.

Er sah den General, er hörte die Clairons und den Jubel. Er dachte:

Nicole!

Das kostet mich acht Martini und zwei Abendessen.